

Westpreußen

Begegnungen mit einer europäischen Kulturregion



2. (77.) Jahrgang, Heft 1
Frühjahr 2025
€ 9 (D) 35 zł (PL)



Westpreußen-FOKUS

Die Geschichte der Westpreußen
in der Fremde

DER TURM VON

ST. NIKOLAI IN ELBING

Das höchste Bauwerk Westpreußens

AUS DEM INHALT

VORSPANN

- 3 vorab
4 AUF EIN WORT: Einheit bewahren – Freiheit gestalten

PANORAMA

- 5 Notizen aus der Dreistadt, aus Elbing, Marienburg und Thorn



7

Großbrand einer historischen Industriehalle

12–23 Westpreußen-FOKUS

Die Geschichte der Westpreußen in der Fremde

AUSSTELLEN UND ERFORSCHEN

- 24 »Ich schreibe und zeichne für alle ...« – Das WESTPREUSSISCHE LANDESMUSEUM widmet dem aus Danzig stammenden Satiriker und Zeichner F. K. Waechter seine aktuelle Sonderausstellung
25 Ein Gesicht des Rettungswiderstandes – Susanne Zeller rekonstruiert die Biographie des Danziger Seemanns Gustav Pietsch



24

F. K. Waechter – eine Ausstellung seines zeichnerischen Werks



26

Zur Baugeschichte von Elbings Wahrzeichen

GESCHICHTE UND KULTUR

- 26 Der höchste Turm Westpreußens – Die Geschichte des markanten Wahrzeichens von Elbing
32 IN DEN BLICK GENOMMEN: *Als sei alles leicht* von Elfi Conrad sowie *Kalte Füße* von Francesca Melandri
34 Auguste Hertzner – eine weitgereiste und umtriebige Westpreußenin



34

Von Graudenz nach Afrika und Neuguinea

POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 35 »Ein kaum zu überschätzender Faktor« – Der »Kulturparagraph« zwischen Tradition und Zukunft
37 Europa als Plattform erfolgreicher Krisenbewältigung? Erinnerungen an den polnischen Politiker Bronisław Geremek und Ausblicke in Europas Zukunft



35

»In dem Bewusstsein des ganzen deutschen Volkes zu erhalten ...«



37

Bronisław Geremek – ein großen Europäer

RUBRIKEN

- 38 Neuerscheinungen
39 Impressum / Autorinnen und Autoren / Vorhinweis auf den Westpreußen-Kongress 2025

- 40 Zum guten Schluss

TITELBILD Dieses Foto des Neptun-Brunnens, der 1633 auf dem Langen Markt von Danzig vor dem Artushof aufgestellt wurde, gibt den – von zudringlichen Tauben umschwirrten – Meeresgott aus einer eher ungewohnten, rückwärtigen Perspektive wieder.

FOTO: GUILLEM LOPEZ / ALAMY STOCK FOTO

PASSWÖRTER für die digitalen Fassungen der letzten drei Westpreußen-Ausgaben:

- Herbst 2024: Herbstlandschaft
Winter 2024: Schlochau
Frühjahr 2025: Meeresgott

Westpreußen-FOKUS

12



Als nach dem Ende des Koalitionsverbots die Flüchtlinge und Vertriebenen Interessenvertretungen bildeten, verstand sich dies für die **Westpreußen** nicht von selbst. Sie kamen vielmehr, wie Erik Fischer in seiner **Skizze zur Frühgeschichte des Bundesverbandes** zeigt, zu einer eher »unwahrscheinlichen« **Landsmannschaft** zusammen.



In ihrem Beitrag **Titel – Bilder – Texte** fragt Ursula Enke nach den **Botschaften aus der Anfangszeit des Westpreußen**, die damals an die Leser gerichtet wurden, und untersucht dabei vor allem Titelseiten, die als »Schaufenster« spontanes Interesse wecken und zugleich signalisieren sollten, dass die Themen höchst vertraut waren.

20



Im Archiv der Westpreußischen Gesellschaft finden sich Manuskripte von Reden, die Hans-Jürgen Schuch auf zwei »**Tagen der Heimat**« – vor und nach dem Fall der Berliner Mauer gehalten hat. Diese **richtungsweisenden Ansprachen eines angesehenen Westpreußen** unterzieht Alexander Kleinschrodt in diesem Beitrag einer kritischen Analyse.

vorab

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit großer Freude haben wir die Arbeiten am neuen *Westpreußen*-Jahrgang aufgenommen, denn allem Anschein nach wird uns auch das Jahr 2025 viele Chancen eröffnen, Ihnen Beiträge zu sehr vielfältigen Themen aus der Geschichte und Kultur des Landes an der unteren Weichsel zu bieten. Da unser Magazin zunehmend – und nicht zuletzt auch in Polen – eine immer größere Resonanz findet, erweitert sich stetig der Kreis der Autorinnen und Autoren, die Interesse daran haben, mit unserer Redaktion zu kooperieren. Dadurch erhalten wir immer wieder neue Impulse, bislang weniger beachtete Bereiche näher in den Fokus zu rücken oder das vermeintlich schon Geläufige nochmals aus einer veränderten Perspektive zu betrachten.

Als höchst förderlich wirken sich zudem der Ideenreichtum und die Energien aus, mit denen seit einem knappen Jahr das **WESTPREUSSIISCHE LANDESMUSEUM** geführt wird. Dort werden jetzt nicht nur – wie im vergangenen Herbst – höchst spannende Ausstellungssujets erschlossen und präsentiert, sondern es hat sich auch gezeigt, dass die Infrastruktur des ganzen Hauses einer tiefgreifenden Neuordnung bedarf. Dabei werden nun Fotografien, Quellen und Dokumente wie auch wertvolle Stiche oder Landkarten (wieder-) entdeckt, und von den Ergebnissen dieser Nachforschungen wird auch unsere Redaktion profitieren, so dass wir in Zukunft sehr viel intensiver über »unser« Museum und seine Bestände werden berichten können.

Diese Zusammenarbeit kommt auch in dieser Ausgabe schon zum Vorschein, denn hier findet sich die Einladung zu der vielbeachteten Ausstellung von Werken des Zeichners F. K. Waechter, zu dessen 20-jährigem Todestag wir in der Herbstnummer ebenfalls einen ausführlichen Artikel geplant haben. Auffallen dürfte Ihnen an der aktuellen Ausgabe zudem, dass wir uns entschlossen haben, die »Notizen« aus den Städten der Region ausnahmsweise nicht allzu streng zu begrenzen; diese Rubrik ist zudem etwas ausladender geraten, weil wir, um die Mannigfaltigkeit des gegenwärtigen Lebens in der Dreistadt noch besser einfangen zu können, einen zweiten Korrespondenten für die Mitarbeit gewonnen haben.

Selbstverständlich finden Sie im vorliegenden Heft nun auch wieder einen Fokus. Er richtet sich diesmal auf ein sehr nahe liegendes, möglicherweise aber auch recht ungewohntes Thema: auf die Geschichte unseres eigenen Verbandes. Die Beiträge sind freilich nur von exemplarischem Charakter, denn bei unserer Beschäftigung mit den Archivbeständen der **LANDSMANNSCHAFT WESTPREUSEN** haben sich derart viele spannende Fragestellungen ergeben, dass sich daraus ein umfangreicheres Projekt entwickeln wird.

Wir hoffen, dass die Beiträge in dieser № 1 des nunmehr 77. Jahrgangs Sie insgesamt wieder zu einer genaueren Lektüre anregen, wünschen Ihnen eine sonnige Frühlingszeit sowie eine frohe Osterfest und bleiben

mit herzlichen Grüßen

Ihre DW-Redaktion



QUELLE: BVS.SASCHSEN.DE

Einheit bewahren – Freiheit gestalten

Von Jens Baumann

Selig, die keine Gewalt anwenden, denn sie werden das Land erben« (Jesus von Nazareth, 30 n. Chr.) – es gibt »nur eine Sache, die wir fürchten müssen, die Furcht selbst« (Franklin D. Roosevelt, 1933) – »Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt« (Ernst Reuter, 1948) – »Ich habe einen Traum« (Martin Luther King, 1963) – »Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört« (Willy Brandt, 1989). Sätze, die bleiben und elektrisieren. Nicht nur Politiker hatten – wie Willy Brandt am 10. November 1989 – Tränen in den Augen. Rührung und Begeisterung spürten die allermeisten Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik. Ein unbeschreibliches Gefühl damals, auch in mir als Lehramtsstudenten. Ein Aufbruch ins Neue und Gemeinsame. Die Wiedervereinigung nicht einfach eine Mehrheitsentscheidung, sondern ein großes, umfassendes Gesamtwollen. Getragen mindestens seit Dezember 1989 von einer überbreiten Mehrheit der Menschen in der bald ehemaligen DDR, kritisiert nur von einer verschwindend kleinen Minderheit. Wie so oft holten die Wirklichkeit, die Brecht'schen »Mühen der Ebene«, die Menschen ein. Wer hat heute, 35 Jahre später, jemanden zuletzt vor Freude am 3. Oktober weinen sehen?

Die Friedliche Revolution nahm ihren Ausgangspunkt in Sachsen und sie mündete nach etwa einem Jahr in der deutschen Wiedervereinigung durch den von der Volkskammer der DDR mit überwältigender Mehrheit beschlossenen Beitritt nach Art. 23 GG. Aus »Wir sind das Volk« wurde »Wir sind ein Volk«. Der Beitritt nach Art. 23 GG war die historisch einmalige Möglichkeit für eine rasche Wiedervereinigung 1990. Keine Gewalt, keine Furcht, das spontane Zerstören der Berliner Mauer, die Verwirklichung eines Traums seit 1949, das Zusammenkommen mit seit Langem getrennten Familienmitgliedern und Freunden. Die Worte zu Beginn, in anderen Kontexten entstanden, fanden in unserem Land 1989/90 unverhofft Widerhall. Weitsichtige Politiker wie Brandt, Kohl und Genscher haben den historischen Moment erkannt und genutzt. Möglich wurde die Wiedervereinigung durch den von Michail Gorbatschow erklärten Verzicht auf Interventionen gegenüber den Reformbewegungen im ehemaligen Ostblock, die sofortige Zustimmung der Bush-Regierung, das spätere Umdenken Mitterrands, auch ermöglicht mit der von Kohl verfolgten Politik der Gleichzeitigkeit von Einheit und europäischem Zusammenwachsen. Undenkbar die Wiedervereinigung ohne unsere Nachbarn: die Solidarność-Bewegung in Polen, die Grenzöffnung in Ungarn, die nicht durch tschechische Polizisten verhinderten Fluchten über den Zaun in die Botschaft der Bundesrepublik in Prag. Auch wenn wir heute nicht immer mit dem einverstanden sind, wie Amerikaner, Polen, Tschechen und Ungarn denken, so haben wir nicht zuletzt auch ihnen unsere Freiheit zu verdanken. Verlieren können wir sie nur selbst: durch Nachlässigkeit, durch Uneinigkeit, durch Larmoyanz.

Auch für die Vertriebenen und Spätaussiedler bedeutete diese schicksalhafte Zeit einen großen Moment, ermöglichte er doch, dass nun auch die in der DDR lebenden Vertriebenen, die verharmlosend Umsiedler genannt wurden, ihr Schicksal erzählen

und sich organisieren konnten. Gemeinsam mit den Vertriebenen in der BRD entstanden echte Patenschaften, Partnerschaften und Projekte mit den ehemaligen Aussiedlungs- und Vertreibungsbieten. Und zwar mit Unterstützung gerade dieser Länder, ihrer Bürger und natürlich auch der Heimatverbliebenen, die ebenso ihre deutschstämmige Identität wieder frei leben durften. Viele Bundesländer nehmen den Auftrag aus § 96 des Bundesvertriebenengesetzes ernst; Sachsen fördert jährlich mit bis zu einer Million Euro verschiedenste Vorhaben in Vereinen, Stiftungen, Kommunen und bei den deutschen Minderheiten im Ausland. Mit der eigenen Geschichte versöhnt, aber nicht geschichtsvergessen sein, Lockerheit, Leichtigkeit, Offenheit gegenüber anderen, dies wünschen sich nach meinen Erfahrungen viele Menschen im ostmitteleuropäischen Ausland von uns.

Ich habe in meinem Umkreis verschiedene Menschen aus Ost und West gefragt, was ihnen zuerst bei Wiedervereinigung einfällt: übereinstimmend die Freude. Erst nach 1990 Geborene jedoch assoziieren vermehrt die Diskrepanz: der »rechte« Osten und der »reiche« Westen. Die Wiedervereinigung emotionalisiert heute auch negativ, vor allem, wenn der Wille fehlt, tatsächlich einmal die blühenden Landschaften aufzusuchen; viele würden in die verkehrte Richtung fahren. Beigetragen zum teilweise negativen Bild haben manche Fehler, die bis heute wirtschaftliche und soziale Folgen nach sich ziehen, Entscheidungen der Treuhandanstalt – doch eben nicht nur Fehler, sondern auch das Ausnutzen, das Herabsetzen und das Nichtverstehen der neuen Mitbürger, die den Erfahrungshorizont des für sie neuen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Systems gar nicht haben konnten. Leider mitunter auch die bewusste oder unbewusste Ignoranz gegenüber den Lebenserfahrungen und Lebensleistungen der Ostdeutschen.

Einheit meint das Zusammengehörige, das Untrennbare, eine als Ganzes wirkende Geschlossenheit. Was für eine schöne Vorstellung! Und was konnte uns eigentlich Besseres passieren, als von anderen Staaten wieder als ein Deutschland geachtet und geschätzt, vor allem nicht mehr gefürchtet zu werden? Die Vereinigung war das Gebot der Stunde – gerade 1989/90. Bewahren wir in uns weiterhin, wenigstens manchmal, den Jubel, die Freude, das Wissen und auch den Stolz um die Freiheit. Die Sehnsucht nach Freiheit nahm den Bürgern die Furcht und setzte die Friedliche Revolution in Gang. Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, wirtschaftliche Freiheit – dass sich verschiedene Freiheiten mit manchen gewohnten Sicherheiten, die wirtschaftlich auf tönernen Füßen standen, nicht vertrugen, das sahen viele erst einmal nicht, und manche wollen es, warum auch immer, bis heute nicht sehen. Das gemeinsame non-konfrontative Ausbalancieren von Freiheit und Sicherheit ist vielleicht die entscheidende Aufgabe, die auch nach 35 Jahren Einheit geblieben ist.

Dr. Jens Baumann ist Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler des Freistaates Sachsen.

Notizen aus ...

... der Dreistadt

UMSCHLAG-PROFI Ein außergewöhnliches Container-Schiff legte im letzten Spätherbst im Danziger Nordhafen an. Es handelte sich um den chinesischen, unter liberianischer Flagge fahrenden Schwergutfrachter *ZHEN HUA 36*, der zwei Monate zuvor Changxin in China verlassen und seitdem 16.000 Seemeilen zurückgelegt hatte. Er zeichnet sich durch an Bord fest installierte Ladevorrichtungen aus, von denen jede fast 2.000 Tonnen wiegt und in der Senkrechten 96 m misst. Bei einer Tragfähigkeit von 65 Tonnen lassen sich Container damit bis zu einer Höhe von 55 m anheben und waagerecht bis zu einer Strecke von 74 m verschieben.

Durch solche Schiffe könnten, wie Charles Baker, der Direktor des BALTIC HUB CONTAINER TERMINALS (DCT) bei dieser Gelegenheit hervorhob, die Möglichkeiten des Container-Umschlages noch weiter optimiert werden, und auch auf diese Weise werde die führende strategische Position des Danziger Hafens erweitert und gefestigt.



Der chinesische Schwergutfrachter *ZHEN HUA 36*

Immerhin vermag das BALTIC HUB, das gegenwärtig bereits ein drittes Terminal errichtet – und bis vor zwei Jahren lediglich DEEPWATER CONTAINER TERMINAL (DCT) hieß – schon jetzt als einzige derartige Anlage an der Ostsee Schiffe mit über 24.000 20-Fuß-Standardcontainern – *Twenty-Foot Equivalent Unit* (TEU) – abzufertigen. Dazu gehört beispielsweise auch die MSC GÜLSÜN: Sie verfügt über eine Länge von fast 400 m und war zum Zeitpunkt ihrer Indienststellung (2019) das größte Containerschiff der Welt.



WACHSTUMSAMBIATIONEN Die norwegische Firma AKER SOLUTIONS liefert integrierte Lösungen, Produkte und Dienstleistungen für die globale Energiebranche. Sie ermöglicht eine kohlenstoffarme Öl- und Gasproduktion und entwickelt erneuerbare Lösungen, um den zukünftigen Energiebedarf zu decken. Mit nahezu 12.000

Mitarbeitern ist AKER SOLUTIONS weltweit an mehr als 30 Standorten vertreten und hat nun – mit den Worten des Executive-Präsidenten Magnus Sturla: »im Einklang mit den Wachstumsambitionen« – auch in Danzig eine Niederlassung gegründet, um dort der jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit polnischen Werften und Maschinenbauunternehmen einen eigenen festen Ort zu geben. Die Geschäftsführung soll Bartłomiej Kwiatek übernehmen; er ist ein Fachmann mit umfangreichen Erfahrungen in allen einschlägigen Tätigkeitsfeldern. 50 Ingenieure habe bei AKER SOLUTIONS POLAND bereits einen Arbeitsplatz gefunden. In Zukunft soll die Zahl der Beschäftigten auf das Doppelte wachsen.

GRABUNGSFUNDE Im Rahmen der archäologischen Untersuchungen auf der Westerplatte wurde jüngst eine regelrechte »Zeitkapsel« entdeckt. Nach den siebentägigen Kampfhandlungen und der Kapitulation der polnischen Einheiten hatte die deutsche Wehrmacht das Gebiet aufgeräumt und dabei Hinterlassenschaften der Verteidiger in einem tiefen Bombentrichter versenkt und das Gelände danach planiert. Dadurch konnten nun vielfältige Relikte, Fragmente der Befestigungsanlagen, Ausrüstungsgegenstände und Teile von Waffen in einem oft noch guten Zustand geborgen werden. Die Funde ermutigen dazu, diese Grabungen nochmals verstärkt fortzusetzen. Bedeutende Fundstücke sollen dem Westerplatte-Museum übergeben und dort der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.



SEERAUMÜBERWACHUNG Polen hatte im vorvergangenen Jahr beim schwedischen Flugzeugbau- und Rüstungskonzern SAAB zwei gebrauchte Maschinen des Typs SAAB 340 angeschafft und als luftgestütztes Frühwarnsystem, als Airborne Early Warning (AEW), einrichten lassen. Nachdem die polnischen Besetzungen die entsprechende Spezial-

ausbildung genossen haben, sind die Aufklärer inzwischen beim 43. Marineflieger-Geschwader auf dem Militärflugplatz im Gdingener Ortsteil Babie Doły stationiert. Von dort aus sollen sie aufsteigen und die polnischen und internationalen Hoheitsgewässer der Ostsee überwachen. Die hochsensible Elektronik des Erieye AEW / AEW & C-Radarsystems liefert im

Zusammenspiel mit der zugehörigen Bodenausrüstung ein detailliertes Lagebild, das sich für militärische und zivile Aufgaben wie die Luftüberwachung bzw. für Rettungseinsätze oder den Umweltschutz nutzen lässt. Die unbewaffneten Maschinen operieren in einer Höhe von 6.000 m und können ein Seegebiet mit einem Radius von 450 km beobachten.

ERTAPPT! Der Diebstahl von Fahrzeugkatalysatoren ist in der Dreistadt – wie auch in ganz Polen – eine erhebliche Plage, bei der die Täter nur schwer zu ermitteln sind. Der Danziger Polizei ist nun aber ein bemerkenswerter Fahndungserfolg gelungen. Im Neubauviertel von Danzig-Ohra häuften sich die nächtlichen Diebstähle in einzelnen Straßenzügen, die daraufhin systematisch überwacht wurden. Dabei fiel wiederholt ein weißer Mercedes auf, der daraufhin gestoppt und kontrolliert wurde. Die Insassen, zwei georgische Staatsbürger, und ein – als Fahrzeughalter rasch ermittelte – dritter Täter wurden festgenommen, nachdem in dem Wagen mehrere abgesägte Katalysatoren sichergestellt werden konnten. Die Männer gestanden, jeweils kurz hinter einem Wagen gehalten zu haben, damit sich einer von ihnen, während die zwei anderen »Schmiere standen«, blitzschnell unter das Fahrzeug legen und den Katalysator mit einem batteriegetriebenen Seitenschneider demontieren konnte. Dem Trio drohen jetzt nicht zu knappe Gefängnisstrafen.



Dieser Kater aus Danzig ist nach dem Urteil einer Jury „die schönste Katze der Welt“.

KATZEN-„OSCAR“ Ausgerichtet vom NORSKE RASEKATTKLUBBERS RIKSFORBUND, veranstaltete die internationale Katzenzüchterorganisation FÉDÉRATION INTERNATIONALE FÉLINE am 2. und 3. November des Vorjahres ihre FIFe WORLD SHOW. Dazu kamen im norwegischen Melsomvik, einem Ortsteil der Kommune Sandefjord, Züchter aus aller Welt zusammen, und bei dieser Gelegenheit wurde auch der *World Winner 2024*, die »schönste Katze der Welt«, gekürt. Diesen Titel gewann

ein Kater aus Danzig. Er trägt den Namen »Bacardi« und gehört zur Rasse *Russian Blue*, die weltweit für ihre Schönheit und ihr liebevolles Wesen sehr geschätzt wird und sich unter Katzenliebhabern als eine der Favoriten etabliert hat. »Bacardi« stammt aus der Zucht *Et Cetera Blue PL*, die von Joanna Kowalczyk und ihrer Tochter Pola geführt wird. Beide engagieren sich im Katzenverein *Kingdom of Cats*. Der Champion folgt einem geregelten Tagesablauf: Nach dem Frühstück führt ihn sein Weg stets in den Garten, wo er gerne Ausschau nach Vögeln zu halten pflegt, die er jagen könnte. Äußerst wählerisch ist er demgegenüber bei den Mahlzeiten, bei denen er je nach Laune die ihm vorgelegten erlesenen Delikatessen annimmt – oder zuweilen auch durchaus einmal ablehnt.

Peter Neumann



Der restaurierte Straßenbahnwagen Tw245 „BERGMANN“

zur edlen Mahagoni-Innenausstattung. Dank dieser sorgfältigen Wiederherstellung bleibt der BERGMANN nun ein lebendiges Denkmal der Danziger Verkehrsgeschichte und wird künftige Generationen an die deutsche Vergangenheit der Stadt erinnern. Besonders erfreulich ist, dass die historische Seitenaufschrift DANZIGER ELEKTRISCHE STRASSENBAHN A.G. erhalten geblieben ist.

WIEDER AUFGEGLEIST Nach einer aufwändigen Restaurierung feiert die fast hundert Jahre alte Straßenbahn BERGMANN ein glanzvolles Comeback. Der älteste noch betriebsfähige elektrische Straßenbahnwagen Danzigs wurde mit großer Sorgfalt in Stand gesetzt und erstrahlt nun in seinem originalen Erscheinungsbild von 1927. Das einzigartige Fahrzeug, gefertigt von der DANZIGER WAGGONFABRIK AG, trägt die Bezeichnung Tw245 »BERGMANN«. Diese setzt sich nach damaligen Standards aus der Abkürzung für Triebwagen (Tw) und der Nummer des ersten Wagens der Serie zusammen. Seit seiner Außerdienststellung im Jahr 1973 bereichert BERGMANN die historische Flotte der Danziger Busse und Straßenbahnen.

Die umfassende Restaurierung war aufgrund des fortschreitenden Verfalls seines technischen Zustands erforderlich und erstreckte sich über sämtliche mechanischen, elektrischen und optischen Elemente. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf die historische Authentizität gelegt – von der originalgetreuen Lackierung bis hin



EINSTURZGEFAHR Die Breitenbach-Brücke (heute Siennicki-Brücke) verbindet die Danziger Stadtteile Troyl und Heubude mit der Innenstadt. Die Brücke, die auf eine lange Vor- und Nachkriegsgeschichte zurückblicken kann, wurde 1912 erbaut und nach dem preußischen Verkehrsminister Paul von Breitenbach benannt. Einst galt sie als die größte Klappbrücke im Ostseeraum. Doch im Zweiten Weltkrieg wurde sie von der Wehrmacht gesprengt. Ihr Wiederaufbau erfolgte 1947 dann als feste Brücke.

Trotz mehrfacher Sanierungen, zuletzt in den 1980er Jahren, ist die Brücke aufgrund akuter Einsturzgefahr seit dem 10. Januar 2025 vollständig für Fußgänger, Straßenbahnen und den Autoverkehr gesperrt. Untersuchungen von Experten der Technischen Universität Danzig ergaben, dass sich die Brückenpfeiler verschieben, was die Stabilität der Konstruktion erheblich gefährdet. Die geplante Sanierung umfasst einen kompletten Austausch der Brückenpfeiler, die durch über 20 m tiefe Gründungspfähle ersetzt werden. Zudem werden das Straßenbahn- und Straßennetz umfassend erneuert.

Um den Verkehr aufrechtzuerhalten, wird für den Verkehr zum Hafen von Danzig die Nutzung des Tunnels unter der Toten Weichsel als Umleitung empfohlen. Für Passagiere stehen zwei Fährschiffe bereit, um eine Verbindung zwischen den beiden Ufern zu gewährleisten. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich 2027 abgeschlossen sein.



Sperrung der Brückenzufahrt

FOTO: PIOTR WITTMAN / GDANSK.PL

DEUTSCHE FILMWOCHE Die Deutsche Filmwoche, die in Kooperation mit dem Nürnberger Haus in Krakau, den Goethe-Instituten in Warschau und Krakau sowie dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland organisiert wurde, fand vom 24. bis 30. Januar zeitgleich in neun polnischen Städten, darunter Danzig, statt. Auf der großen Leinwand wurden Filme renommierter Regisseurinnen und Regisseure gezeigt, die bereits auf bedeutenden Festivals wie der BERLINALE präsentiert oder sogar ausgezeichnet wurden. Das deutsche Kino greift bekanntlich nicht nur gesellschaftliche und politische Entwicklungen zeitnah auf, sondern setzt sich auch fortlaufend mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinander. Darauf sind Filme, die sich mit dieser Thematik befassen, ein fester Bestandteil des Veranstaltungsprogramms. Zu den gezeigten Werken gehörten unter anderem *Sterben* von Matthias Glasner, *Marc Rothemunds Wochendrebellen* und *Es brennt* von Erol Afşin.



Plakat zur „Deutschen Filmwoche“



FOTO: PRzemysław SWiderski / DZIENNIK ALTAJKI.PL



„KOMMUNEN VORAN“ Rafał Trzaskowski, Präsidentschaftskandidat und Bürgermeister von Warschau, besuchte am 10. Februar die Dreistadt und präsentierte eine Initiative, deren Motto »Kommunen voran!« (Samorządy naprzód!) lautet und deren Ziel es ist, die lokale Selbstverwaltung für diese Kampagne zu mobilisieren. Viele Kommunalpolitiker, darunter Danzigs Bürgermeisterin Aleksandra Dulkiewicz und Sopots Bürgermeisterin Magdalena Czarzyńska-Jachim, unterstützen Trzaskowski, da er als Präsident die Dezentralisierung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vorantreiben will. Ein zentrales Thema

ist das Metropolgesetz für die Dreistadt, das die Zusammenarbeit zwischen den Städten stärken soll. Der Gesetzentwurf wird derzeit zwischen den Ministerien abgestimmt, muss jedoch noch vom Parlament verabschiedet und schließlich vom Präsidenten unterzeichnet werden. Unterstützer befürchten, dass dies unter dem amtierenden Präsidenten Andrzej Duda oder unter Karol Nawrocki, der sich in diesem Jahr für die PiS um dessen Nachfolge bemüht, scheitern könnte, da ihre Partei einer Stärkung der Kommunen kritisch gegenübersteht. Trzaskowski gilt für viele als Garant für eine kommunalfreundliche Politik.

Adrian Wojtaszewski

... Elbing

ABRISS-PLÄNE Mitte Januar veröffentlichte der Magistrat eine lange Liste von insgesamt 38 Gebäuden, die in den nächsten vier Jahren (von 2025 bis 2028) abgerissen werden sollen. Dabei handelt es sich überwiegend um Wohngebäude, die fast ausschließlich vor 1945 erbaut worden sind. Einige davon entstanden sogar noch am Ende des 19. Jahrhunderts. Sie wurden in das Verzeichnis aufgenommen, weil sie seit Jahren in einem schlechten Zustand sind und ihre Sanierung als unrentabel, wenn nicht unmöglich eingestuft wurde. Dabei handelt es sich um Gebäude in der damaligen Wittenfelder Straße, in der St.-Pauli-Kirch-Straße und am Inneren Vorberg, denen allermeist auch kein nennenswerter architektonischer oder ästhetischer Wert zugekannt werden kann.

Ausnahmen hiervon bilden das 1907 errichtete Haus an der Hindenburgstraße neben dem ehemaligen Lehrerseminar sowie das ehemalige Totengräberhaus auf dem (ehemals katholischen, jetzt kommunalen) Nikolai-Friedhof an der Jahn-Straße. In dieser Hinsicht betont die Stadtverwaltung beruhigenderweise, dass nicht sämtliche Häuser abgerissen würden. Das Verzeichnis



Das erhaltenswerte Gebäude an der ehemaligen Hindenburgstraße

FOTO: BARTOSZ SKOP

sollte zunächst nur den Bewohnern zur Orientierung darüber dienen, dass sie ihre Wohnungen in absehbarer Zeit verlassen müssten. In Einzelfällen soll dann aber durchaus die Möglichkeit bestehen, den Häusern veränderte Funktionen zuzuweisen und sie daraufhin umzugestalten bzw. zu renovieren. Er wäre wünschenswert, wenn dieses Schicksal auch dem besagten Haus an der ehemaligen Hindenburgstraße widerführe.

NEUE WAGGONS Aufgrund des Mangels an funktionstüchtigen Fahrzeugen will die Verwaltung zehn der bereits veralteten und verschlissenen Straßenbahnen durch neue ersetzen. Dieses Vorhaben ist Teil eines größeren Projekts, das auf die Modernisierung des gesamten schienengestützten Personennahverkehrs der Stadt zielt und innerhalb des gemeinsamen Programms »Ostpolen« vom polnischen Staat und der EU kofinanziert wird. Neben dem Kauf der neuen Waggons plant der Magistrat in diesem Zusammenhang auch, auf mehreren Linien die stark abgenutzten Fahrschienen zu renovieren. Allein dafür sind 184 Mio. Złoty vorgesehen. Für die Straßenbahnen war ein Betrag von knapp 90 Mio. Złoty veranschlagt worden. Die beiden Gebote, die im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens eingegangen sind, übersteigen aber diesen Zuschlagswert: Das niedrigere Angebot im Wert von 95 Mio. Złoty stammt vom türkischen Unternehmen BOZANKAYA A.Ş. (türkische Straßenbahnen versehen in Allenstein schon seit einigen Jahren ihren Dienst). Das höhere Angebot, das sich auf 130 Mio. Złoty beläuft, stammt von der bekannten polnischen Firma PESA aus Bromberg (deren Straßenbahnen, die sogenannten »Gurken«, sind in Elbing seit 2006 im Einsatz). Derzeit wird von der Verwaltung geprüft, ob und ggf. welches der Angebote sie annimmt.



Der Bautyp „Swing“ der Bromberger PESA

QUELLE: TRANSPORT-PUBLICZNY.PL

WASSERWEG ZUR STADT Der Bau der Wasserstraße, die von der Danziger Bucht durch den Nehrungsdurchstich sowie über das Frische Haff, die Elbing-Mündung und den Fluss hinauf bis zum Stadthafen führen soll, ist in die vierte Phase eingetreten: Nun wird die Vertiefung des Elbing-Flusses und der Hafenzufahrt in Angriff genommen. Die neue Regierung in Warschau hat – im strikten Unterschied zu ihrer Vorgängerin – zugesagt, dass die Kosten dieses Bauabschnitts nicht vom Magistrat aufgebracht werden müssen, sondern von der Staatskasse übernommen werden.

Für das Fahrwasser sind eine Breite von 36 m und eine Tiefe von 5 m vorgesehen. Zudem werden Uferbefestigungen angelegt, und der Plan sieht darüber hinaus vor, dass an der Stelle, an der der Kraffohl-Kanal den Fluss erreicht, für Schiffsmanöver eine nahezu kreisförmige Fläche mit einem Durchmesser von 160 m entstehen soll. Bei der Umsetzung dieser Pläne haben sich allerdings Probleme ergeben, denn die erste Ausschreibung musste nach ihrer Veröffentlichung aus formalen Gründen wieder zurückgezogen werden. Inzwischen hat das Seefahrtsamt in Gdingen aber ein neues Verfahren in Gang gesetzt. Angesichts des Umfangs dieser Maßnahme können die Arbeiten an der Wasserstraße frühestens im Jahr 2027 abgeschlossen werden, während der Bau des Hafens noch eine deutlich längere Zeit beanspruchen wird.



Prälat Stanisław Błaszkowski bei der feierlichen Hl. Messe, die ihm zu Ehren am 8. März in der Elbinger Kathedrale stattfand

QUELLE: INFO.ELBLAG.PL

AD PLURIMOS ANNOS Der Domprobst zu St. Nikolai, Hochwürdiger Prälat Kanoniker Stanisław Błaszkowski, feiert im Jahr 2025 sein 40. Priesterjubiläum; zudem kann er jetzt auf eine 20-jährige Amtszeit als Domprobst zurückblicken. – Er ist in der Kaschube geboren und arbeitete als junger Erwachsener auf der Danziger Werft. Späterhin studierte er am Priesterseminar in Danzig Theologie und wurde am 3. Februar 1985 vom damaligen Danziger Bischof Tadeusz Gocłowski zum Priester geweiht. Nach der Gründung des Bistums Elbing arbeitete er innerhalb dieser Diözese. 2005 wurde er Pfarrer der Kathedrale und trat damit die Nachfolge

Dr. Mieczysław Józefczyks, des berühmten Kaplans der Solidarność, an. Neben seinen vielfältigen Aufgaben bemühte er sich im Laufe der folgenden zwei Jahrzehnte maßgeblich um den Erhalt der Nikolai-Kirche. Zu den zahlreichen, von ihm initiierten Arbeiten gehören: die Instandhaltung und Säuberung der Außenwände, die Erneuerung des Innenanstrichs, der Austausch der Kirchenbänke und die konservatorische Betreuung der historischen Ausstattungsgegenstände. Die denkwürdigste Maßnahme waren sicherlich die gründliche Renovierung des 97 m hohen Turms und der Bau einer Aussichtsterrasse auf dessen Plattform.

Bartosz Skop

... Marienburg

ABGEHÄNGT? Das hoch ambitionierte und aufwändige Projekt, bei Baranów (in der Nähe von Warschau) als neues Luftdrehkreuz für Mittel- und Osteuropa einen Großflughafen, den *Centralny Port Komunikacyjny* (CPK), zu errichten, hat die Polnische Staatsbahn PKP vor die Aufgabe gestellt, landesweit von den großen Städten aus Zubringerrouten zu konzipieren. Für die Bahnlinie Nr. 5, durch die Danzig angebunden werden soll, wird gegenwärtig der Streckenverlauf geplant und in Bürgerversammlungen vorgestellt. Dabei sind fünf Varianten im Gespräch, von denen eine Danzig von Baranów aus über Płock, Włocławek, Graudenz und – auf der linken Weichelseite verlaufend – Dirschau erreicht, Marienburg somit umgeht. Diese Linienführung scheint von den Planern favorisiert zu werden, wird aber erst noch mit den Einwohnern der Gemeinden Mielenz und Stuhm diskutiert.

LIZENZ Das Bezirkskrankenhaus der Stadt hat neuerlich seine Akkreditierung für die stationäre Behandlung erhalten. Damit hat es eine wichtige Bestätigung für die hohe Qualität der angebotenen medizinischen Leistungen erhalten. Die Klinik wird vom Kreisgesundheitszentrum betrieben und nimmt bereits seit mehreren Jahren am Akkreditierungsprogramm für Krankenhäuser teil, das vom Gesundheitsministerium ins Leben gerufen worden ist. Dessen Ziel ist es, die Qualität der medizinischen Dienstleistungen in der Krankenhausbehandlung auf der Grundlage der Standards, die zuvor von der in Krakau beheimateten Überwachungsstelle des Programms festgelegt worden sind, zu evaluieren und möglichst zu verbessern.

„SINGT DEM HERRN“ Seit 2015 besteht in der Pfarrei St. Urszula Ledóchowska der gemischte Chor *Cantate Domino*; seit 2021 wird er von Łukasz Rosiak geleitet, der sein



Westpreußen 1/2025 (Frühjahr)

LAPIDARIUM Die Aufräumarbeiten auf dem ehemaligen Friedhof der St.-Georgs-Kirche, für die Vize-Bürgermeister Maciej Rusek die Schirmherrschaft übernommen hat, konnten abgeschlossen werden. Bogdan Krauze, ein Mitarbeiter des Burgmuseums, hatte die Initiative ergriffen und gemeinsam mit den beiden Burgföhrern Grzegorz Robak und Wojciech Ślużyński Grabsteine aus dem 17. und 18. Jahrhundert geborgen und gereinigt. Diese Platten hatten ursprünglich – wie in früheren Jahrhunderten üblich – den Fußboden der Kirche gebildet, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg aber herausgerissen und im Außengelände vergraben. Zwei



der Grabmale tragen lateinische Inschriften, durch die sie sich zwei evangelischen Pfarrern, Christopher Stephan und Abraham Pusch, zuordnen ließen.



Das Jerusalem-Hospital (im Dezember 2024)

WEITERE SANIERUNG Dank den beharrlichen Bemühungen des »Fördervereins Jerusalem-Hospital des Deutschen Ordens in Marienburg« wurden 2004 erste Renovierungsarbeiten an dem in seiner Substanz gefährdeten Gebäude vorgenommen. Im März 2011 konnte dort dann ein Städtisches Kulturzentrum seine Pforten öffnen, und weitere 13 Jahre später, im Dezember 2024, wurde nun auch das Kellergeschoss instandgesetzt und ausgebaut. Die Maßnahme umfasste die Sanierung der Außentreppen sowie des Haussockels, die Wasser- und Abwasser-

anlagen, den Heizungs- und Lüftungsbau sowie die Elektroinstallationen. Nach dem Abschluss der Arbeiten wird das Kellergeschoss dem Kulturzentrum für unterschiedliche Nutzungszwecke zur Verfügung stehen. – Neben einem kleineren Anteil der Marienburger Kommunalverwaltung brachte der Förderverein zur Finanzierung dieses Projekts € 6.500 als Eigenmittel auf und vermochte daraufhin von der BEAUFTRAGTEN DER BUNDESREGIERUNG FÜR KULTUR UND MEDIEN einen Betrag von € 50.000 einzufordern.



Schnappschüsse von den Arbeiten: Mauersanierung sowie Abwasser- und Elektroinstallation

Kirchenmusikstudium an der Musikakademie in Bromberg absolviert hat. Der Chor hat sich in den letzten Jahren ein überregionales Renommee erworben und konnte auch schon bei mehreren nationalen Wettbewerben für geistliche Musik Erfolge erzielen. Am 5. Januar gab er ein Konzert mit Weihnachtsliedern an einem sehr besonderen Ort – in der Kirche der Hl. Jungfrau Maria im Hochschloss der Marienburg.

Katarzyna Łaszkiewicz, die stellvertretende Direktorin des Schlossmuseums für Marketing und Verwaltung, erinnerte das Publikum an die mittelalterliche Geschichte dieses Raums, als dort der gregorianische Gesang der Ordensbrüder erklangen sei, wies aber auch auf die Zerstörungen im Zweiten Welt-

krieg hin, die bis heute in beeindruckender Weise sichtbare bauliche Narben hinterlassen hätten, während es jahrelangen Rekonstruktionen und Renovierungen zugleich gelungen sei, die Kirche mit ihren Verletzungen wieder in ihrer großartigen Architektur wie auch Akustik erlebbar zu machen.

Dem Chor bot dieser Auftritt übrigens nicht die erste Gelegenheit, mit diesem Klangraum in Kontakt zu kommen: Vor gut zwei Jahren hatte er ihn quasi als Tonstudio genutzt, als er mit Zustimmung der Museumsdirektion hier sein Album *Stille Nacht* aufgenommen hatte. Dieses Repertoire hatte *Cantate Domino* nun auch der Programmawahl des Live-Konzerts zugrunde gelegt.

Marek Dziedzic

... Thorn

AUFWÄNDIGER JAHRESWECHSEL Nach anfänglichen Gerüchten sind die daran anschließenden Vermutungen letztlich zur Gewissheit geworden: Thorn feierte den Jahreswechsel mit dem *Sylwestrowa Moc Przebojów*, dem von POLSAT TELEVISION organisierten und ganz besonderen Silvester-Konzert von »Power-Hits«. Die Bühne war direkt neben dem Altstädtischen Rathaus und dem Artushof errichtet worden, so dass die Teilnehmer und alle Fernsehzuschauer die Möglichkeit hatten, berühmte Gebäude des Altstadtkomplexes zu bewundern.

Die Live-Übertragung der Veranstaltung begann an Silvester um 20 Uhr auf POLSAT TELEVISION, und die Einwohner und Gäste wurden zweieinhalb Stunden zuvor eingelassen, wobei der Eintritt frei war und auch keine Billets ausgegeben worden waren. Lediglich die Anzahl der zugelassenen Besucher war strikt auf 10.000 Personen begrenzt.

Deshalb waren an verschiedenen Stellen des Altstädter Markts und der Szeroka-Straße Großbildleinwände aufgebaut worden, an denen Tausende weiterer fröhlicher, feierlustiger Musikfans die Veranstaltung verfolgen konnten. Bei dieser Gelegenheit kamen Menschen aller Altersgruppen aus ganz Polen zusammen; und nach den verfügbaren Einschaltquoten nahm das *Sylwestrowa Moc Przebojów* unter den vergleichbaren Fernsehsendungen mit mehr als vier Millionen Zuschauern den ersten Platz ein.

Die Organisation dieses Großereignisses war keine leichte Aufgabe, zumal POLSAT TELEVISION sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Stadt erst Ende Oktober bekundet hatte und die Stadt sowie das Marschallamt den Vorschlag zunächst gewissenhaft prüfen mussten, so dass eine gemeinsame Absichtserklärung nicht vor dem 19. November vorlag. Dem neuen Thorner Bürgermeister, Paweł Gulewski, gelang es aber, trotz der knappen Zeit ein kompetentes Team zu bilden und alle Vorbereitungen rechtzeitig zu treffen.

Die Stadtverwaltung und die Selbstregierung der Region stellten für das Projekt jeweils 980.000 Złoty bereit, und das Gesamtbudget der von POLSAT übernommenen Kosten belief sich auf etwa 1,3 Mio. Złoty. Diese Investitionen sind durchaus erheblich, die dadurch finanzierte aufwändige Show, die viele als imagefördernd empfanden, stieß bei den Einwohnern allerdings nicht auf eine ungeteilte Zustimmung. Bedenken gab es hinsichtlich des Bühnenstandorts im Herzen der mittelalterlichen, zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörenden Altstadt und der großen Menge an Zuschauern, die möglicherweise in Panik geraten könnten. Gefährdet schien auch die Sicherheit von Museen und deren Exponaten. So traf das »Museum für fernöstliche Kunst« im Sternenhaus besondere Vorsichtsmaßnahmen, indem Objekte aus ihren Vitrinen entfernt bzw. mit Folien geschützt wurden, um das Risiko von Schäden durch zu starke Schwingungen und Vibrationen zu minimieren.

Letztlich erwies sich die Großveranstaltung aber als ein voller Erfolg, der alle gleichermaßen überzeugte, wenn nicht begeisterte; und als um Mitternacht am Himmel statt eines Feuerwerks eine



FOTOS: PIOTR ŁAMPKOWSKI / SUPER EXPRESS FÜR «NOWOŚCI»



Die Show-Bühne auf dem Altstädtischen Markt

Ein Podium voller überregionaler Stars

von Drohnen erzeugte Lichtillumination erschien, ergriff viele ein Gefühl positiver Energien, – von dem zu hoffen wäre, dass es zumindest noch einige Zeit im neuen Jahr andauern möchte.

ÜBERALL KRONEN! Nach einer offiziellen Eröffnung mit einem Konzert des *Empire Gospel Choir* und Begrüßungsworten von Vertretern der Stadt, der Region und der Diözese begann sich – wie jedes Jahr am 6. Januar, dem Fest der Hl. Drei Könige – ein farbenfroher Umzug in Bewegung zu setzen. Er führte durch die Straßen der Altstadt, und an seiner Spitze schritten vier Großfiguren, die die drei Hl. Könige sowie den »Stadtpatron« Nikolaus Kopernikus dar-



FOTOS: FORUM.PL



Bürgermeister Paweł Gulewski beim Verteilen von Süßigkeiten

stellten. Ihnen schlossen sich zahlreiche kostümierete Gruppen, Künstler und Gaukler, eine Blaskapelle und ein Chor an. – Die Besucher, die den Zugweg säumten, erhielten bunte Pappkronen, die den fröhlichen Charakter der ganzen Veranstaltung nochmals verstärkten. Die jüngsten Teilnehmer freuten sich über Süßigkeiten, die Angel Tellechea Goyen, der Honorarkonsul der Republik Polen im spanischen Pamplona, gestiftet hatte und die von Bürgermeister Paweł Gulewski verteilt wurden.

UNABHÄNGIGKEITSFEIER Thorn durchlebte in seiner territorialen Zugehörigkeit eine wechselhafte Geschichte. Bei der Zweiten Teilung Polens im Jahr 1793 wurde die Stadt von Preußen annexiert, kam mit dem Vertrag von Tilsit zum Herzogtum Warschau und stand, bevor sie 1815 durch den Wiener Kongress wieder Preußen zugeteilt wurde, drei Jahre lang unter russischer Militärrherrschaft. Ab 1817 wurde sie bis zum Ende des Jahrhunderts zu einer der größten Festungen Europas ausgebaut.

Aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrags (1919) gehörte Thorn zum wiedererstandenen Polen: Am 18. Januar 1920 verließen die deutschen Truppen das Gebiet. Drei Tage später verkündete der Politiker und Jurist Stefan von Łaszewski, der schon

seit dem 19. Oktober 1919 als Woiwode der neu gebildeten Woiwodschaft »Pommerellen« amtierte, gemeinsam mit dem kommissarischen Bürgermeister der Stadt, Otto Steinborn, und General Józef Haller, dem Kommandeur der »Blauen Armee«, vom Balkon des Alten Rathauses aus das Ende der deutschen Herrschaft. – Am 105. Jahrestag dieses Ereignisses wurde in einer Feierstunde auf dem Altstädtischen Ring an die Proklamation erinnert. Daran nahmen Bürgermeister Paweł Gulewski, der die Festrede hielt, weitere Vertreter der Stadtverwaltung, der Woiwodschaft Kujawien-Pommern, der Nikolaus-Kopernikus-Universität und der polnischen Armee teil. Danach wurde die Veranstaltung vor geladenen Gästen noch mit Vorträgen und einem Konzert im Altstädtischen Rathaus fortgesetzt.

ASCHENPUTTEL WIRD ERLÖST!

Der Bahnhof Thorn-Ost erstrahlt langsam wieder im alten Glanz. Er hätte schon seit langer Zeit einer gründlichen Renovierung bedurft, aber erst im November 2022 begannen schließlich die Arbeiten an dem vernachlässigten Gebäude, die bis heute andauern, denn ihnen wird, weil – wie Vertreter der Polnischen Staatsbahnen (PKP) zugesagt hatten – der historische Charakter des Bauwerks gewahrt bleiben soll und deshalb besondere Sorgfalt abverlangt.



Die Spuren der Renovierungsarbeiten sind bereits deutlich zu erkennen

Die Geschichte des Bahnhofs, der früher den Namen »Thorn-Mocker« trug, setzt am 20. November 1871 ein, als die hier beginnende Eisenbahnlinie von Thorn nach Gosslerhausen den Verkehr aufnahm. Als zwei Jahre später jedoch die Weichselbrücke eröffnet wurde und die Strecken nun vom neuen Hauptbahnhof aus ihren Ausgang nahmen, sank Mocker bis 1909 auf den Rang eines Güterbahnhofs herab. Nachdem das Dorf Mocker 1906 nach Thorn eingemeindet worden war, wurde diese Betriebsanlage allerdings neuerlich zu einem Güter- und Personenbahnhof ausgebaut und am 15. August 1909 wiedereröffnet. Seinen Namen behielt er bis 1945, wurde später aber in »Thorn-Ost« umbenannt.

Das im zeitüblichen neogotischen Stil errichtete Gebäude hat seine ursprüngliche architektonische Gestalt bis heute erhalten. Am Treppenaufgang sind sogar noch Relikte von Gaslaternen zu finden. Die Pläne für die Renovierung sehen vor, die Glasfenster an beiden Enden der Bahnhofshalle wiederherzustellen und das große Fenster über dem



Visualisierung der modernisierten Bahnhofshalle

QUELLE: PKP PL

Haupteingang des Gebäudes zu erneuern. Die Halle selbst soll zukünftig als Wartebereich genutzt und mit Bänken, Fahrplänen, Ankunfts- und Abfahrtstafeln ausgestattet werden. Die Modernisierungen umfassen auch das Verwaltungsgebäude, in dem ein Hostel und ein Gastronomiebetrieb mit Sommergarten Platz finden sollen, sowie ein in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs gelegenes Haus mit Eisenbahnerwohnungen. Bislang werden die Modernisierungskosten auf 27 Mio. Złoty kalkuliert – freilich gibt es aber noch viel zu tun.



DOPPELGEBURTSTAG Am 19. Februar wird traditionell der Geburtstag von Nikolaus Kopernikus gefeiert, der sich jüngst zum 552. Male gefährt hat. In 2025 ließ sich dieser Tag mit einem weiteren Jubiläum verbinden, denn die Nikolaus-Kopernikus-Universität (UMK), die wenige Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegründet worden war, konnte zugleich ihr 80-jähriges Bestehen feiern. Der Festtag begann mit einer Zeremonie am Nikolaus-Kopernikus-Denkmal, bei der verschiedene Delegationen – wie z. B. Angehörige der Universität, Vertreter der Stadt und verschiedener Verbände oder Schülerinnen und Schüler des Nikolaus-Kopernikus-Gymnasiums – Kränze und Blumengebinde niederlegten. – Danach verlagerten sich die Feierlichkeiten in die Aula der Universität. Vor zahlreichen hochrangigen Gästen überbrachte dort Marcin Kulasek, der Minister für Wissenschaft und Hochschulbildung, dem Lehrkörper und der Studentenschaft die besten Glückwünsche. Dabei hob er die jüngsten

Erfolge der UMK hervor: ihren Status als exzellente Forschungsuniversität im nationalen Wettbewerb der Hochschulen, ihre ständige Präsenz in den wichtigsten internationalen Rankings, ihre Einbindung in europäische Forschungsnetze, ihre Investitionen in die Infrastruktur wie auch die dynamische Entwicklung ihres Bildungsangebots. Die Reihe der Grußworte, Ansprachen, Ehrungen und Vorträge eröffnete sodann der neu gewählte Universitätspräsident, Professor Andrzej Tretyń, der im Rückblick auf die Anfänge der Universität deren Initiatoren würdigte, die trotz schwierigster Bedingungen und struktureller Defizite dank ihrer Entschlossenheit und Leidenschaft diese Gründung erfolgreich ins Werk gesetzt hätten.

Zuzanna Foss



Die jüngsten Gratulanten am Kopernikus-Denkmal



80-Jahr-Feier der Nikolaus-Kopernikus-Universität. Dankesrede des renommierten israelischen Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Oded Galor, dem im Rahmen des Festaktes die Ehrendoktorwürde verliehen worden war

FOTOS: UMT 2025 / SŁAWOMIR KOWALSKI (CC BY-NC 4.0)

Die Westpreußen – eine »unwahrscheinliche« Landsmannschaft

Skizze zur Frühgeschichte des Bundesverbandes

Von Erik Fischer

Wer heute die Website des BUNDES DER VERTRIEBENEN besucht und dort die Unterseite der Mitglieder aufruft, findet erwartungsgemäß auch die WESTPREUSSISCHE GESELLSCHAFT; denn die hier verzeichneten Landsmannschaften bilden tendenziell alle früheren preußischen Provinzen und anderen ehemaligen Siedlungsgebiete der Deutschen im östlichen Europa ab. Bevor es überhaupt zu einer solchen »flächendeckenden« Konzeption kommen konnte, mussten die Westpreußen sich allerdings erst noch einige Voraussetzungen dafür schaffen, um sich als autonome und legitime Interessenvertretung etablieren zu können.

Ein ostdeutscher Stamm ohne Land

Als in den westlichen Besatzungszonen drei Jahre nach dem Kriegsende das Koalitionsverbot der Alliierten allmählich gelockert wurde und sich Landesflüchtlingsausschüsse bilden konnten, fanden sich auch landsmannschaftliche Gruppierungen zusammen: Schon Ende Juli 1948 erhielt der BUND DER DANZIGER (BdDA) seitens der Militärregierung die Genehmigung, seine Arbeit aufzunehmen; und Anfang Oktober desselben Jahres gründete sich in Hamburg die LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN (LO).

Am 6. April 1949 beschlossen auch die Vertreter fast aller westpreußischer Heimatkreise die Bildung einer eigenen Landsmannschaft. Nun »reihen sich« – wie es die Zeitung *Der Westpreuße* in ihrer Startausgabe, dem Juni-Heft, formulierte – »die Westpreußen einschl. der Bromberger in die Front der anderen ostdeutschen Landsmannschaften ein und werden nun auch gegenüber der Öffentlichkeit, der Deutschen Bundesregierung und andern über unser zukünftiges Schicksal entscheidenden Mächten ihren eigenen Sprecher haben« (S. 2).

So zwangsläufig auch die Flüchtlinge und Vertriebenen vom Land an der unteren Weichsel einer Vertretung oder einer Hilfsgemeinschaft bedurften, die sich für die sozialen Belange einsetzen und ihre Entschädigungsansprüche anmeldeten, so fragwürdig war zu dieser Zeit doch auch, ob diese Funktion tatsächlich der Sprecher einer »Landsmannschaft« übernehmen sollte, denn dieser Begriff traf die Verhältnisse in der Region doch allenfalls metaphorisch. Der Verband bestand zum einen aus fünf Heimatkreisen, die seit 1920 dem Regierungsbezirk Marienwerder – sowie über-

Organisationen und Vereine erwecken bei ihren Mitgliedern oftmals den Eindruck einer großen Kontinuität und Beständigkeit, der die Erinnerungen an kleinere Kursänderungen oder sogar tiefergreifende Umbrüche verblassen lässt. Deshalb erscheint es nach dem langen Weg, den die »Westpreußen in der Fremde« nun schon zurückgelegt haben, besonders reizvoll, zur Selbstvergewisserung einmal einen intensiveren Blick zurück zu werfen. – Selbstverständlich wird daraus noch ein umfangreicheres Projekt entstehen, von dem in diesem Fokus zunächst nur einige wenige Perspektiven angedeutet werden können.

greifend der Provinz Ostpreußen – angehörten. Dass dieser Regierungsbezirk vor allem wohl aus Gründen eines politisch plakativen wie melancholischen Erinnerns ab dem 1. Juli 1922 als »Reg.-Bez. Westpreußen« bezeichnet wurde, hatte das frühere Landesbewusstsein der Bevölkerung freilich kaum wachzuhalten vermocht: Offenbar hatten sich die früheren Einwohner 1948 bereits der LO angeschlossen – und mussten nun 1949 erst einmal quasi umgemeldet werden. Im Umkreis der soeben zitierten Ausführungen berichtet *Der Westpreuße*, dass »diejenigen westpreußischen Heimatkreise, die zunächst im Rahmen der Landsmannschaft Ostpreußen arbeiteten

und jetzt von der Landsmannschaft Westpreußen übernommen sind, [...] ihre Obmänner selbstverständlich beibehalten« dürfen.

Zum anderen standen neben dieser relativ kleinen Gruppe von Kreisen, die 1945 noch zum Reich gehörten, einer explizit »westpreußischen« Landsmannschaft nur noch Kreise zur Verfügung, die bereits 1919 – als sogenannter Korridor – zu Polen gekommen waren. Die Menschen aus den beiden anderen, bei der damaligen »Vierteilung« der Provinz entstandenen Gebieten (Abb. 1) waren als Mitglieder nicht mehr zu gewinnen: Die westlichen Kreise Schlochau, Flatow und Deutsch Krone gehörten seit 1938 zu Pommern, waren beim Kriegsbeginn nicht zum Reichsgau Danzig-Westpreußen geschlagen worden und blieben – und bleiben bis heute – fest in die Landsmannschaft Pommern eingebunden. Des Weiteren beriefen sich die Danziger auf ihre historische und als Bürger der Freien Stadt sogar völkerrechtliche Unabhängigkeit und wahrten penibel ihre Eigenständigkeit. Allen Bemühungen, die, wenn auch nur fragmentarische, Provinz und ihre alte Hauptstadt durch eine Fusion der Verbände wenigstens in der Erinnerungskultur wieder zusammenzubringen, war dauerhaft kein Erfolg beschieden.

Der dunkle Schatten des Reichsgaus

Selbst die Bewohner des Korridor-Gebiets repräsentierten nicht ausnahmslos den »Stamm« der Westpreußen, denn nun kamen auch noch »die Bromberger« hinzu, die – beispielsweise in der eigenen Rubrik BROMBERGER RUNDSCHEIN, die ebenfalls in der № 1 der Zeitung *Der Westpreuße* zu entdecken ist (S. 6) – betonten, dass sie »eine besondere Tradition, zumal auf kulturellem Gebiete, für

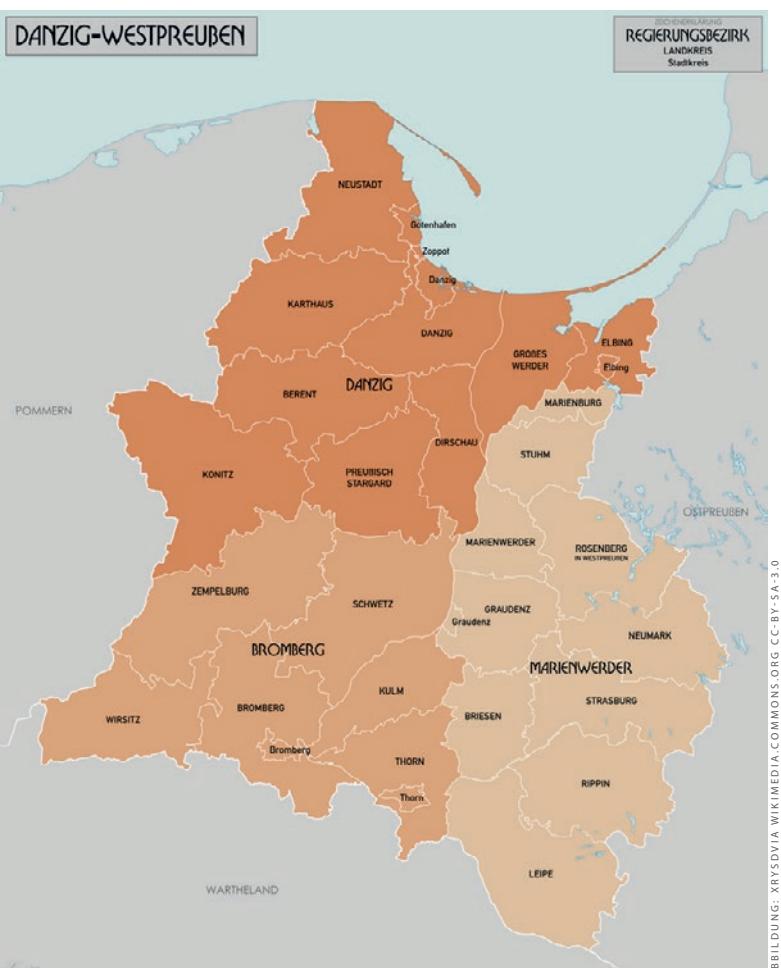


Abb. 2: Regierungsbezirke sowie Land- und Stadtkreise des Reichsgaus Danzig-Westpreußen. Die Hinzunahme der südöstlichen Kreise Rippin und Leipe, die niemals zuvor deutsch gewesen waren, belegt, dass hier ein rücksichtsloses Konzept einer flächendeckenden Annexion polnischen Staatsgebiets verfolgt wird, um jenseits historisch gewachsener Strukturen eine möglichst geschlossene Verwaltungseinheit zu arrondieren.

uns und unsere Kinder zu pflegen« hätten, dann aber einsichtsvoll erklärt, dass sie sich »als dienendes Glied unserer weiteren Heimat« fühlten und sich »einzufügen« hätten »in die große Gemeinschaft aller Menschen, die einmal in jenem herrlichen Lande leben durften.«

Die Integration der Bromberger weist – ebenso wie das Ausklammern der »Pommern« und der Danziger – ein weiteres Mal darauf hin, dass die neugebildete Landsmannschaft sich keineswegs an der (1919 untergegangenen) Provinz »Westpreußen« orientierte, sondern sich bemühte, die Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Gebiet des nationalsozialistischen »Reichsgaus Danzig-Westpreußen« zu vertreten (Abb. 2). Aus der Situation der Nachkriegszeit heraus betrachtet, war diese Anbindung wohl unausweichlich. Zugleich ergab sich daraus aber ein gravierender Mangel, weil der Reichsgau, der aus der propagandistisch grundierten deutschen Perspektive als längst überfällige »Befreiung« urdeutschen Landes gefeiert worden war, nüchtern betrachtet, weitestgehend aus einem Territorium bestand, das in einem von Beginn an völkerrechtswidrigen Krieg erbeutet und annexiert worden war.

Auch dieses Legitimitätsdefizit hat die Entfaltungsmöglichkeiten der LANDSMANNSCHAFT WESTPREUSEN zunächst spürbar gehemmt, denn deren Bezugsregion war weitestgehend von der Deutschlandkarte verschwunden. Die massiven Forderungen der Vertriebenenorganisationen nach einer Rückkehr in die angestammten deutschen Siedlungsgebiete ließen somit ins Leere. Jede Tafel, die das KURATORIUM UNTEILBARES DEUTSCHLAND seit Mitte der 1950er Jahre an den Ortsausgängen aller westdeutscher Gemeinden hatte aufstellen lassen, verdeutlichte unmissverständlich, dass innerhalb Ostdeutschlands dort, wo das Land an der unteren Weichsel lag, weiterhin die Lücke des »Polnischen Korridors« klaffte (Abb. 3).

Vergleichbare Schwierigkeiten ergaben sich auch bei der Übernahme von Patenschaften für Kreise in den Ostgebieten. Grundsätzlich wurden solche Möglichkeiten, durch entsprechende Verpflichtungserklärungen die Integration der Ostdeutschen zu fördern, in der Breite derart exzessiv genutzt, dass sich der Verband

der Landsmannschaften und die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände veranlasst sahen, am 6. Juli 1953 umfangreiche Richtlinien »für die Übernahme von Patenschaften über ostdeutsche Gemeinden und Gemeindeverbände« festzulegen, in denen das Verfahren, die Auswahlprinzipien und die inhaltlichen Dimensionen der Patenschaften detailliert geregelt wurden.

Diese Euphorie betraf aber in keiner Form die Kreise im Korridor. Hier herrschte vielmehr eine erhebliche Unsicherheit, wie solch eine Verbindung zu beurteilen sei. So hatte beispielsweise der Niedersächsische Landkreistag entsprechende Fragen von einzelnen Kreisen dem Deutschen Landkreistag vorgelegt, der sich daraufhin seinerseits mit dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen in Verbindung gesetzt hatte und nun – im Rundschreiben 31/54 vom 29. April 1954 – unter dem Betreff »Übernahme von Patenschaften für ostdeutsche Städte und Landkreise, die jenseits der Reichsgrenzen von 1937 liegen«, die Stellungnahme des Ministers vom 24. März referierte. Diese hebt an einem konkreten Beispiel die Gefahr hervor, dass solch eine Patenschaft »unter Umständen Missdeutungen ausgesetzt sein [könnte], insofern, als es sich dabei um eine Stadt handelt, die außerhalb [...] der Grenzen von 1937 liegt«. Unter dieser Voraussetzung gelangt das Ministerium zu folgender Einschätzung:

Ohne der Entschließung [...] der Stadtverwaltung vorgreifen zu wollen, würde ich doch, wenn Sie den Standpunkt des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen erfragen, anraten, die Übernahme der Patenschaft [...] im gegenwärtigen Zeitpunkt besser nicht zu erklären.

Im Anschluss an diesen Ratschlag kommt der Deutsche Landkreistag seinerseits zu folgendem Schluss:

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hält diese Stellungnahme für zutreffend und ist der Meinung, dass die Beurteilung solcher hochpolitischer Fragen den zuständigen Bundesstellen überlassen bleiben sollte. Sie hat über diese Auffassung den Verband der Landsmannschaften unterrichtet.

Ein reiches Erbe

Faktisch bezog sich die Landsmannschaft somit auf ein Territorium, das sich – wie insbesondere auch die Hinzunahme der Kreise Rippin und Leipe zeigt (Abb. 2) – einer übergreifenden Raumplanung der nationalsozialistischen Okkupanten verdankte. Angesichts dieses durchaus schwierigen Zusammenhangs lag es natürlich nahe, den Verband nach der früheren Bezeichnung des Landes, derjenigen der ehemaligen preußischen Provinz, zu benennen. Dadurch konnte nicht nur die problematische Situation des Jahres 1945 gegenüber dem Zustand des Jahres 1919/20 deutlich zurücktreten, sondern zugleich rief der Name »Westpreußen« eine Fülle positiver Assoziationen hervor.

Als sich Westpreußen im Jahre 1878 aus der übergreifenden Einheit »Preußen« löste und sich zu



Abb. 3: Plakatschild des Kuratoriums
UNTEILBARES DEUTSCHLAND, gegründet 1954

einer eigenständigen Provinz wandelte, wurde diese Zeit gleichermaßen als Emanzipation wie als Aufbruch empfunden, denn sie war von der Dynamik der Moderne geprägt, die im Kaiserreich durch technisch-wissenschaftliche Innovationen erzeugt wurde und in allen Lebensbereichen ein Anwachsen der Prosperität versprach. Zudem speisten sich die Energien des Fortschritts aus gesellschaftlichen Prozessen, die von einer Erweiterung und Ausdehnung partizipativer Rechte begünstigt wurden und eine rasche Zunahme zivilgesellschaftlichen Engagements auslösten.

Der zielgerichtet vorbereitete und in die Tat umgesetzte Aufbruch zur Entfaltung eines kohärenten politischen, sozioökonomischen und -kulturellen Gebildes verband sich überdies mit einer starken Orientierung an der Landnahme und Herrschaft des Deutschen Ordens und bot mithin den Bürgern der Provinz eine taugliche historische Folie für das eigene politische Handeln und kulturelle Selbstverständnis: Das mittelalterliche Ineinanderwirken von Religion, Rittertum und militärischer Macht erschien als ein Ideal, das bei der Identitätsstiftung der Gegenwart einen zentralen Fluchtpunkt zu bilden vermochte.

Dieses Bild einer geschichtsbewussten wie modernen, in der Industrie und im Handel wie in der zunehmend technisierten Landwirtschaft gleichermaßen höchst erfolgreichen Provinz, die der endlich erreichten Eigenständigkeit und neu gewonnenen Bedeutung in ihrer Hauptstadt Danzig durch machtvoll-repräsentative Bauwerke Ausdruck verlieh (Abb. 4), war im historischen Bewusstsein der Gesellschaft noch durchaus präsent und ließ sich jetzt bruchlos reaktivieren, so dass die Zeit der Weimarer Republik und des anschließenden »Tausendjährigen Reichs« nahezu ausgebendet erschien.



Abb. 4: 1880 fasste der Provinziallandtag den Beschluss, auf den Grundstücken im Neugarten 23/24 ein eigenes, standesgemäßes Landeshaus zu bauen. Nach den Plänen des renommierten Berliner Architekturbüros von Hermann Ende und Wilhelm Bockmann wurde es von 1882 bis 1885 errichtet. 1896 wurde der Festsaal mit Statuen Friedrichs des Großen und Kaiser Wilhelms I. ausgeschmückt und feierlich eröffnet. (Bildpostkarte von Brück & Sohn, Meißen, aus dem Jahr 1903)



Abb. 5A/B: Eine aufschlussreiche Kontinuität dokumentiert auch die Symbolik des in Ketten gelegten Landes, die beispielsweise – in Bezug auf den »Polnischen Korridor« – bei einer Bildmappe in den 1920er Jahren eingesetzt wurde und im Jahr 1960 auf einem Großplakat beim Bundestreffen der Westpreußen in der Halle Münsterland wieder aufgenommen wurde. Diesmal wurde die Provinz insgesamt gezeigt, und zwar mit den historisch authentischen Konturen der westlichen Kreise, die seit 1938 allerdings schon zu Pommern gehörten, sowie aber auch unter Einschluss der Bromberger Region.

Im Kaiserreich hatte der Rückbezug auf die Zeit des Deutschen Ordens, der zu einem nicht geringen Teil die eigenen Herrschaftsansprüche der Hohenzollern legitimieren sollte, zugleich dazu geführt, dass die geradezu stürmische Entwicklung der Provinz Hand in Hand mit einer nationalen, wenn nicht nationalistischen Grundhaltung ging; denn die Interpretation des Ordens als eines Bollwerks gegen das »anbrandende Polentum« bot den Nährboden für die Politisierung der Massen und verleitete insbesondere in Westpreußen dazu, das »Deutschtum« einseitig zu betonen und derart einen fortschreitend konfliktüben Ausschluss der polnischen und kaschubischen Minderheit zu betreiben.

Dieser zunehmend chauvinistische Diskurs des Kaiserreichs wurde auch 1949 noch keineswegs als Hypothek gesehen, sondern dezidiert dem »Erbe« zugerechnet; denn die antipolnischen Äußerungen, die nach 1919 nochmals erhebliche Eskalationsstufen erreicht hatten, galten weiterhin als adäquate Reaktionen auf das schreiende Unrecht der »Vierteilung«. So wurden beispielsweise die Schriften von Hans Kyser – wie die aus Rundfunkvorträgen entstandene Publikation zum *Lebenskampf der Ostmark* (1934) – weiterhin rezipiert; und Erich Wernicke, um aus einer Vielzahl zumindest einen weiteren Namen zu nennen, der als Oberstudienrat in Marienwerder wirkte, steuerte ebenfalls eine Reihe vergleichbarer Texte bei. Als Probe dieser Sichtweise – und des angeschlagenen Tons – seien zumindest die letzten beiden von insgesamt acht Definitionen des Landes an der unteren Weichsel zitiert, die er im Jahre 1927 veröffentlichte:

Trotz des glänzenden, erfolgreichen Abstimmungskampfes im Jahre 1920 gegen den raubgierigen unersättlichen Erbfeind der Ostmark nur mühsam behauptet und losgelöst von dem Weichselstrom, der Lebensader des Landes.

Von scheelsüchtigem Uebermut slavischer Emporkömmlinge, deren gierige Hände sich in den Boden hinter den schützenden Weichseldeich einkrallten und Stücke herausrissen, dauernd bedroht.

Das ist das deutsche Westpreußen

Versailles 2.0

Die polemische, der »blutenden Wunde« Westpreußen gewidmete Literatur der 1920er Jahre galt nach dem Zweiten Weltkrieg aber keineswegs nur als historisches Zeugnis einer leidvollen Zeit, sondern wurde – wenn freilich auch mit gewissen, von den Zeitumständen gebotenen Dämpfern versehen – selbstbewusst fortgesetzt (Abb. 5A/B). Bezeichnenderweise arbeitete der soeben zitierte Erich Wernicke bis zu seinem Tod im Jahre 1953 am *Westpreußen*, dem damaligen »Mitteilungsblatt der Landsmannschaft«, mit und war ein angesehener, von der Redaktion hochgeschätzter Ratgeber.

Diese Kontinuität resultierte allerdings weniger aus einem Mangel an selbstkritischer Reflexion, sondern aus einer bewussten politischen Zielsetzung: Um den »dunklen Schatten«, den die Zeit des Reichsgaus Danzig-Westpreußen auf die Landsmannschaft warf, zu bannen, bot es sich geradezu zwingend an, nachdrücklich eine Revision des Vertrags von Versailles zu fordern – so aussichtslos dieser Ansatz völkerrechtlich auch immer sein mochte. Diese Anstrengungen setzen in den *Westpreußen*-Beiträgen frühzeitig ein und entwickelten die Gedankenfigur, dass das damalige schwere Unrecht, d. h. die Weigerung, den Westpreußen (mit Ausnahme des Abstimmungsgebietes Marienwerder) das damals von den Alliierten selbst und mittlerweile auch von der UNO vertretene Prinzip des Selbstbestimmungsrechts zuzugestehen, nun endlich gesühnt werden müsse (Abb. 6A/B). Das Bemühen um eine Wiederaufnahme des Verfahrens – und mithin um die »Wiedervereinigung« Westpreußens – scheiterten jetzt zwar daran, dass das kommunistische Polen als Unrechtsstaat entsprechende faire Verhandlungen verweigerte. Damit sei diese Frage aber weiterhin offen und könne endgültig erst durch eine von allen Völkern demokratisch legitimierte europäische Friedensordnung geklärt werden.

Obwohl diese Argumentation der rechtlichen Position der Bundesregierung diametral entgegenstand, konnte sie gänzlich unbeschadet öffentlich vertreten werden, weil sie sich passgenau in den übergeordneten Rahmen des Ost-West-Konflikts einlesen ließ und sich quasi im Windschatten der allgemeinen antikommunistischen Agitation entfalten konnte. Wie bruchlos diese Strategie von den Thesen des BdV insgesamt mitgedeckt wurde, zeigt eine Ausgabe



Abb. 6A: Für die Identitätsstiftung der LANDSMANNSCHAFT WESTPREUßEN ist das »Westpreußen-Kreuz« als Symbol des Schmerzes und der unverbrüchlichen Hoffnung auf eine Wiedervereinigung von herausragender Bedeutung. Das acht Meter hohe Steinkreuz war im Osten von Weißenberg 1930 vom HEIMATDIENST WESTPREUßEN und dem REICHSVERBAND DER HEIMATTREUEN OST- UND WESTPREUßEN errichtet worden. Der Weichsel zugewandt, schaute das Westpreußenkreuz von den weißen Hügeln des rechten Weichselufers über den damaligen polnischen Korridor ins weit westlich liegende Deutsche Reich. Dem »unteilbaren Weichselland« gewidmet, wurden Urkunden zur Verleihung von Treuezeichen regelmäßig mit Zeichnungen des Westpreußenkreuzes geschmückt. (Ansichtskarte, um 1930)

QUELLE: WESTPREUßISCHE GESELLSCHAFT



Abb. 6B: Dieses Foto, das Abstimmungsberechtigte in Marienburg 1920 zeigt, repräsentiert einen zweiten zentralen westpreußischen Erinnerungsort. Der »Abstimmungskampf« wurde als nationale Aufgabe der »heimattreuen« Ost- und Westpreußen aufgefasst und aufwändig, geradezu generalstabsplanmäßig durchgeführt. Das triumphale Ergebnis – fast 99 % stimmten für den Verbleib bei Deutschland – ließ sich als sachliche und moralische Widerlegung der Versailler Entscheidung interpretieren, bei der Einrichtung des »Korridors« ansonsten auf Volksabstimmungen zu verzichten.

QUELLE: BUNDESARCHIV BILD 183-S32545

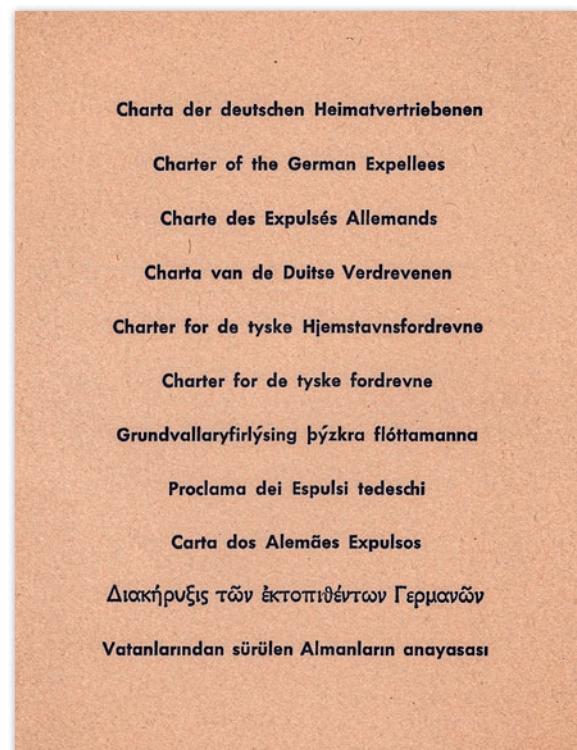
der *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* aus dem Jahre 1960. Hier ist in Bezug auf die ursprüngliche Erklärung eine Deklaration vom 6. August dieses Jahres beigefügt, in der die Verantwortung für die Spaltung Deutschlands sowie Europas ausschließlich dem »Terrorregime« des Ostens zugewiesen wird:

Die Not unserer Tage wird besonders klar an der noch immer nicht überwundenen Zerreißung Deutschlands, an der Unfreiheit unserer Schwestern und Brüder jenseits des Eisernen Vorhangs und an der Tatsache, daß noch immer mehr als hundert Millionen Menschen anderen Volkstums ostwärts von Deutschlands Grenzen wehrlos einem Terrorregime ausgeliefert sind.

Wie weit sich die Flüchtlinge und Vertriebenen sogar als »Kombattanten« der westlichen Welt sahen, gibt das Titelblatt dieser »Charta«-Ausgabe zu erkennen (Abb. 7). Neben der bislang einzigen Version, der deutschen, wird der Text nun auch z. B. in Englisch, Französisch und Italienisch, aber auch in Isländisch, Griechisch oder Türkisch veröffentlicht – und diese Auswahl berücksichtigt exakt alle Sprachen der NATO-Gemeinschaft, ihrer Gründungsmitglieder (1949), Griechenlands und der Türkei (1952) sowie Deutschlands, das seit 1955 in den Verbund aufgenommen worden war. Deshalb erscheint hier auch Portugiesisch, nicht aber Spanisch, denn Spanien ist dem Verbund erst 1982 beigetreten.

* * *

Die hier vorgetragenen Beobachtungen und Interpretationen können und wollen nicht mehr als eine grobe Skizze der Frühgeschichte liefern, in der sich die Vereinigung der Westpreußen im Nachkriegsdeutschland formiert hat und schon bald als mitgliederstarke kämpferische Landsmannschaft auftreten konnte. Die dabei deutlich gewordenen internen Widersprüchlichkeiten, taktischen Erwägungen und verschiedenen Interessenlagen bedürfen freilich noch erheblich weiterreichender Archivarbeiten und differenzierter



QUELLE: WESTPREUßISCHE GESELLSCHAFT

Abb. 7: Deckblatt der mehrsprachigen Ausgabe der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« zum 10. Jahrestag der Proklamation (1960)

Studien. Zumindest aber dürften diese Untersuchungen plausibel gemacht haben, dass die Konstitution einer LANDSMANNSCHAFT WESTPREUßEN sich 1948/49 nicht naturwüchsig »von selbst« verstand, sondern dass es einiger Initiativen und Abwägungen bedurfte, bis sich auch dieser Stamm »einschl. der Bromberger in die Front der anderen ostdeutschen Landsmannschaften« einzureihen vermochte.

st

TITEL – BILDER – TEXTE

Botschaften aus der Anfangszeit des Westpreußen

NUR DIE ALLERWENIGSTEN LESER, die das aktuelle Magazin *Westpreußen* in Händen halten, werden sich – vielleicht als Pflichtlektüre der Eltern – noch an die ersten Nummern der Verbandszeitung aus dem Jahr 1949 erinnern können. Mit Blick auf die Frühjahr-Ausgabe des nunmehr 77. Jahrgangs, die sich als handliche Zeitschrift mit einem farbenfrohen Titelfoto vom Artusbrunnen im heutigen Danzig präsentiert, erscheint es ebenso spannend wie lohnenswert, einmal genauer auf die frühen Jahrgänge des *Westpreußen* zu schauen, der seit dem 1. Juni 1949 monatlich im Zeitungsformat und Schwarzweißdruck für die Heimatvertriebenen »in der Fremde« erschien. Dabei soll ein besonderes Augenmerk der Gestaltung der Titelseiten gelten, die sich bei allen Printmedien als eine Visitenkarte mit programmatischer Aussagekraft verstehen.

Allem voran ist der Entwurf eines markanten Zeitungskopfes für ein Presseorgan von grundlegender Bedeutung, denn mit ihm soll geworben und eine Brücke zu den (potentiellen) Lesern geschlagen werden. Durch den auffällig gestalteten Schriftzug sollte »Der Westpreuße« gezielt angesprochen werden; die Typographie – ein Spiel aus Fraktur- und gotischen Elementen – vermittelt ein Gefühl von Tradition und Erhabenheit; das Bildelement der Danziger Marienkirche vermag heimatliche Empfindungen wie Verbundenheit, Sehnsucht und Stolz anzusprechen, und letztlich weist das Wappen mit dem Ordenskreuz, das wie ein Siegel aufgeprägt erscheint, unmissverständlich darauf hin, dass es sich hier um ein »Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Westpreußen und ihrer Heimatkreise« handelt. Mit diesem Design war die Zeitung eindeutig identifizierbar und unterschied sich markant von den Periodika anderer Vertriebenenorgane.

Bilder aus der Heimat (v. l. n. r.): Narmeln (Frische Nehrung – das Dorf unter der Düne; Marktplatz in Strasburg; das Elbinger Rathaus; als ausgesprochener Sonderfall, weil hier Kriegszerstörungen gezeigt werden: ein Foto mit der Unterschrift: »Nicht in der römischen Campagna, sondern vor unserer Marienburg«

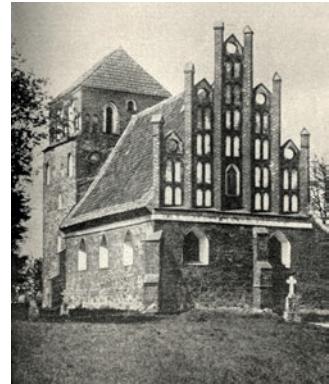
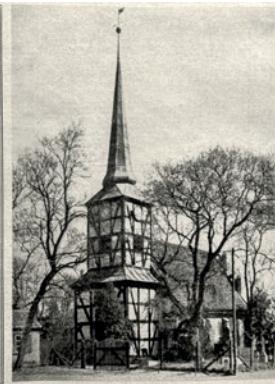
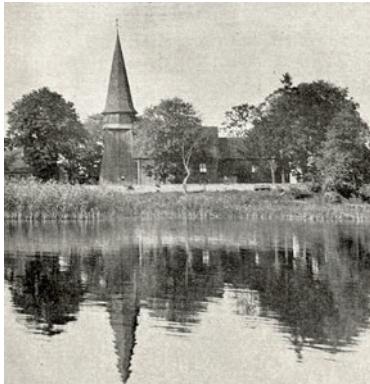


Die Regel, dass der Kopf einer Zeitung zugunsten der raschen Wiedererkennung möglichst konstant gehalten werden sollte, haben die Herausgeber und die Redaktion allerdings nicht beherzigt. Offenbar wurde die Suche nach einem angemessenen Erscheinungsbild fortgesetzt, denn in den ersten sechs Jahren wurden noch drei wesentliche Veränderungen vorgenommen. Nach nur siebzehn Ausgaben fiel die – der Leserschaft nicht erläuterte – Entscheidung, die Abbildung der Marienkirche durch diejenige der Marienburg zu ersetzen. Dabei wandelte sich auch die graphische Gestaltung: Der sehr kompakte, eher düster wirkende ältere Entwurf wich einer schlankeren, leichteren Version, die gleichermaßen dem Bauwerk wie dem Schriftzug mehr Raum schenkt.



Während der Durchsicht des ersten Jahrgangs wird bereits deutlich, dass diese zügige Neugestaltung des Bildelements kaum überraschen kann; eher ist es verwunderlich, dass die vorherige Wahl





Besondere Erinnerungsorte (v. l. n. r.): Die Dorfkirchen in Leisten, Kr. Konitz; Gischkau, Kr. Danziger Höhe; Adlig-Liebenau, Kr. Marienwerder; Lobedau, Kr. Briesen

der Marienkirche für so lange Zeit Bestand hatte, denn schon in seinem Eröffnungsbeitrag der № 1, im Juni 1949, preist Berhard Pawelcik, der ehemalige Bürgermeister der Stadt Marienburg, in der Überschrift »Die Marienburg – unser Symbol« und unterstreicht dieses Diktum sodann durch – typografisch hervorgehobene – Ausführungen des (nur vermeintlich neutralen) Schweizer Schriftstellers Jakob Schaffner über das »so mächtige Wahrzeichen und leuchtende unsterbliche Symbole des deutschen Wesens« (*Predigt der Marienburg*). Pawelcik selbst will über ein solches architektonisches, kulturelles, sogar völkisches Wahrzeichen hinaus in der Ordensburg an der Nogat gar ein politisches erkennen, da schon allein ihr Dasein und »ihre Ausstrahlung die Entscheidung auf nahezu volle Wertung des glänzenden Abstimmungsergebnisses im Sinne des Deutschverbleibens der Abstimmungsgebiete unzweideutig beeinflusst« habe. In seiner Schlussfolgerung fordert er, dass es »unsere heilige Pflicht« sei, bis zu dem Tag, an dem das Recht auf Heimat in Frieden verwirklicht werden könne, »an der geistigen Marienburg zu bauen« sei.

Auch der 3. Jahrgang des *Westpreußen*, in dessen Oktober-Ausgabe dann der Bildwechsel im Zeitungskopf vollzogen wird, beginnt im Januar 1951 mit einem hymnischen Bekenntnis zur Marienburg, das an dieser Stelle eine vorausdeutende Funktion haben könnte. Auf einem Foto des vertrauten, unversehrten Bauwerks, umgeben von sommerlichem Grün und mit Blick auf das Hochschloss mit der Marienkirche, grüßt die »Marienburg – Wahrzeichen der deutschen Heimat!« die Leserschaft zum neuen Jahr. Neben dem Bilddokument steht eine »Mahnung!« des Landsmanns Dieter Kaergel, der in lyrischen Versen die Vertriebenen beschwört, die Heimat nicht preiszugeben, im Kampf um »Eure Erde« nicht zu ermüden – und Gott an ihrer Seite zu vertrauen.

Neben diesen beiden Titelseiten ist unter zahlreichen anderen auch eine Abhandlung von dem Marienburger Gerhard Paschke hervorzuheben, die in der April-Ausgabe des Jahres 1950 abgedruckt wurde und sich dem Thema »Marienburg einst und jetzt« zuwendet, beinahe behutsam über den desolaten Zustand der Ordensburg berichtet und nach »Heilgebliebenem« sucht – in der Gewissheit, dass Burg und Stadt »in unserem Herzen unzerstört als ein ewiges Mahnmal zur Heimattreue und zum Glauben an eine einstige Heimkehr und an den Wiederaufbau« bewahrt bleiben.

Ein nächster Einschnitt erfolgte im Jahre 1954 – für die Leserschaft gewiss überraschend, möglicherweise sogar schmerzlich. Mit der 16. Ausgabe, vom 1. August, haben sich die Herausgeber nicht nur von dem hochgerühmten »Wahrzeichen«, sondern auch von dem charakteristischen, filigran verzierten Schriftzug verabschiedet. Das gewandelte Erscheinungsbild wirkt aus heutiger Sicht demonstrativ rückwärtsgewandt und martialisch. Das Westpreußenwappen steht steil aufgerichtet; die Schrifttype ist deutlich mächtiger, schnörkelloser, raumfüllender. Neben ästhetischen Gesichtspunkten mag ihre Wahl insbesondere bemerkenswert er-

scheinen, als diese Type doch eine sehr hohe Ähnlichkeit mit der sogenannten »Tannenberg«-Schriftart aufweist, die in den 1930er Jahren entwickelt und nach der Schlacht zu Beginn des Ersten Weltkrieges unter Generaloberst Paul von Hindenburg benannt wurde.



Bereits wenige Monate später wurde der neue Zeitungskopf durch den Westpreußen-Adler ergänzt: Symmetrisch war er von nun an dem Wappen der Landsmannschaft zugeordnet. In dieser Form wandelte sich das Blatt zugleich, wie in der Unterzeile vermerkt, zum »Bundesorgan der Landsmannschaft Westpreußen«.



Damit waren für lange Jahre die Grundelemente der Titelgestaltung festgelegt. Ihr Erscheinungsbild aber wurde überraschenderweise im Januar 1968 tiefgreifend verändert. In jener Zeit, in der Studentenunruhen die Politik herausforderten, wurde eine geradezu revolutionäre Neuerung vorgenommen, die – wenn auch kaum in den inhaltlichen Tendenzen – zumindest eine zeitgemäßere, attraktivere Außenwirkung anstrebt. Anstelle der belasteten »Tannenberg«-Schrift prangt nun über die ganze Breite der Titelseite in klaren Großbuchstaben der Name der Zeitung, dem sich die beiden Wappen unterordnen.



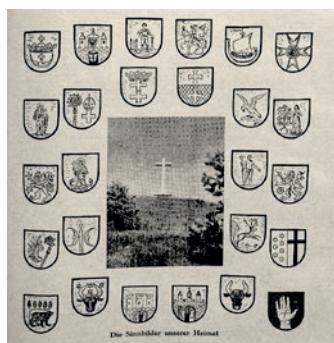
Schaut man über den Tellerrand hinaus, so ist der Vergleich mit zwei verwandten Druckerzeugnissen interessant. 1972 vollzieht auch die *Siebenbürgische Zeitung* einen Schritt zur Modernisierung und erläutert ihren Abonnenten dabei, warum sie von den »altermülichen, etwas verschnörkelten Lettern« Abschied nimmt und – ebenfalls – zur zeitgemäßer Groteskschrift wechselt; das *Ostpreußenblatt* hingegen ist seinem antiquierten Schriftzug bis heute treu geblieben – analog zur *Preußischen Allgemeinen*, in die es inzwischen eingefügt ist.

So aussagekräftig die Beobachtungen zu den Bemühungen der Herausgeber um einen identitätsstiftenden und vereinspolitisch tauglichen Zeitungskopf auch sein mögen –, das Augenmerk der Leser wird sich ebenso intensiv allmonatlich, vom Oktober 1953 an zwei- und schon ab Juli 1954 dreimal pro Monat auf die übrige Gestaltung der Titelseite und ihre Botschaft richten. Die Zeichen der Verbundenheit mit der alten Heimat, nach denen sie verlangten und die sie erwarten durften, sind vielfältig, dennoch lassen sich für die ersten Jahrgänge bis 1961 einige konstante Merkmale benennen, zu denen vor allem die Verwendung ganzseitiger Abbildungen gehört.

Lediglich in seinem ersten Jahrgang wurden gleich zu Beginn auf drei Titelseiten umfangreiche Texte abgedruckt, die das Profil der Zeitung, den (gesellschafts-)politischen Standort und das Selbstverständnis des Verbandes deutlich markierten. Erwähnt wurde bereits der Eröffnungsbeitrag über die Marienburg und ihre Symbolkraft. In der folgenden Nummer erscheint ein Vorwort des Sprechers der *LANDSMANNSCHAFT WESTPREUSSEN*, Erik von Witzleben, der leidenschaftlich dazu aufruft, gemeinsam mit den anderen Landsmannschaften für die Anerkennung als »vollwertige Glieder des deutschen Volkes« und »in treuer Kameradschaft wie in früheren Zeiten [...] für unser Deutschtum« zu kämpfen.

Diese Positionierungen abrundend, verfasste der in Danzig geborene Historiker Prof. Dr. Erich Keyser eine historisch und kulturell höchst aufgeladene Selbstbestimmung »Wir Westpreußen«, die in der Nummer 4 veröffentlicht wurde. Während ihre Stimmung damals wohl aufbauend, bestärkend zu wirken vermochte, dürfte es heute befremden, wenn von den Ostpreußen und Westpreußen als Brüdern gesprochen wird, denen die übrigen ostdeutschen Stämmen als Vettern gegenüberstünden. Da das »Deutschtum Westpreußens« das »lange unbestritten die Führung im gesamten Ordensstaate« bedingt habe, und da die Westpreußen »den Volkskampf mehr gewohnt« seien, wären sie allerdings »beweglicher und untereinander kameradschaftlicher« als die Ostpreußen. Mit dem

Diese appellativen Titelbilder zeigen (v. l. n. r.): einen Schleusenwärter an der Nogat; »Die Sinnbilder unserer Heimat«; Fotos vom Bundestreffen 1954 in Bochum; Gedenken an die Flucht »vor 10 Jahren«.



beschwörenden Duktus dieser drei unterschiedlichen Bekenntnisschriften haben die Leser gleichsam ihr programmatisches Rüstzeug für die Lektüre der Zeitung bekommen; auf diese wortgewaltige »Ouvertüre« lassen die Gestalter der Titelseiten zunächst eine Serie anheimelnder Bilder folgen – so als sollten die aufgewühlten Gemüter im Paradies ihrer Erinnerungen endlich Ruhe finden.

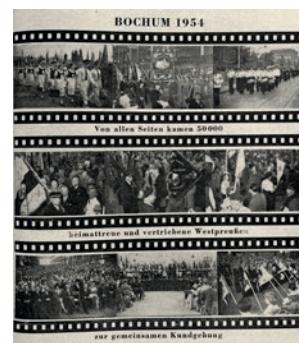
Alte Fotografien bilden den überwiegenden Teil der Abbildungen. Die Aufnahmen gemahnen an die verlorene Heimat (und deren Persönlichkeiten); zuweilen treten auch Linolschnitte, Aquarelle oder Zeichnung an ihre Stelle. Sie stehen als Zeugnisse für sich oder werden atmosphärisch-einstimmend kommentiert, etwa als »unsere Marienburg« oder Elbling als »leuchtende Heimat«; das Rathaus von Marienwerder wird als »eine steinerne Urkunde« bezeichnet, den »Raureif im Brahetal« begleitet die erste Zeile des Westpreußenliedes, oder Agnes Miegels *Sand* spielt mit Erinnerungen an die »Wanderdüne Frische Nehrung«. Viele solcher Verse – von Carl Lange, Johannes Falk oder auch von Heimatdichtern – sollen die optisch-ästhetische Wirkung der Ansichten vertiefen.

Betrachtet man die Fülle des Bildmaterials, fällt eine gewisse Unwucht auf, weil einige Städte proportional stark hervortreten: an erster Stelle Elbing, gefolgt von Thorn und der Marienburg; dass Bromberg und Danzig gleichauf liegen, mag ebenso erstaunen wie die Tatsache, dass Kulm gänzlich übergegangen und auch Dirschau kaum bedacht werden, ganz im Gegensatz zum häufig abgelichteten Strasburg. Bei der Auswahl der Motive zeigt sich zudem eine deutliche Präferenz von Sakralbauten, insbesondere der Dorfkirchen, die als Orte einer intimen Beheimatung für viele Menschen hochbedeutsam sind. Folglich ist die Namensliste kleinerer, entlegener Ortschaften bemerkenswert lang.

Titelbilder nehmen freilich auch an den tages- und verbandspolitischen Diskussionen und Kämpfen Anteil. Dafür können beispielhaft die erste Seite des Hefts vom Mai 1951, auf dem das Fotones Schleusenwärter an der Nogat durch eine aktuelle Parole neu interpretiert wird, ebenso einstehen wie die plakative Darstellung des Westpreußenkreuzes und seiner Wappen-Umrahmung, als »Sinnbilder unserer Heimat«, aus der November-Nummer 1951.

Die Vorherrschaft der Bilder wird im Laufe der 1960er Jahre dauerhaft gebrochen. Es scheint geradezu, als sei das Bedürfnis, eindeutige Positionen zu beziehen, bedrohte Rechte zu verteidigen oder polemisch politische Zumutungen zurückzuweisen, derart gewachsen, dass Texte auf die Titelseite drängen, um die Aufmerksamkeit der Betrachter sogleich auf die tagespolitische Dimension der Zeitung zu lenken. – Diese Entwicklungen können allerdings erst späterhin weiterverfolgt werden, so dass die Ergebnisse einem weiteren Fokus zu den »Westpreußen in der Fremde« vorbehalten bleiben müssen.

st Ursula Enke



»TAGE DER HEIMAT« – vor und nach dem Fall der Berliner Mauer

Zwei richtungsweisende Ansprachen eines angesehenen Westpreußen

Im Archiv der Westpreußischen Gesellschaft in Münster-Wolbeck finden sich umfangreiche Bestände zur landsmannschaftlichen Arbeit seit der Nachkriegszeit. Manches davon mag heute als Makulatur erscheinen, aber es sind auch Dokumente darunter, die hervorragende Einblicke erlauben: Sie lassen die Mentalität jener Menschen erkennen, die in den Landsmannschaften aus dem »deutschen Osten« organisiert waren, und zeigen, wie der historische Wandel Einfluss auf das Selbstverständnis der Vertriebenenorganisationen nahm.

Vielen der Wolbecker Bestände haben in irgendeiner Form mit dem Wirken von Hans-Jürgen Schuch (1930–2018) zu tun. Der in Elbing geborene Schuch war ab 1975 der Direktor des neugegründeten Dokumentations- und Kulturzentrums Westpreußen, aus dem später – auch dank der dauerhaften Förderung durch den Bund – das Westpreußische Landesmuseum hervorging. Hans-Jürgen Schuch, der das Museum noch selbst bis 1998 leitete, hatte bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit einer umfassenden Sammlungs- und Forschungstätigkeit begonnen, mit der er die Erinnerung an die ehemalige preußische Provinz Westpreußen und speziell an das Leben in seiner Heimatstadt Elbing vor 1945 wahren wollte. Weggefährten nannten ihn augenzwinkernd, aber auch voller Respekt »Mister Westpreußen«, beschrieben ihn als eine lebendige »Westpreußen-Enzyklopädie«. Dass diese Arbeit durchaus auch eine grenzüberschreitende, deutsche-polnische Dimension entwickelte, zeigt die Ehrenbürgerwürde, die ihm im Jahr 2003 durch die Stadt Elbing verliehen wurde.

Schuch war jedoch nicht nur ein leidenschaftlicher Historiker und Arbeiter an der Erinnerungskultur. Auch für die Landsmannschaft Westpreußen war er in leitenden Funktionen tätig, u. a. als hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer und stellvertretender Bundesvorsitzender. In diesen Ämtern prägte er die politische Repräsentation der Menschen aus der ehemaligen Provinz Westpreußen maßgeblich und nahm Einfluss auf die Positionierung innerhalb des Bundes der Vertriebenen (BdV), der Dachorganisation der Landsmannschaften.

Deutlich wird dies anhand zweier Redemanuskripte von Hans-Jürgen Schuch, die uns jetzt bei Recherchen im Wolbecker Archiv aufgefallen sind – vermutlich war ihre Existenz schon seit längerem in Vergessenheit geraten. Beide Reden hat Schuch jeweils beim »Tag der Heimat« gehalten, der zentralen und bundesweiten Jahresver-

sammlung des BdV und seiner Unterorganisationen, die bis heute regelmäßig auch von Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern besucht wird. Diese Ansprachen waren Stellungnahmen der damaligen Landsmannschaft Westpreußen, die jeweils auf das Motto der Veranstaltung Bezug nahmen und es ausdeuteten, im welt- wie auch vertriebenenpolitischen Sinne. Zwischen diesen Reden – und damit wird dieser Rückblick dann erst recht interessant – liegt jedoch ein Abstand von 26 Jahren: Die ältere der beiden datiert aus dem Jahr 1978 und wurde beim »Tag der Heimat« in Bremerhaven gehalten, die jüngere stammt von 1994, als der »Tag der Heimat« in Weimar stattfand, damit erstmals in einem der zu dieser Zeit wirklich noch »neuen« Bundesländer. Die Redemanuskripte liegen in Form querformatiger, mit Schreibmaschine beschrifteter Karteikarten vor. Sie enthalten überdies zahlreiche handschriftliche Zusätze, an denen erkennbar ist, wie der Verfasser Positionen präzisiert und ihm wichtige Aspekte kurzfristig noch hervorgehoben hat. Dabei bieten diese Dokumente konkrete Einblicke in die jeweiligen »offiziellen« politischen und geschichtspolitischen Sichtweisen der Landsmannschaft Westpreußen und die entsprechende Interpretation des zeitgenössischen Kontextes.

FREIES DEUTSCHLAND – FREIES EUROPA

Beim »Tag der Heimat« 1978 sprach Hans-Jürgen Schuch im Rahmen einer für 19 Uhr angesetzten Abendveranstaltung. Sie bot den Vertretern der einzelnen Landsmannschaften Raum, um in verbindlicher, nachgerade offizieller Form programmatische Grundorientierungen vorzustellen. Für ihn, so erklärte Schuch zu Beginn, seien die »Tage der Heimat« »Tage der Besinnung«, nicht nur ein Event also, wie man heute sagen würde, es soll auch etwas daraus hervorgehen. Es sei nun nötig, sich auf den Heimatbegriff zu besinnen, denn »viele können mit diesem Begriff nichts anfangen«. Mit dem Hinweis auf diese »Vielen« ist ein ganzes Bündel an Entwicklungen in den siebziger Jahren angesprochen. Dazu gehört eine Individualisierung der Lebensformen, durch die die Vorstellung, dass – wie es noch in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen hieß – Gott »die Menschen in ihre Heimat hineingestellt« habe, nicht mehr bruchlos in ein aktuelles Weltbild zu integrieren war. Hinzu kam natürlich auch eine inzwischen verbreitete Skepsis, ob Heimat in einer modernen Gesellschaft mehr sein könne als eine private Empfindung.

Schuch will dagegen festhalten, dass Heimat eine »politische Angelegenheit« sei – und sie sei auch nicht gleichzusetzen mit Umwelt, sei nicht nur durch Umweltverschmutzung bedroht. Somit wird Heimat auch gegen Ökologie abgegrenzt, die schon seit Ende der



DDR-Volksbildungsministerin Margot Honecker erließ im Februar 1978 eine Direktive, der zufolge am 1. September an allen Schulen für Jungen und Mädchen ein Wehrunterricht mit Waffenausbildung eingeführt werden sollte. Das Foto (1980) zeigt ein Kampfgruppenmitglied aus dem VEB BERLINER AKKUMULATOREN- UND ELEMENTEFABRIK beim Unterricht in der Klasse 2a der Adam-Kuckhoff-OS Berlin-Köpenick.

sechziger Jahre zunehmend zu einem politischen Handlungsfeld geworden war. Für die folgende Argumentation der Ansprache war dies zwar konsequent, doch es erscheint, von heute betrachtet, etwas bedauerlich, wo doch viele Initiativen zeigen, wie die Bedrohung natürlicher Lebensgrundlagen zur Motivation für konkretes Handeln im Sinne einer Heimat geworden ist, vom Wohnviertel über das UNESCO-Biosphärenreservat bis zum Planeten Erde als Ganzem.

Mit den »Tagen der Heimat«, so fährt Schuch in Bremerhaven fort, werde vor allem daran erinnert, dass zum Ende des Zweiten Weltkrieges »Millionen Menschen ihre Heimat verloren haben«, wovon »eine neue Generation«, die »den Krieg nicht erlebt« habe, verständlicherweise keine Vorstellung mehr habe. Diese Erfahrung gelte es anzuerkennen, denn das Schicksal habe »wahllos zugeschlagen«, was er durch die Behauptung zu plausibilisieren versucht, dass die Geschichte auch anders hätte verlaufen können: Auch »wer im Westen beheimatet war« hätte seine Heimat im Krieg verlieren können. Grundsätzlich ist das natürlich vorstellbar, doch müsste man sich dazu schon einen völlig anderen Kriegsverlauf sowie eine erheblich andere Mächtekonstellation ausmalen. Zudem tritt dadurch der Zusammenhang zwischen dem deutschen Angriffskrieg in Richtung Osten und der späteren Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung in den Hintergrund. Sogar im Abstand von bald 40 Jahren wird nicht zuletzt die damals noch verbreitete Scheu deutlich, historische Realitäten klar zu benennen: So viel hier von Krieg, Schicksal und Tod gesprochen wird, so wenig werden der Holocaust, der »Generalplan Ost« oder die systematische Vernichtung von Millionen Menschen in Osteuropa durch das nationalsozialistische Deutschland erwähnt.

In diesem Zusammenhang ist auch Schuchs Argumentation von Bedeutung, dass nach seiner Ansicht »durch den Ersten Weltkrieg mehr verloren ging« als durch den Zweiten und dass er »den Zweiten Weltkrieg als eine Folge oder Fortsetzung des Ersten Weltkrieges« betrachte. 60 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hält er damit an der Anschauung fest, dass aus dem asymmetrischen – und besonders aus der Perspektive Westpreußens – ungerechten Versailler Vertrag der Zweite Weltkrieg gleichsam zwangsläufig

habe hervorgehen müssen. Doch solch eine Rückverlagerung der Verantwortlichkeiten auf die Siegermächte des Ersten Weltkrieges vermag die tatsächlichen Akteure nur unzureichend zu entlasten: Gerade hier wäre nur die Würdigung weniger historischer Fakten vonnöten, um sachlich einzuräumen, dass es ohne die Expansionspolitik des Nationalsozialismus einen Zweiten Weltkrieg in dieser Form nicht gegeben hätte.

Wenn die deutschen Heimatvertriebenen in Schuchs Argumentation also »wahllos« von einem Schicksal getroffen worden waren, dann wird dadurch umso mehr die Größe der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« herausgestellt, in der die ostdeutschen Landsmannschaften 1950 auf »Rache und Vergeltung« verzichtet hatten. Die »Sehnsucht der Völker«, auch die »unseres eigenen Volkes«, habe sich nach 1945 auf Europa gerichtet, das in der Charta in der Tat immer wieder angesprochen wird. Schuch versteht das auch als Rückgriff auf die Zeit noch vor dem Ersten Weltkrieg, als es bereits möglich gewesen sei, »kreuz und quer durch Europa zu reisen, ohne ein Visum zu benötigen«. Dennoch sei es schwierig, zu beantworten, was Europa eigentlich sei. Das gelte nicht nur für die geographische Ausdehnung, sondern auch im Hinblick auf die Lebensformen, die sich beispielsweise zwischen Island und Hamburg, aber auch innerhalb der europäischen Staaten, wie z. B. zwischen Rom und Sizilien, deutlich unterschieden. Es sei also »einfacher, von Europa zu sprechen als Europa zu bauen«.

Mit einem Verweis auf die geteilte Stadt Berlin rückt Schuch anschließend die Blockkonfrontation zwischen Ost und West in den Blick: »Die Unterschiede, die in dieser Stadt herrschen«, machten deutlich, weshalb es schwierig sei, »Europa das Gewicht zu geben, das es braucht«. An den anstehenden Wahlen für das Europäische Parlament könnten »nicht alle Völker Europas und nicht einmal alle Westeuropas« teilnehmen. Schließlich heißt es programmatisch: »Ich glaube, daß das ganze große Europa erst möglich wird, wenn ganz Deutschland frei sein wird.« Unmittelbar ergibt sich daraus auch eine Deutung des Mottos für den »Tag der Heimat« 1978, das »Freies Deutschland – freies Europa« lautete: »Ein menschenwür-



Am 25. Juli 1978 konferierte KPdSU-Chef Leonid Breschnew mit SED-Generalsekretär Erich Honecker auf der Krim. Dabei bezeichnete Breschnew es im Blick auf die Beziehungen der DDR mit der Bundesrepublik als höchst notwendig, »alle Kanäle zu kontrollieren bzw. einzuhängen, durch die die BRD versucht, Einfluss auf die Entwicklung in der DDR auszuüben«. – Das nicht signierte Ölgemälde war ein Geschenk der Perleberger Garnison der Roten Armee an das Kreiskomitee der SED zum 30. Jahrestag der DDR am 7. 10. 1979.

diges Dasein ist nur unter freiheitlichen Gesichtspunkten möglich«, die im »Ostblock« trotz wirtschaftlicher Annäherung und dem erklärten Willen zur »Entspannung« der Beziehungen nicht gegeben seien. Hier nimmt Schuch Bezug auf die 1980 anstehenden Olympischen Spiele in Moskau, die er umstandslos mit denen in Berlin 1936 vergleicht. Genug Gründe, die Gastgeberschaft Moskaus kritisch zu sehen, gab es aber zweifellos, und nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan wurde schließlich auch ein weitreichender Boykott der Spiele durch westliche Staaten organisiert.

Das Europa, in dem die deutschen Heimatvertriebenen Gerechtigkeit erlangen könnten, so lässt sich Schuchs Ansprache beim »Tag der Heimat« 1978 zusammenfassen, wäre also ein Europa, in dem der Kommunismus überwunden sei. Dann werde sich auch das Problem der deutschen Minderheiten in Osteuropa lösen lassen, die »in ihrer eigenen Heimat, die heute unter fremden Fahnen steht, nicht als Deutsche leben können und keinen anderen Weg sehen als den aus der Heimat hier zu uns«. Es bleibt allerdings das Problem, dass dieses Ziel damals kaum realpolitische Aussichten hatte, wie Schuch auch eingestehst: »Die faktischen Machtverhältnisse sind anders.« Dennoch gelte es, die politische Arbeit unverändert fortzusetzen.

RECHT AUF DIE HEIMAT VERWIRKLICHEN – VERTREIBUNG ÄCHTEN

Zuweilen scheint es, als ob politische Reden austauschbar seien und sich stets wiederholten. Doch politisch Handelnde müssen natürlich auch ständig hinzulernen. Außerdem ändern sich – zumal über größere Zeitstrecken – die äußeren Umstände, innerhalb derer politische Positionen bezogen werden. – Als Hans-Jürgen Schuch beim »Tag der Heimat« 1994 wiederum eine programmatische Ansprache hielt, waren im Unterschied zu den Konstellationen, die bei der Rede vor 16 Jahren in Bremerhaven bestimmt waren, wesentliche, wenn nicht grundstürzende Veränderungen eingetreten. Der »Tag der Heimat« fand nun in Weimar statt, das seit vier Jahren mit dem neuen Bundesland Thüringen zur Bundesrepublik Deutschland gehörte. Welcher Wandel sich dadurch – gerade auch für die Vertriebenenverbände – ergeben hatte, zeigt sich symbolisch an der von Schuch geäußerten Verwunderung darüber, dass sich nach der deutschen Wiedervereinigung nun die Redeweise verbreite – die heute gänzlich selbstverständlich geworden ist –, dass »Weimar und Eisenach jetzt Ostdeutschland sein« sollten. Wer sich wie der Festredner mit Westpreußen als einem Teil der deutschen Vergangenheit in Ostmitteleuropa identifizierte, für den war demgegenüber klar, dass Weimar natürlich in Mitteldeutschland liegen musste. »Ostdeutschland«, das war und blieb aus dieser Sicht die verlorene Heimat.

Beim »Tag der Heimat«, erklärte Schuch bei der Nachmittagsveranstaltung im Weimarer Kreishaus, äußerten sich die deutschen Heimatvertriebenen über ihre Heimat. Doch eigentlich gehe es »um die Heimat schlechthin«. Sie könne in vielfacher Weise bedroht sein, »nicht nur durch Krieg«, sondern auch »durch politische, chemische und natürliche Umweltverschmutzung«. Es geht hier offensichtlich um eine bestimmte Haltung: Um für die Heimat einzutreten, brauche es »eine ethische Gesinnung ohne Kratzer und Beulen«. Wie 16 Jahre zuvor in Bremerhaven stellt Schuch allerdings heraus, dass Heimat in der Gesellschaft überwiegend als ein »antiquierter Begriff« gesehen werde, und zwar schon seit der Nachkriegszeit, als »viele Wortführer [...] nicht modern genug sein konnten«.



Am 31. August 1994 wurden die letzten Angehörigen der russischen Streitkräfte mit einem Festakt im Berliner Schauspielhaus und einem militärischen Zeremoniell am Sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park verabschiedet. Damit ging die fast sechzigjährige Stationierung sowjetischer Soldaten auf deutschem Boden zu Ende.

Heimat ist für Schuch etwas Essentialles, sie sei »mehr als Hülle und Gewandung«, zitiert er die baltendeutsche Dichterin Gertrud von der Brinken. Anschließend beschreibt er über mehrere Manuskriptseiten hinweg Flucht und Vertreibung, da »die Zusammenhänge nicht nur in unserem Gedächtnis brüchig werden«, sondern weil zu viele Deutsche nicht mehr wüssten, »was 1945 und in den folgenden Jahren in der ostdeutschen Heimat geschehen ist«. Dabei konzentriert er sich auf Ostpreußen, zu dem seine Heimatstadt Elbing seit der verwaltungsrechtlichen Neuordnung im Jahr 1920 gehört hatte. Die Vertreibung sei eine »Entheimatung in großem Ausmaß« gewesen. Was das bedeute, soll ein Verweis auf die Charta der Heimatvertriebenen zeigen, in der es heißt: »Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. [...] Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geiste zu töten.«

Dennoch sei Vertreibung etwas, das »repariert«, das »wieder gutgemacht werden kann«. Als Hans-Jürgen Schuch 1978 in Bremerhaven gesprochen hatte, war es noch der realexistierende Sozialismus gewesen, den er als entscheidendes Hindernis gesehen hatte, das dem Wunsch nach »Gerechtigkeit« entgegenzustehen schien. Dieser Ostblick existierte nun freilich nicht mehr, die entsprechende Argumentation aus Sicht der deutschen Heimatvertriebenen war hinfällig geworden, ohne dass sich ihre politische Situation aber verändert hätte. Eine verantwortliche negativ-hemmende Kraft konnte, anders als zuvor, nicht mehr benannt werden. Die Tagespolitik bot nun aber einen neuen Bezugspunkt an; denn es gab ein positives Referenzbeispiel, das Schuch mit den Interessen der Vertriebenenverbände zu verknüpfen sucht. Er zitiert ausführlich aus einer Entschließung des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 1994, die sich mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien befasst. Einstimmig sei dort anerkannt worden, dass »Vertreibung jeder Art international zu ächten sei« und dass derjenige, der »vertrieben wurde, Anspruch auf die Anerkennung seiner Rechte« haben müsse.

Unter Bezugnahme auf das Motto zum »Tag der Heimat« 1994 (»Recht auf die Heimat verwirklichen – Vertreibung ächten«) forderte Schuch, dass dieser Anspruch auch für die deutschen Heimatvertriebenen gelten müsse, auch wenn seit dem Ende des Zweiten



Hans-Jürgen Schuch beim Festvortrag auf der Feier zum 60-jährigen Bestehen der Landsmannschaft Westpreußen (2009) im Westpreußischen Landesmuseum Münster-Wolbeck



FOTO: SASCHA FRÖMM / VIA THÜRINGER ALLGEMEINE.DE

Im September 1994 besuchte Michail Gorbatschow während seiner Deutschland-Reise Thüringen. Der Rundgang durch Weimar wurde zu einem Bad in der Menge, mit »Gorbi«-Rufen, Applaus und gezückten Fotoapparaten.

Weltkrieges »fast ein halbes Jahrhundert« vergangen sein möge. Dieses Recht auf Heimat sei »mehr als die sich bereits in Europa durchsetzende Freizügigkeit«, die Ansprüche auf Heimat seien also durch Freizügigkeit nicht abgegolten. So wird im Laufe der Rede eine wesentliche Verschiebung in der Haltung der Vertriebenenverbände deutlich: In der Realität der 1990er Jahre ist weder eine neuerliche Verschiebung der Grenzen noch eine Rückkehr in die angestammte Heimat mehr denkbar. Ansprüche der Heimatvertriebenen beständen jedoch weiterhin – die weiterhin befriedigt werden müssten, und zwar entweder materiell oder zumindest symbolisch durch ein offizielles Schuldnerkenntnis der Vertreiberstaaten.

Die dafür nötigen guten grenzüberschreitenden Kontakte gebe es bereits. »Die Menschen« seien dabei schon »weiter vorangekommen als die Politik«. Anschaulich berichtet Schuch hierzu, dass das von ihm geleitete Westpreußische Landesmuseum mit zehn Museen in Polen in ständigem Kontakt stehe: »Zweimal haben wir westpreußische Ausstellungen bereits in Graudenz und Elbing gezeigt. Die Museen in Thorn und Graudenz zeigten in unserem Museum beachtliche Ausstellungen.« Von den Regierungen der postsozialistischen Staaten Osteuropas seien die deutschen Heimatvertriebenen jedoch »mehrheitlich enttäuscht worden«. Auch ein Wort der Entschuldigung für die Vertreibung sei »von der polni-

schen wie von der tschechischen Seite ausgeblieben«. Bundespräsident Roman Herzog habe vier Wochen zuvor in Warschau davon gesprochen, dass sich Deutsche und Polen »dem Grauen ihrer jüngsten Geschichte in aller Offenheit stellen müssten«. Aus Schuchs Sicht sei Polen dem nicht genügend nachgekommen, da der polnische Staatspräsident sich nicht von dem distanziert habe, was »im Namen seines Volkes 1945 gegenüber den Deutschen, den Ostdeutschen, geschehen ist.«

Nun, da an der ehemaligen innerdeutschen Grenze »die Mauer [...] abgerissen, der Stacheldraht zertreten, die Wachtürme bestenfalls Museumsstücke« seien, erkennt Schuch jedoch noch ein weiteres Defizit. Auch »an der Bereitschaft unseres Volkes, unserem Land, unserem eigenen Land die Hand zu reichen« mangele es. So endet seine Weimarer Ansprache mit einem emphatischen Bekenntnis zum Patriotismus: Wenn »jeder zu sagen bereit ist: Deutschland, ich reiche Dir die Hand«, dann werde dieses Deutschland »ein Beispiel in einer europäischen Union sein«. Dieses Deutschland werde dann, gibt Schuch sich überzeugt, auch »auf die Verwirklichung des Rechts auf Heimat drängen«.

Die politische Zielrichtung hatte sich gegenüber 1978 offensichtlich an einem wesentlichen Punkt verschoben: War damals der realexistierende Sozialismus, also etwas aus bundesdeutscher Sicht Äußerliches, als das Hindernis erschienen, richtete sich der Blick 1994 verstärkt nach innen. In Deutschland selbst müsste sich etwas verändern,

damit Politik im Sinne der deutschen Heimatvertriebenen gemacht werden könne. Nun werden vornehmlich Forderungen erhoben, das erlittene Unrecht der Deutschen – und dabei zunehmend auch die Verbrechen an Frauen – in der Öffentlichkeit respektvoll anzuerkennen und die Kultur der Ostdeutschen wie der anderen Siedlungsgebiete im östlichen Europa nachdrücklich im Bewusstsein der Gesellschaft zu erhalten. Darüber hinaus geht es um die Versöhnungsleistung der Vertriebenen als Brückenbauer in die frühere Heimat wie auch um groß angelegte Bemühungen, die Mitglieder der deutschen Minderheit zu fördern, die sich in Polen überhaupt erst seit der politischen Wende zu ihrer deutschen Identität bekennen durften; und schließlich wird schon allmählich deutlich, dass der inzwischen denkbare Prozess einer weiterreichenden europäischen Integration das Potential entfalten könnte, auch das deutsch-polnische Verhältnis tiefgreifend zu verändern.

Angesichts dieser Dynamik lässt sich die mehrfache Wiederholung der Wendung »Deutschland, wir reichen Dir die Hände« am Ende der Rede als Geste einer Selbstvergewisserung deuten: Von dort aus konnten jetzt verschiedene Ansätze für die historisch notwendig gewordene Umorientierung der Vertriebenenverbände entwickelt werden. An deren erfolgreicher Etablierung hat auch der Westpreuße Hans-Jürgen Schuch in dieser Zeit offenbar wesentlichen Anteil gehabt.

st Alexander Kleinschrodt



WESTPREUSSISCHES
LANDESMUSEUM

»ICH SCHREIBE UND ZEICHNE FÜR ALLE ...«

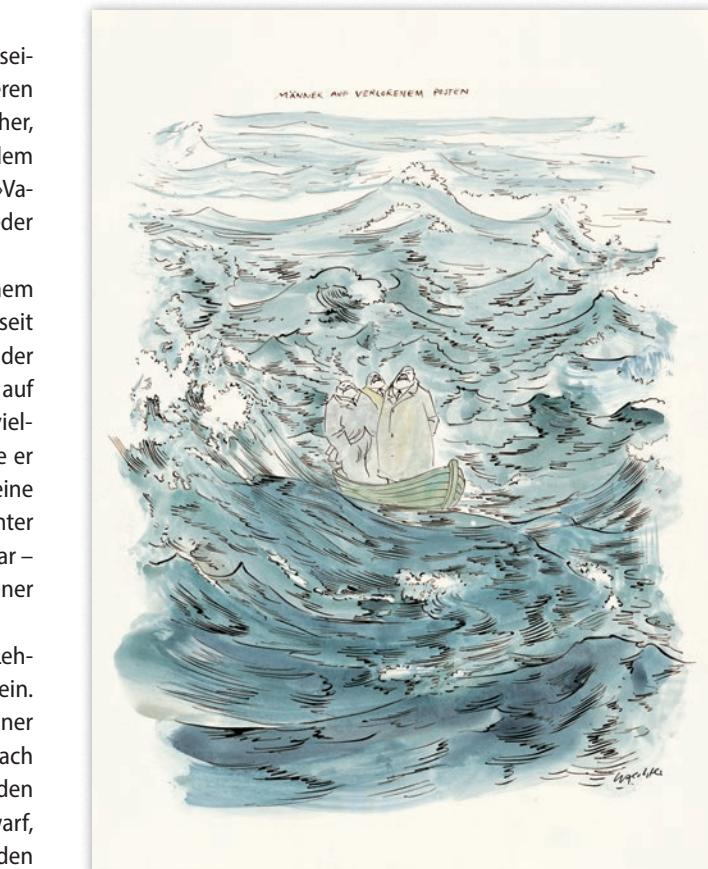
Das WESTPREUSSISCHE LANDESMUSEUM widmet dem aus Danzig stammenden Satiriker und Zeichner F. K. Waechter seine aktuelle Sonderausstellung

In einem Nachruf hat der Lyriker, Zeichner und Satiriker F.W. Bernstein seinen 2005 verstobenen Freund Friedrich Karl Waechter mit zwei anderen großen Söhnen Danzigs in Verbindung gebracht – mit dem Kupferstecher, Grafiker und Illustrator Daniel Nikolaus Chodowiecki (1726–1801) und dem Schriftsteller, Bildhauer, Maler und Grafiker Günter Grass (1927–2015): »Vaterstadt war gute Mutter, gab jedem ein Tuscheegläschchen und eine Zeichenfeder mit auf den Lebensweg und schickte sie in die weite Welt.«

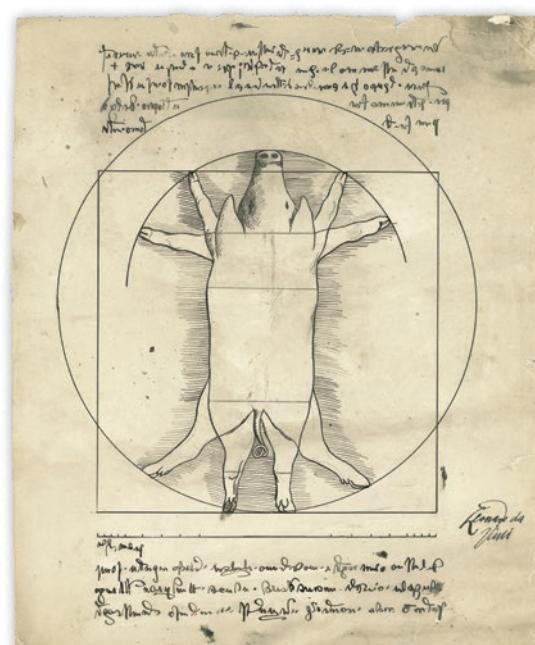
Diese triadische Zuordnung war – und ist heute erst recht – in hohem Maße plausibel und gerechtfertigt, denn F. K. Waechter etablierte sich seit den 1960er Jahren einerseits als ein hintergründiger satirischer Zeichner, der mit seinen gesellschaftskritischen – oft auch philosophischen – Themen auf große Resonanz stieß und durch den souveränen Umgang mit seinen vielfältigen Gestaltungsmitteln stilbildend wirkte. Andererseits konzentrierte er seine schöpferischen Kräfte nicht nur auf dieses eine Feld, sondern ließ seine Kreativität und Originalität viele weitere Räume erschließen, denn Waechter trat überdies – auch in seinen Mehrfachbegabungen mit Grass vergleichbar – als Schriftsteller, Kinderbuch-Autor, Dramatiker, Schauspieler, Bühnenbildner und Filmregisseur hervor.

Friedrich Karl Waechter, 1937 in der Freien Stadt Danzig als Sohn eines Lehrers geboren, floh im Winter 1944/45 über die Ostsee nach Schleswig-Holstein. Nach Schul- und Ausbildungsjahren in Ratzeburg und Hamburg und einer ersten Anstellung als Gebrauchsgrafiker in Freiburg i. Br. zog es ihn 1962 nach Frankfurt am Main. Hier wurde er zum Chefzeichner der neu erscheinenden satirischen Monatsschrift *pardon*, für die er das vielbeachtete Signet entwarf, ein freundlich grüßendes Teufelchen, das beim Ziehen des Hutes seine beiden Hörner entblößt. Seit 1966 arbeitete F. K. Waechter dann als freischaffender Künstler und entfaltete ein imponierendes vielgestaltiges Gesamtwerk, das neben einer Fülle von Buchveröffentlichungen oder Theaterstücken beispielsweise auch Baumobjekte als Beiträge zur »Komischen Kunst im Frankfurter Grüngürtel« umfassen.

Demgegenüber fokussiert die Ausstellung im WESTPREUSSISCHEN LANDESMUSEUM ausschließlich das zeichnerische Erbe dieses Ausnahmekünstlers, das über 4.000 Blätter umfasst. Dieser Nachlass befindet sich im WILHELM BUSCH, dem »Deutschen Museum für Karikatur & Zeichenkunst« in Hannover, und daraus ist eine Auswahl von gut 50 Arbeiten aus über 40 Jahren getroffen worden, die einen eindrucksvollen Überblick über diese Dimension von Waechters künstlerischem Schaffen gewährt.



»Männer auf verlorenem Posten«
Tusche/Feder, Aquarell (1996)



»Das Schwein in der bildenden Kunst: Leonardo«
Tusche/Feder (1967)

Der Satiriker
und Zeichner
F. K. Waechter
(1937 – 2005)



22.02. bis 19.04.2025

DER SATIRIKER UND ZEICHNER F. K. WAECHTER (1937–2005)

22.2. – 19.4. 2025

Di–So 10–18 Uhr

Westpreußisches Landesmuseum
Klosterstraße 21, 48231 Warendorf

Weitere Informationen unter:
westpreussisches-landesmuseum.de





Ein Gesicht des Rettungswiderstandes

Susanne Zeller rekonstruiert die Biographie des Danziger Seemanns Gustav Pietsch

Zunächst im Internet, dann in Zeitungsberichten aus den 1960er Jahren war Susanne Zeller auf die Person Gustav Pietsch gestoßen. Der Seemann schien eine zentrale Figur des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in der Freien Stadt Danzig während der 1930er Jahre gewesen zu sein. Außerdem sollte er einer größeren Zahl jüdischer Menschen die Flucht nach Palästina ermöglicht haben.

Doch die Informationen zu Pietsch blieben zunächst lückenhaft und waren stellenweise unplausibel. Die Historikerin Zeller motivierte dies zu einem mehrjährigen Forschungsvorhaben, in dem sie der »Gefahr einer Heldenlegendenbildung« mit einer genauen Aufarbeitung der Quellen und einer Einbettung in die Regionalgeschichte begegnete. Die historischen Hintergründe und darüber hinaus beispielsweise die – in den Fußnoten nachlesbaren – Informationen zu Menschen, mit denen Pietsch zu tun hatte, belasten die Lektüre nicht, sondern lassen die Darstellung noch anschaulicher werden. So interessant sich der Lebenslauf Gustav Pietschs schon auf Anhieb anhört, so spannend liest sich die Biographie *Der Unbeugsame* auch. Dennoch bleibt eine Distanz zu Gustav Pietsch bestehen. Das Bild muss stellenweise undeutlich bleiben, so wie das geknickte und vergilbte Porträtfoto des Kapitäns, das auf dem Buchcover zu sehen ist.

Gustav Pietsch wurde 1893 in Bellin am Stettiner Haff als Sohn einer Fischerfamilie geboren. Im Ersten Weltkrieg hatte er bei der Marine gedient, mit Anfang Zwanzig war er bereits ein erfahrener Seemann. Nach dem Krieg lebte Pietsch mit seiner Frau Gertrude und drei Kindern in Glettkau, dem »idyllisch gelegenen Danziger Badevorort«. Er arbeitete teils als angestellter Seemann, teils selbstständig als Fischer. Daneben war der Weltkriegsveteran in der Freien Stadt Danzig Vorsitzender des Verbandes »Freie Frontkämpfer«. In dieser Funktion geriet er bereits 1933 in Konflikt mit Vertretern der NSDAP: Pietsch weigerte sich, den geforderten Ausschluss der jüdischen Mitglieder seines Verbandes zu vollziehen.

Sein nun einsetzendes politisches Engagement gegen den Nationalsozialismus in der unter Aufsicht des Völkerbundes stehenden Freien Stadt gipfelte darin, dass er zur Wahl des Volkstages im Jahr 1935 mit einer eigenen Liste der »Freien Frontkämpfer« antrat. Sie erhielt allerdings weniger als 400 Stimmen, die NSDAP bekam hingegen fast 140.000, verfehlte jedoch deutlich die von Gauleiter Albert Forster angestrebte Zweidrittelmehrheit. Die Opposition war noch sichtbar, aber Pietschs politische Arbeit endete, nachdem er 1936 bei einem Übergriff von Nazi-Handlagnern schwer verletzt worden war.

Dennoch begann für den »offenbar durch nichts zu entmutigenden« Pietsch ein ganz neues Kapitel: Durch seine schon bestehenden Kontakte zu jüdischen Organisationen fand er ein neues Betätigungsfeld und wurde zum »nichtjüdischen Zionisten«. Er pendelte »über die in der Regel wenig bewachte grüne Grenze nach Gdynia«, um dort als Leiter einer zionistischen Schule jüdische Jugendliche aus Polen in seemännischen Berufen auszubilden, die dank dieser Qualifikation leichter ins britische Mandatsgebiet Palästina emigrieren konnten. Bis 1939 kamen 77 Absolventen zusammen, darunter auch 17 junge Frauen, die nach ihrer Ausbildung alle so schnell wie möglich ausreisten. Von Pietsch organisierte Rettungsaktionen über den Seeweg hat es jedoch nicht gegeben, diese unzutreffende Darstellung in Zeitungsberichten scheint dem Nicht-Genauer-Wissen-Wollen der Nachkriegszeit geschuldet.

Schließlich musste Pietsch denselben Weg gehen wie seine Schüler: Am 9. Januar 1939 erreichte er mit seiner Frau Gertrude, die seinen Widerstand durchgehend aktiv unterstützt hatte, und den drei Kindern den Hafen von Haifa. Gustav und Gertrude Pietsch verbrachten fast zwanzig Jahre in Palästina und dem neuen Staat Israel, doch auch hier kamen sie nicht in ruhiges Fahrwasser. Nach Kriegsbeginn wurde Gustav Pietsch von den britischen Behörden in Palästina als feindlicher Ausländer interniert. 1952 wurde er für kurze Zeit Verwalter des neuen israelischen Hafens in Eilat, aber es gelang ihm nicht mehr dauerhaft, beruflich Fuß zu fassen. 1958 ging das Ehepaar nach West-Berlin und erhielt nach einem langwierigen Prozess eine Entschädigung als Verfolgte des NS-Regimes zugesprochen. Ihren letzten Lebensabschnitt verbrachten beide ab 1961 aber in Westaustralien, auf der »Farm Glettkau« bei Ihrer Tochter Ursula und dem Schwiegersohn George. So endet die biographische Darstellung des »Unbeugsamen« mit einem vielsagenden Bild: Die Aufnahme aus dem Jahr 2023 zeigt das inzwischen verfallene Farmhaus mit dem westpreußischen Namen. Davor ist im Schatten ein Känguru zu sehen.

Aus wissenschaftlicher Sicht profitiert Susanne Zellers Biographie von der vorangestellten Reflexion zu Formen des Widerstands während des Nationalsozialismus. Gustav Pietsch ordnet sie wegen seines Einsatzes für jüdische Jugendliche, die ansonsten wahrscheinlich Opfer des Holocaust geworden wären, dem sogenannten Rettungswiderstand zu. Ein wenig beeinträchtigt wird die Lektüre allerdings durch häufigere Zeitsprünge, die für den Leser zuweilen das Verhältnis von Ursachen und Wirkungen verschwimmen lassen.

st Alexander Kleinschrodt



Susanne Zeller

Der Unbeugsame

Der Seemann Gustav Pietsch im Widerstand gegen das NS-Regime in der Freien Stadt Danzig und Polen

Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A: Analysen und Darstellungen, Bd. 19

Berlin: Lukas, 2025

254 S., geb., € 29,80

ISBN 978-3-86732-467-0

DER HÖCHSTE WESTPREUßISCHE TURM



Die Geschichte des markanten Wahrzeichens von Elbing

Von Bartosz Skop

Jede Stadt hat ein architektonisches Symbol, das fest mit ihr verbunden ist. In der alten Hansestadt Elbing trifft dies zweifellos auf die Domkirche St. Nikolai mit ihrem 97 m hohen Turm zu.

Bis 1945 galt dieser Turm (gleichauf mit den beiden Domtürmen von Breslau) als der höchste in Ostdeutschland; in Polen nimmt er in solch einem Ranking heute den neunten Platz ein. Weiterhin ist er aber zumindest der höchste Kirchturm östlich der Weichsel.

Drei Jahre nach der Gründung von Elbing setzt im Jahre 1240 auch die Geschichte von St. Nikolai ein. Von nun an sind die Entwicklungen der Stadt und ihrer Pfarrkirche aufs Engste miteinander verwoben. Das Gebäude wird in den folgenden Jahrhunderten immer wieder erweitert und modifiziert. Darin spiegelt sich zunächst der Wunsch der Bewohner wider, den stetig zunehmenden Reichtum und das Prestige der Hansestadt in angemessener Weise zum Ausdruck zu bringen: Die Kirchtürme und die Stadtbefestigung treten in Elbing zu einem derart eindrucksvollen Panorama zusammen, dass die Stadt sogar mit den »Sieben Türmen« von Lübeck verglichen wird.

Eine neue Blüte erlebt die Stadt in der Gründerzeit, in der sie zu einem bedeutenden nordostdeutschen Industriezentrum aufsteigt. Folgerichtig wächst mit den ökonomischen Ressourcen Elbings auch das Bedürfnis der Bürgerschaft, an ihrer Hauptkirche einen repräsentativen – und nun besonders imposanten – Turm errichten zu lassen. Keine 40 Jahre später aber ist Elbings Altstadt – nachdem der Feuersturm des Zweiten Weltkrieges gewütet hat – weitestgehend vernichtet und findet im nackten Stahlskelett der Turmspitze, das sich über das Trümmerfeld erhebt, für längere Zeit das Sinnbild ihrer Katastrophe.

Glücklicherweise wird in der Stadtgeschichte seit den späten 1950er Jahren noch ein neues Kapitel aufgeschlagen: Über etliche Zwischenschritte konnte es somit 2015 gelingen, dass die Kirche, die inzwischen zur Kathedrale einer eigenen Diözese erhoben worden ist, wieder in voller Pracht als Wahrzeichen Elbings erstrahlt.

EIN MÄCHTIGES WESTWERK

Wann einst mit dem Bau des Mittelturms begonnen wurde, lässt sich nicht mehr exakt erschließen. Die Arbeiten müssen aber gewiss in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts aufgenommen worden sein, denn bereits 1364 wurde die große Glocke erstmals urkundlich erwähnt und wohl wenig später auch aufge-

Entwurf der Westfassade des neuen Turmes nach Theodor Neuhaus



ABB.: ARCHIWUM PAŃSTOWE W GDANSKU

Die St. Nikolai-Pfarrkirche, nach einem Stich
von Johann Friedrich Endersch, 1737

hängt. Allerdings führten ein zu dieser Zeit durchgeföhrter Ausbau des Hauptschiffs sowie das regelmäßige Läuten dieser Glocke zu einer Instabilität des Mauerwerks und der Turmkonstruktion insgesamt.

Die Elbinger haben dieses Problem auf eine originelle Weise gelöst. Während ihre Pfarrkirche – wie üblicherweise auch die anderen in Preußen – nur einen Glockenturm erhalten sollte, errichteten sie bis 1428 an dessen Seiten zwei weitere, fast gleich hohe Türme, deren bautechnische Hauptaufgabe darin bestand, den zentralen Turm zu stützen. Dadurch entstand ein beeindruckendes dreiteiliges Westwerk, das in der gesamten Region einzigartig war.

Nach der Reformation diente St. Nikolai von 1573 bis 1617 der lutherischen Gemeinde als Hauptkirche. In dieser geschichtlichen Phase erlebte die Stadt unter der polnischen Krone eine Zeit zunehmender Prosperität. So wurden 1576 an der West- und Ostseite des Hauptturms manieristische Giebel errichtet, in die Uhren mit großdimensionierten Zifferblättern eingefügt wurden; und der Baumeister Michael Janszon Pfingster konnte zwischen 1599 und 1603 den Haupt- und Uhrenturm mit einem spektakulären, durch zwei Galerien gegliederten Aufsatz versehen. Der »Grüne Turm«, wie er aufgrund seiner Farbe hieß, wurde jetzt zum Wahrzeichen der stolzen Stadt. Seine Höhe betrug 312 Fuß (ca. 96 m), und er übertraf damit die meisten Türme der damaligen *Respublica Poloniae*.

Hohe Bauwerke ziehen zwangsläufig Blitze an. Von solchen Einschlägen wurde der Hauptturm von St. Nikolai mehrmals getroffen: Dies geschah 1647, 1652, 1718 und am Weihnachtstag 1736, wobei sich die Brände glücklicherweise jeweils zügig eindämmen ließen. Wenngleich Benjamin Franklin seine physikalischen Arbeiten über die Elektrizität 1751 veröffentlicht hatte, verfügte der Turm auch im Jahr 1777 noch über keinen Blitzableiter, und so schlug am 26. April während eines schweren Unwetters um 10:30 Uhr ein Blitz in die Spitze des »Grünen Turms« ein. Diesmal war das ausbrechende Feuer derart heftig, dass alle drei Kirchtürme bis auf Stümpfe herunterbrannten und dass die Dachkonstruktionen über den Kirchenschiffen und sogar das benachbarte Alte Rathaus zerstört wurden. Erst am Morgen des folgenden Tages konnten die Flammen unter Kontrolle gebracht werden, und kleine Brandherde schwelten noch bis zum 30. April.

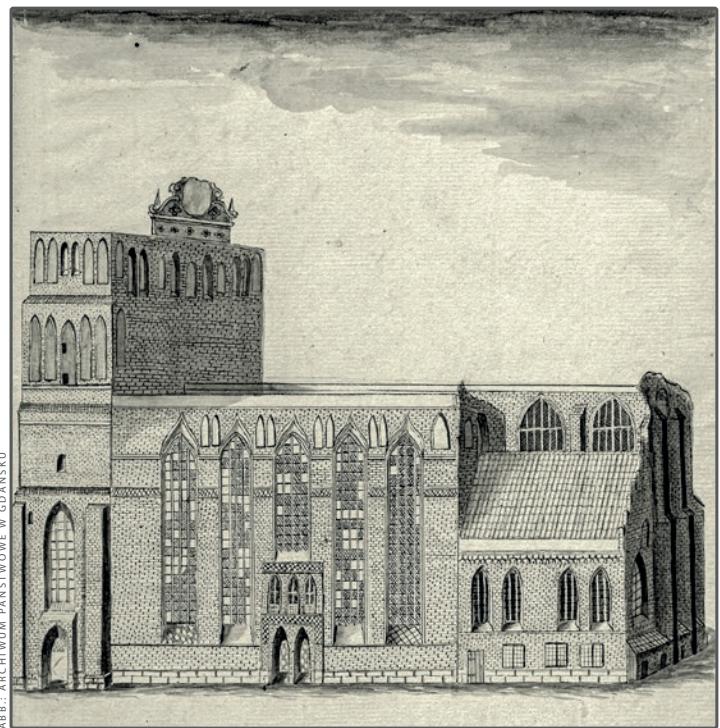


ABB.: ARCHIWUM PAŃSTOWE W GDANSKU

»Die Pfarrkirche zu St. Nikolai nach dem unglücklichen Brände vom 26ten April 1777«; zeitgenössischer Stich von J. H. Ameling

Nach dieser Katastrophe erhielt die Kirche ein provisorisches Dach, denn alle Verantwortlichen wie auch die Bürger gingen wie selbstverständlich davon aus, dass das Gotteshaus nach und nach wiederaufgebaut würde. Dann verfasste Stadtbaumeisters Bernhard Emmanuel Friederici einige Jahre später allerdings ein Gutachten, in dem er an mehreren Stellen gravierende Risse im Mauerwerk, insbesondere an den Mauern des Nordturms zur Fischerstraße hin, konstatierte. Daraufhin wurden von den Mauern der Kirchenschiffe und der Seitentürme mehr als sechs Meter in der Höhe abgerissen; und die Hoffnung, dass wenigstens der Hauptturm bewahrt werden könnte, stellte sich während dieser Arbeiten in den Jahren 1786 und 1787 als trügerisch heraus, weil auch diese Partien in einem sehr schlechten Zustand waren und ebenfalls abgetragen werden mussten. Übrig blieb seit Anfang der 1790er Jahre nur der 13 m hohe Stumpf, der danach – nicht ohne Gehässigkeit – als »gewaltiger Mauerklotz« bezeichnet wurde. Damit hatte Elbing sein Wahrzeichen für lange Zeit verloren.

EIN JAHRHUNDERT VERGEBLICHEN BEMÜHENS

Der Magistrat der Stadt Elbing konnte ebenso wie die katholische Kirchengemeinde den Verlust der Türme nicht verwinden. Deshalb wurde Stadtbaumeister Friederici beauftragt, einen Entwurf für einen neuen Turm anzufertigen. Bei seiner Konzeption gelangte er zu einer Höhe von 240 Fuß, von der 130 Fuß in Holzbauweise errichtet werden sollten. Die Skizze wurde zur Genehmigung an das Oberbaudepartement in Berlin geschickt, dort wurde das Vorhaben aber aus größtenteils technischen Gründen definitiv abgelehnt. Daraufhin erstellte Friederici im Jahr 1790 einen neuen Entwurf und Kostenvoranschlag des Turmes mit einem barocken Aufsatz, der sich einschließlich von drei Glocken und einer Turmuhr auf einen Betrag von 20.653 Reichstalern und 60 Groschen belief, der weder von der Kirchengemeinde noch der Stadt hätte aufgebracht werden können. Die Gemeinde beantragte nun bei der Kriegs- und Domänenkammer zu Marienwerder eine Unterstützung, doch auch diese Bemühungen scheiterten 1793, und selbst eine ausdrückliche Befürwortung durch König Friedrich Wilhelm II. vermochte es nicht, diese Entscheidung zu revidieren. So konnte auf die Bedachung, die seit 1783 wie bei einer Hallenkirche alle drei Kirchenschiffe über-

spannte, 1796 nur ein kleiner Dachreiter aufgesetzt werden, der von nun an die Funktion des Glockenturms übernehmen musste. Diese vorläufige Lösung des Problems bestand – ebenso wie manches andere Provisorium – eine lange Zeit, und zwar, während das Thema Wiederaufbau immer wieder aufgegriffen wurde, das ganze 19. Jahrhundert hindurch.

UNTERSUCHUNGEN UND PLANUNGEN

Ende des 19. Jahrhunderts zählte die katholische Gemeinde St. Nikolai bereits 10.000 Seelen, so dass der Wunsch nach einem repräsentativen Gotteshaus immer drängender wurde. So entstanden in der Amtszeit von Probst Adalbert Wagner Skizzen zu neuen Entwürfen. Demgegenüber unternahm der ihm nachfolgende Probst, August Zagermann, im Verbund mit dem Kirchenvorstand ernsthafte Anstrengungen, die Kirche in ihrem früheren Glanz wiederherzustellen. Deshalb untersuchte Maurermeister Otto Depmeyer im Jahr 1894 die Fundamente des früheren Turms und kam zu dem Ergebnis, dass sie für einen Neubau noch zu nutzen seien. Fünf Jahre später begutachtete ein Maurermeister Bruno Fechter neuerlich den »gewaltigen Mauerklotz« und kam ebenfalls zu dem Urteil, dass die vorhandene Bausubstanz das Gewicht des geplanten Turms tragen könnte. Diese Studien stehen vermutlich mit Entwurfstätigkeiten im Zusammenhang, die in dieser Phase zu einem nicht genauer bestimmbar Zeitpunkt vom Königsberger Architekten Wilhelm Bolten ausgeführt wurden. Sein Konzept betraf zwar eigentlich nur den Turm, umfasste aber auch die Errichtung neuer Giebel auf den Mauern der drei Kirchenschiffe (die aber erst in den 1950er Jahren entstanden).

Boltens Ziel war es offensichtlich, durch das Aussehen und die Größe des Turmbaus den Eindruck des Erhabenen, wenn nicht Monumentalen hervorzurufen. Die Gesamthöhe sollte nun 96 m betragen. Die Begutachtung des Projektes erfolgte durch den örtlichen Bezirksbauinspektor Theodor Neuhaus. Trotz einer grundsätzlich positiven Einschätzung gab es auf verschiedenen Ebenen Kritik an einzelnen Details. Vom preußischen »Ministerium der

geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten« wurde eine Sonderkommission eingesetzt, die am 8. Juni 1901 eine Besichtigung des Kirchengebäudes an seinem Standort vornahm. Zu klären war weiterhin die grundsätzliche Frage, ob der »Mauerklotz« tatsächlich in der Lage wäre, ein derart schweres Bauwerk zu tragen. Deshalb wurde beschlossen, zunächst noch weitere Untersuchungen vorzunehmen. Sie führten im September des gleichen Jahres zu dem Ergebnis, dass das Steinfundament des Turms eine Tiefe von fünf bis sechs Meter erreichte.

Nach der Kritik im Vorfeld konnten Boltens Vorstellungen nicht vollständig realisiert werden. Vielmehr wurde vom Kreisbauinspektor Theodor Neuhaus 1902 ein modifizierter Plan vorgelegt, der nun auch schon von einem Kostenvoranschlag in Höhe von 205.000 Mark begleitet wurde. Die Gemeinde St. Nikolai verfügte über ein früheres Legat, das sie in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts für den Bau eines Glockenspiels erhalten hatte und das inzwischen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts mit Zins und Zinseszins einen Wert von 100.000 Mark erreicht hatte.

In Bezug auf die weiterhin bestehende Finanzierungslücke hoffte die Gemeinde auf die Unterstützung des Staates in seiner Funktion als Schirmherr der Kirchen; die Behörden der Danziger Provinzialregierung und des schon genannten preußischen Ministeriums bestanden zunächst jedoch darauf, dass der Turm in derjenigen Gestalt wiederherzustellen sei, die seinem Erscheinungsbild im 17. Jahrhundert entspräche, und lehnten das Ersuchen letztlich mit der Begründung ab, dass der »Fiskus als Patron nach dem allgemeinen Landrecht nur zum Bau von Kirchen, nicht Kirchtürmen verpflichtet« wäre. In dieser Situation sah sich die gänzlich alleingelassene Gemeinde genötigt, für ihre Projekte selbst ein Darlehen in Höhe von 110.000 Mark aufzunehmen.

DER TURMBAU

Die ersten Abbrucharbeiten begannen im Mai 1906. Die gesamte Maßnahme wurde vom Königlichen Kreisbauinspektor Karl Michaelis geleitet, der in einzelnen Phasen jeweils von verschiede-

Panorama der Stadt Elbing von Westen, ca. 1900 – Von Nord nach Süd (v. l. n. r.) sind zu erkennen: das Markttor, die Marienkirche, der Turm des Rathauses, die Nikolai-Kirche ohne Turm und mit einem Dachreiter sowie der Turm der Kirche zu den Hl. Drei Königen



Abb.: ARCHIWUM PAŃSTOWE W GDANSKU



St. Nikolai Kirche mit dem neuen, die Dächer der Altstadt überragenden Turm (1920er Jahre)

nen Architekten und Technikern unterstützt wurde. Hauptauftragnehmer waren die Elbinger Bauunternehmen Otto Depmeyer und Zimmermeister Walter Jebens.

Bei den Arbeiten am »Mauerklotz«, der ursprünglich – aufgrund der vorhergehenden Begutachtungen – hätte wiederverwendet werden sollen, wurden unerwarteterweise Risse in den Wandun-

gen festgestellt, so dass ein vollständiger Abriss unausweichlich wurde. Auch der Zustand der Grundmauern entsprach nicht den Erwartungen. Darüber hinaus zeigte sich, dass sie kleinere Abmessungen aufwiesen, als frühere Untersuchungen ergeben hatten. Deshalb musste der Bauplan gleich zu Beginn leicht umgestaltet werden. Die wichtigste Änderung betraf die Fläche des Grundrisses, die von 13,00: 13,60 m auf ein Quadrat von 12,75 m Seitenlänge verkleinert wurde, was dem Turmschaft eine schlankere Form verlieh. Die oberen Teile blieben im Maß unverändert.

Auch das Fundament bot eine unangenehme Überraschung: Es bestand aus losen Granit-Findlingen, die eine Last von rund 6.000 t nicht zu tragen vermochten. Deshalb musste die obere Schicht bis zu einer Tiefe von zwei Metern entfernt und vom darunterliegenden Teil an mit insgesamt 451,8 m³ Beton ausgegossen werden, der seinerseits durch Doppelträgerprofile stabilisiert wurde. Darauf konnte nun ein großes und schweres Bauwerk errichtet werden.

Am 24. Oktober 1906 fand die feierliche Grundsteinlegung statt. Damit wurde das Startzeichen für einen Arbeitsprozess gegeben, der zu einer Demonstration des modernen, technisch versierten Bauens werden sollte: Nirgendwo in Preußen wurde ein derart hohes Bauwerk in solch einer Geschwindigkeit errichtet: Im November 1906 ragten die Mauern schon eineinhalb Meter über das Niveau des Sockels heraus. Jetzt wurde eine elektrische Beleuchtung installiert, die es ermöglichte, die Arbeiten auch nachts fortzusetzen. Nachdem insgesamt 6 Mio. kg an Backsteinen und Eisen verbaut waren, erreichte der Turmschaft bereits Ende Juli 1907 die Höhe, auf der er mit vier neomanieristischen Giebeln bekrönt wurde – die Sandsteinelemente hatte die Firma MIGGE aus Breslau geliefert – und auf der nun das Stahlgerüst des Helmes aufgesetzt werden konnte.

Naturgemäß ging der Aufbau der Stahlkonstruktion noch rascher vonstatten. Die von BRETTSCHEIDER & KRÜGER aus Berlin-Pankow gelieferten Bauelemente des Turmhelms wurden unten auf dem Straßenniveau aufgebaut, dann mit Hilfe hydraulischer

Hebevorrichtungen nach oben transportiert und dort dann verschweißt. Dieses Skelett wurde schließlich mit Holz und Kupfer verkleidet. Auf diese Art entstand ein zeitgemäßes Bauwerk, dessen Erscheinungsbild äußerlich gleichwohl stark an dasjenige des »Grünen Turms« erinnerte. – Während der ganzen Bauzeit ereignete sich übrigens nur ein einziger Unfall: Ende September 1907 traf ein herabfallender Hammer einen der Handwerker und fügte ihm einen Schädelbruch zu.

Gegen Ende des Jahres 1907 waren die Arbeiten so weit vorangeschritten, dass noch im Dezember der Glockenstuhl gebaut und sechs Glocken, die von der Glockengießerei Franz Schil-



Abb. links: Ansicht des Kirchturms vom Elbing aus (Postkarte aus den frühen 1940er Jahren)

Abb. rechts: Ansicht von der Speicherinsel aus (Anfang der 1950er Jahre)

ling aus Apolda stammten, aufgehängt werden konnten. Das von Phillip Hörz in Ulm gefertigte Uhrwerk verfügte über vier große Zifferblätter mit einem Durchmesser von jeweils 4,30 m; es schlug zur halben und zur vollen Stunde, und die Zeiger und Ziffern waren vergoldet. Es handelte sich um eine der größten Turmuhrnen Westpreußens. Schließlich wurde das Bauwerk noch mit einem sieben Meter hohen Kreuz bekrönt.

Bereits im Frühjahr 1908 konnte die Baustelle abgeräumt werden. Die endgültigen Kosten beliefen sich – ohne Berücksichtigung der Bauleitung – auf 256.000 Mark. Als denkwürdiges Zeugnis der avancierten Baukunst im frühen 20. Jahrhundert erfüllte dieser Turm in vorzüglicher Weise die Ambitionen des modernen Elbing, das in der Kaiserzeit eine glanzvolle Renaissance als Industriestadt erlebte. Für die Höhe des Bauwerks findet sich in dieser Zeit die Angabe von 95 m, während das Ergebnis heutiger Messungen eine Höhe von 97 m beträgt.

DAS WEITERE WECHSELVOLLE SCHICKSAL

Im Jahr 1918 wurden die Kupferverkleidung des Turmhelms zwar zu Kriegszwecken beschlagnahmt, blieb aber intakt, weil die Demontage ein Gerüst nötig gemacht hätte und die Anordnung mithin nicht umsetzbar war. Die Glocken von Franz Schilling hatten weniger Glück: Sie wurden 1917 im Zuge der »Metallspende des deutschen Volkes« requiriert, abgenommen und eingeschmolzen. Die Glockengießerei HEINRICH HUMPERT – INHABER JUNKER & EDELBROCK – ALBERT JUNKER in Brilon stellte 1928 vier neue große Glocken her, auch sie aber wurden dann im Zweiten Weltkrieg beschlagnahmt.

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurde St. Nikolai schwer beschädigt. Am 2. Februar 1945, an »Mariä Lichtmess«, brannte das ganze Kirchengebäude nieder. Der Turm verlor seine Kupferummantelung und einige seiner Giebel stürzten ein. Das Stahlgerippe hingegen trotzte den Zerstörungen. Für die neuen Machthaber lag es deshalb nahe, den wertvollen Rohstoff für eigene, bessere Zwecke zu nutzen. Dabei ergab sich die aufschlussreiche Konstellation, dass zwar der zweite polnische Stadtpräsident von Elbing, Jerzy



FOTO: SŁAWOMIR MILEJSKI VIA COMMONS.WIKIMEDIA.ORG



FOTO: BRUNSWYK MILEJSKI VIA COMMONS.WIKIMEDIA.ORG



QUELLE: KRYZYSZTOF KAMIŃSKI: FOT. AGENCJA WYDAWNICZA, 1987

Ansicht vom ehemaligen Friedrich-Wilhelm-Platz aus (1987). Damals waren erst wenige Giebelhäuser wieder aufgebaut worden.

Skarżyński, den Abriss des Gerüsts verfügte, der sowjetische Stadt-kommandant Oberst Jurij Novikov aber, der von Beruf Architekt war, dagegen heftigen Protest einlegte. Auf diese Weise blieb die besondere Trägerkonstruktion nachfolgenden Generationen erhalten und wurde dann in den Jahren 1948/49 vollständig gesichert.

1950 konnten bereits einzelne Reparaturarbeiten vorgenommen werden: Der Glockenstuhl wurde gerichtet und mit drei stählernen Glocken vom Turm der kriegszerstörten St. Annenkirche bestückt. Im Jahr 1957 wurden Einschusslöcher im Maurerwerk geschlossen, und zwar mit Ziegeln, die hier nach dem Abbruch der von Wilhelm II. erbauten Kaiserkirche in Cadenine eine Wiederverwendung finden sollten.



Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Turmspitze begannen 1961. Wohl aus finanziellen Gründen wurde auf eine historisch getreue Rekonstruktion der Giebel zugunsten schlichter Bauformen verzichtet. Die Rekonstruktion des Helms folgte aber der ursprünglichen Vorlage. Auch dabei sollten allerdings die Kosten möglichst niedrig gehalten werden, indem die Verkleidung nicht aus Kupfer, sondern aus verzinktem Blech gefertigt wurde. Diese Maßnahme fand im September 1963 ihren Abschluss; und danach wurde im Jahr 1970 nur noch ein kleinerer Umbau der Treppenhäuser vorgenommen.

Im Laufe der beiden folgenden Jahrzehnte machte sich die unzureichende Qualität der Turmverkleidung zunehmend bemerkbar: Sie begann schlichtweg zu rosten. Einen wichtigen Impuls, die notwendig gewordenen Renovierungsarbeiten tatsächlich durchzuführen, gab 1992 die Bildung der neuen Diözese Elbing mit der Erhebung der Nikolai-Kirche zum Bischofssitz: Bereits im folgenden Jahr verschwanden die hässlichen Zinkplatten und machten einer angemessenen Kupferverkleidung Platz.

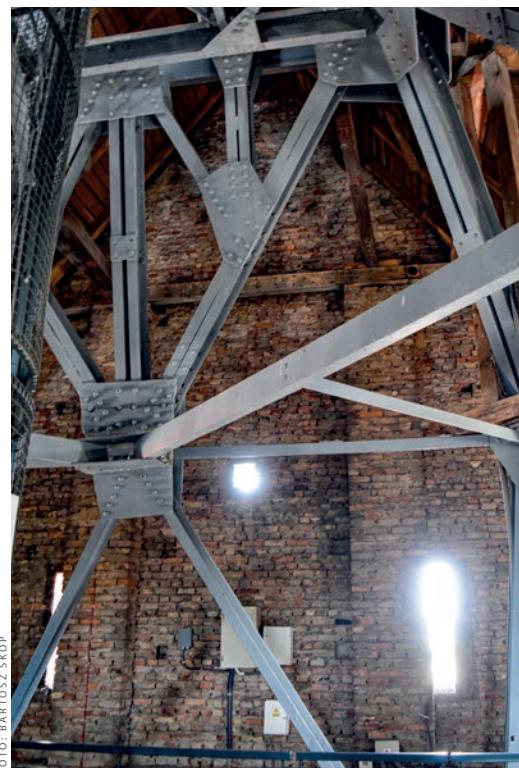
In den Jahren 2014/15 folgte schließlich eine umfassende, langwierige Instandsetzung des Bauwerks, die durchaus spektakuläre Momente hatte, denn zweitweise erweckte der fast vollständig in Folie eingeschlagene Turm den Eindruck, als ob der Künstler Christo eines seiner Verhüllungsprojekte realisiert hätte. Im Rahmen dieser Arbeiten wurde zudem die Stahlkonstruktion verstärkt und die untere Galerie als Aussichtsplattform nutzbar gemacht. Von nun an war der Turm – wie übrigens auch schon einmal in der Zwischenkriegszeit – für Besucher zugänglich.

EIN TURMAUFSTIEG

Im unteren Teil des Bauwerks befinden sich zwei separate Treppenhäuser. Deshalb haben sich der Eingang auf der linken und der Ausgang auf der rechten Seite der Vorhalle voneinander trennen lassen. Auf der ersten Etage, in gut acht Metern Höhe, befindet sich eine kleine Ausstellung von Relikten der früheren Kirchenausstattung sowie von Schautafeln zur Sanierung des Kirchturms. Im Jahr 1908 war hier eine – im Krieg untergegangene – Pfarrbibliothek eingerichtet worden. Wenn das nächste Stockwerk erklimmen ist, befindet man sich auf einer Höhe von 21 m und sollte nicht versäumen, einen Blick durch das Fenster der Tür zu werfen, die zum Dachboden des Hauptkirchenschiffs führt.

Von hier aus gelangt man noch über gemauerte Stufen bis zum dritten Obergeschoss (32,6 m), danach folgen Wendeltreppen aus Stahl. Beim weiteren Aufstieg passieren die Besucher das Stockwerk, das den Glockenstuhl beherbergt und auf dem auch die massiven Ständer des 53 m hohen und 40 t schweren Turmgerüsts aufruhen. Die vierte Etappe ist in einer Höhe von 47 m erreicht. Hier befanden sich bis zum Kriegsende das Uhrwerk und auf den vier Seiten jeweils eins der mächtigen Zifferblätter.

Zugleich ist dies die letzte Zwischenstation vor der unteren Galerie des Turmhelms, die nach weiteren 20 m erklettert ist. Hier betreten nun diejenigen, die die Herausforderung angenommen und bestanden haben, endlich die Aussichtsplattform und werden für ihre Mühe, über 366 Stufen eine Höhe von gut 67 m ersteigen zu haben, reichlich belohnt: Von dieser hohen Warte aus lässt sich die gesamte Stadt überschauen, der Blick reicht bis zum Frischen Haff, zur Weichsel-Niederung und bei gutem Wetter sogar bis zur Marienburg. Dass die obere Galerie, in einer Höhe von 78 m, für Touristen nicht zugänglich ist, dürfte nach diesen erhebenden Eindrücken zu verschmerzen sein.



Blick von der Aussichtsplattform auf die Stadt in nordöstlicher Richtung: auf den Langen Markt und das Markttor

Das vierte Stockwerk – in dessen Geschosshöhe befanden sich, eingelassen in die kunstvollen Giebel, die vier 4,3 Meter großen Zifferblätter der Turmuhr. Auf der Aufnahme sind auch die massiven Ständer des Stahlgerüsts zu erkennen.



Die erste Etage des Turms; hier befand sich von 1908 bis 1945 eine wertvolle Pfarrbibliothek. Heute wird der Raum für kleine Ausstellungen genutzt.

IN DEN BLICK GENOMMEN

Elfi Conrad

Als sei alles leicht

Berlin: Mikrotext, 2025

JANUAR 1945, drei Frauen und ein neugeborenes Kind, auf der Flucht von Schlesien Richtung Westen – das Szenario erscheint bekannt. 80 Jahre nach den dramatischen Ereignissen, während nur noch wenige Zeitzeugen berichten können, setzt Elfi Conrad mit ihrem autofikionalen Roman, der mitten hineinführt in Not, Angst, Überforderung, Schuld und Scham der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges, in sprachlicher und inhaltlicher Hinsicht ganz eigene Akzente und macht deutlich, dass noch nicht auserzählt ist, was nicht vergessen werden darf.

Zwei Wochen nach der Flucht aus dem heimatlichen Trebnitz in Niederschlesien erreichen Margarete, ihre Töchter Ursula und Katharina mit der drei Monate alten Tochter von Ursula ein Flüchtlingslager im Protektorat Böhmen und Mähren. Noch sind die Deutschen die Herren, doch das Lager wird von Tschechen verwaltet, so ist neben Hunger und Not die Angst vor Schikanen und Schlimmerem ständiger Begleiter der Frauen. Ursula, die junge Mutter, zweundzwanzig Jahre alt, eine unbelehrbare Nationalsozialistin, gläubige Anhängerin von Hitler und Goebbels, entwickelt ihre individuelle Überlebensstrategie, um ihr Baby versorgen zu können und selbst die eine oder andere Annehmlichkeit zu erhalten, kritisch beäugt von Mutter und Schwester.

Margarete, Jahrgang 1902, einst eine selbstbewusste Frau mit großen Plänen, die sich weigerte, den vom Vater ausgewählten Kandidaten zu heiraten, lieber eine Schneiderlehre absolvierte, dann unerfahren doch in Ehe und Schwangerschaft stolperte und Mutter von drei Kindern wurde, sorgt sich um die Töchter, weiß um die Gefahren, denen sie im Lager ausgesetzt sind, zumal die quirlige Ursula diese nicht wahrhaben zu wollen scheint. Denn sie lässt sich mit einem Tschechen ein, der sie mit Lebensmitteln, Zigaretten, mit Wundcreme für das Baby und mit Nylonstrümpfen, die sie im Lager nicht tragen kann, ausstattet. Ursel will tanzen, leben, lachen – und hofft, über den Mann an Fahrkarten für die Ausreise zu kommen.

Als ob alles leicht sei. Als ob es den Krieg nicht gäbe. Als ob es den Hunger nicht gäbe. Als ob es die Kälte nicht gäbe und das ewige Frieren. Als ob es die Angst nicht gäbe. Um das Kind. Um Mutti und Kathi. Um Wolfgang. Um Vati und Günther. Als ob es die Sehnsucht nicht gäbe. Nach Liebe. Nach der Heimat. Nach einem anderen Leben als diesem hier. Nach Frieden.

In einer Mischung aus jugendlicher Naivität und unerschütterlicher Hoffnung pflegt Ursula diese unmögliche Beziehung, während sie zugleich – noch vor dem Untergang des Dritten Reiches – die Dramatik ihrer Verblendung zu erkennen beginnt.

Erst später werden sie erfahren, wie sich Hitler das mit den Frauen gedacht hatte. Welchen Zweck sie wirklich erfüllen sollten. Von wegen Gleichheit! [...] Die Welt des Mannes war groß. Die Welt der Frau sollte klein sein. Sollte beschränkt sein auf den Mann, die Familie, die Kinder, das Haus.

Als die Schlesierinnen endlich nach Bayern ausreisen können (wobei unklar bleibt, ob der Tscheche wirklich dabei Fäden gezogen hat), erleben sie ein Wechselbad der Gefühle: Endlich Freiheit, aber die Einheimischen zeigen kein Mitleid, gewähren keine Unterstützung, es sind zu viele Flüchtlinge, die unterstützt werden wollen. Zu den enttäuschten Hoffnungen gesellt sich ein weiteres Ankommen in der Realität, als die Frauen in den letzten Kriegswochen vom Suizid des »Führers« erfahren. Verehrung verwandelt sich in Wut, in Abscheu und Verachtung – ein Mittelweg ist nicht möglich. Nach langer Irrfahrt durch das zerstörte Deutschland landen die Frauen schließlich bei einer entfernten Verwandten im Oberharz – und hadern erneut mit dem Schicksal, denn auch diese hat nicht auf die Neuankömmlinge gewartet. Wird es hier einen Neuanfang geben?

Auf nur 120 Seiten, in wechselnden Perspektiven, sprachlich reduziert, oft geradezu schmerhaft karg, lakonisch, mit bevorzugt elliptischem Satzbau, unterbrochen nur von einzelnen, ausführlicher erzählten Passagen der Reflexion, breitet Elfi Conrad die Lebenswelt der Zwischenstation Lager aus, die Sorgen und Gedanken der Frauen aus drei Generationen, immer bedroht durch Männer und durch Entscheidungen, die von Männern getroffen werden. Die Kargheit der Sprache illustriert wirkungsvoll die Stärke der Frauen, die auf der Flucht um Leben und Überleben kämpfen, Frauen, denen ihre Stärke nicht bewusst ist, die keine »Feministinnen« sind.

Erst Dora, jenes im letzten Kriegswinter geborene und zu Wirtschaftswunderzeiten aufwachsende Mädchen, wird Rahmenbedingungen finden, die es ermöglichen, die eigene Stärke auszutesten und auszuleben. In ihrem 2023 erschienenen opulenten Erstling *Schneeflocken wie Feuer* erzählt Elfi Conrad von dieser Selbstfindung – es ist ihre eigene Lebensgeschichte. Damit kontrastiert die Autorin in ihrem neuen Buch, das auf Erinnerungen ihrer Mutter basiert, stimmig das Schicksal der Müttergeneration, die Elend und Not der Kriegs- und Nachkriegszeit zu bewältigen hatte. Immer bleibt ihr Fokus ein konsequent weiblicher; dabei gelingt es der Autorin, eine Fülle von Themenkreisen anzuschneiden: nationalsozialistische Diktatur und Führerkult, »Saubерkeit« der Wehrmacht und Verbrechen der Deutschen, Judenverfolgung, Krieg, Flucht, Traumata, Verdrängung, Überforderung, Schuld, Scham, weibliche Sexualität, Vergewaltigung, das Machtgefüge zwischen Mann und Frau. So ist ein außergewöhnliches Buch entstanden, das nachvollziehbar und klar die großen politisch-historischen Fragen am Ende des untergehenden NS-Staates mit einem feministischen Weltblick verschränkt.

st Annegret Schröder



Elfi Conrad

Als sei alles leicht

Berlin: Mikrotext, 2025

120 S., Hardcover, € 22,-

ISBN 978-3-948631-58-1

Francesca Melandri

Kalte Füße

Berlin: Klaus Wagenbach, 2024

Jüngst, am 24. Februar dieses Jahres, wurde zum dritten Male des völkerrechtswidrigen russischen Überfalls auf die Ukraine gedacht; aus diesem Anlass fand – umständehalber diesmal in Krakau – auch das 10. Internationale Literaturfestival Odessa statt, auf dem die anerkannte italienische Schriftstellerin Francesca Melandri mit Lesungen und insbesondere mit der Vorstellung ihres 2024 erschienenen Buches über den Ukraine-Krieg präsent war; unter dem Titel *Kalte Füße* hatte es der Verlag Klaus Wagenbach bereits im September des gleichen Jahres für den deutschsprachigen Markt erschlossen.

Entschieden und unmissverständlich im Ton, sachkundig und zugleich leidenschaftlich und sehr persönlich entwirft die Autorin ihr Plädoyer für ein über Jahrhunderte immer wieder gedemütigtes Land, dessen Geschichte und Schicksal sie sich nicht entziehen kann und denen sich niemand, so die Botschaft, entziehen darf: Schaut auf dieses Land, und begreift, was dort geschieht, – so lautet ihr dringlicher Appell gegen das imperialistische Narrativ, nach dem nur Russland und nicht die Ukraine existiere, sowie gegen die gewissenlose Propaganda, dass die »militärische Spezialoperation« eine Fortsetzung des Großen Vaterländischen Krieges gegen den Nationalsozialismus sei.

Vom ersten Moment an versteht es Francesca Melandri, ihren Leser zu fesseln und seine Aufmerksamkeit zu binden, indem sie ihn eloquent und kurzsichtig mit einer Fülle von Geschichten, Fakten und Analysen konfrontiert und dabei auch von der Flut bewegender, oftmals verstörender Bilder berichtet: beispielhaft von der »totenschwarze[n] Hand mit den rotlackierten Fingernägeln« aus Butscha, von dem »in einen Bombenkrater verwandelten Theater von Mariupol« oder den 367 im Keller eingesperrten Menschen, die für ihre Notdurft zwei Eimer und als Toilettenpapier Seiten aus Werken namhafter ukrainischer Intellektueller, etwa denen des verehrten Nationaldichters Taras Schewtschenko aus dem 19. Jahrhundert, benutzen mussten – eine besonders infame Demonstration fortwährender kultureller Verachtung. (Wer spricht je von Gogol als ukrainischem Dichter?) Darüber hinaus verweist sie auf die unüberschaubar vielen grausamen Momentaufnahmen aus dem Internet, deren Unmittelbarkeit ihr unbegreiflich sind: Soldaten, die unter widrigsten Bedingungen filmen, wie sie sich mit vereisten Bärten, Eisperlen besetzten Wimpern durch das Tosen des Windes und pausenlosen Geschützdonner kämpfen oder von einer Sekunde auf die andere unter gellenden Schreien zerfetzt werden:

Mir ist noch nicht klar, was diese mörderisch-lebendige Intensität des Krieges mit mir zu tun hat. Ich sitze in meiner Wohnung, im Rücken Bücherregale und die Fotos meiner Kinder, und konsumiere auf Instagram, Twitter, Facebook, Threads, Telegram, YouTube, TikTok [...] die Bilder und Videoaufnahmen von Drohnen, GoPros, Dash Cams und Satelliten, die zum ersten Mal in der Geschichte der Kriege direkt von denen kommen, die den Krieg selbst führen, erleben, erleiden, Reel für Reel, Selfie für Selfie, ohne die Vermittlung der Massenmedien.

Es ist Francesca Melandri vergönnt, dass sie ihren Blick auf das aktuelle Kriegsgeschehen in der Ukraine sowie das politische Agie-



Francesca Melandri

Kalte Füße

Aus dem Italienischen
von Esther HansenBerlin: Klaus Wagenbach, 2024
288 S., geb., € 24,-

ISBN 978-3-8031-3367-0

ren und Taktieren durch einen Schatz an persönlichen Einsichten zu schärfen und somit auch die Erfahrungen, die dieses Buch vermittelt, auf besondere Weise zu vertiefen vermag: Sie lässt den Leser an dem intimen inneren Dialog, den sie mit ihrem verstorbenen Vater führt, teilhaben; er sei, wie sie immer wieder anmerkt, bereits »weitergegangen« – eine zärtlich poetische Umschreibung nicht zuletzt auch ihres Empfindens, über den Tod hinaus mit diesem geliebten Menschen verbunden, buchstäblich »im Gespräch«, bleiben und Fragen an ihn richten zu können, vor allem jene, die sie nicht gewagt oder vergessen hat zu stellen. So vermag sie sich am Ende dieses Buches mit den Worten »in Liebe, Bestürzung und Hoffnung« von ihm zu verabschieden.

Die Lebensgeschichte des Franco Melandri (1919–2012) – eine brüchige Biographie, der sich die Tochter ebenso einfühlsam, schonungslos wie kritisch stellt – erzählt von einem jungen Soldaten, der bereits an die Fronten in Griechenland und Jugoslawien geschickt worden war, bevor Mussolini 1942 den Befehl erließ, die deutsche Wehrmacht im berüchtigten »Russlandfeldzug« zu unterstützen, der, wie die Autorin mantraartig betont, »in Wahrheit größtenteils ein Ukrainefeldzug war«. Für die Verdienste, nach dem russischen Gegenangriff seine Männer aus dem Kessel bei Waluiki gerettet zu haben, durch die eisige Steppe, ohne Essen und Munition, mit eiskalten, wenn nicht gar erfrorenen Füßen – aus diesem traumatischen Erlebnis resultiert der Titel dieses Buches – wurde Melandri mit der »Silbermedaille für militärische Tapferkeit« ausgezeichnet.

Allzu gern und ausmalend wird den drei Töchtern von dieser Heldenatavie erzählt.

Die in den Familiengeschichten überlieferten Erinnerungen ragen aus der Vergangenheit heraus wie schwarze Felszacken aus einer Schneelandschaft. Sie erheben sich aus dem gleichförmigen Weiß des Vergessens und skizzieren die Geografie der Erinnerung.

Verborgen hingegen blieb – und wurde erst später durch die Tochter aufgedeckt –, dass der jugendliche Heimkehrer noch Ende 1945 geglaubt hat, mit einem bekennend faschistischen, salbadernen Pamphlet in der *Gazzetta del Popolo* (und zudem noch neben einem Artikel von Goebbels) reüssieren zu können – fassungslos fragt die Tochter: »Was hast du dir nur dabei gedacht, Papa?« Einer kuriosen Begebenheiten allein war es zu verdanken, dass dieses Schriftstück ohne persönliche Konsequenzen blieb und der Vater späterhin unbekämpft unter anderem als Schriftsteller und Journalist in Italien arbeiten konnte.

Drei literarische Werke, die Franco Melandri zwischen 1970 und 2000 zur Aufarbeitung seiner Kriegserlebnisse verfasst hat, werden für die Autorin zu wichtigen Wissensquellen. Sie wählt daraus für die 32 thematisch geordneten Kapitel ihrer Ausführungen je ein einleitendes Zitat und weiß darüber hinaus die gewonnenen Erkenntnisse aufs Engste mit ihren Betrachtungen über das aktuelle

Kriegsgeschehen zu verknüpfen und zueinander in Beziehung zu setzen. Ihr Fazit lautet: »Ja, es gibt Tausende beängstigende Ähnlichkeiten zwischen Deinem Krieg und dem Krieg in der Ukraine [...] Die Geschichte scheint sich in ein ominöses Spiegelkabinett verwandelt zu haben.« In diesem Zusammenhang ist es für sie schockierend, in einem im Netz kursierenden Video beobachten zu müssen, wie heutzutage – in beklemmend symbolhafter Verdichtung – zwei ukrainische Soldaten beim Ausheben eines Schützengrabens auf menschliche Knochen eines im Zweiten Weltkrieg verschollenen Soldaten stoßen – »Es hätte Dein Skelett sein können.«

Die Schlussfolgerungen, die Francesca Melandri aus ihren intensiven Recherchen und kritischen Beobachtungen zieht, erscheinen glasklar. Sie betreffen den privaten Bereich, indem die Autorin Familiengeschichten der Legendenbildung überführt und das Bild des Vaters korrigieren muss: Ohne sich für den Faschismus von gestern schuldig zu fühlen, will sie durch Aufklärung und Erinnerungsarbeit Verantwortung für die Demokratie von morgen tragen. Persönlich galt es – für eine linke Intellektuelle ein schmerzlicher Prozess – die vermeintlich unanfechtbare Haltung zum Pazifismus, zu dieser »glücklichen Ignoranz«, angesichts eines aggressiven Angriffskrieges gewissenhaft zu überprüfen, an die (wie es im Artikel 11 der italienischen Verfassung heißt) »Verteidigung des Vaterlandes als heilige Pflicht des Staatsbürgers« zu erinnern und

mit Blick auf das kämpfende ukrainische Volk, insbesondere ihres Präsidenten, den Begriff des Heldenstums neu zu bedenken.

Sie selbst wirft sich ihre eigene Unwissenheit bezüglich der Ukraine vor; jetzt diskutiert sie leidenschaftlich, inwieweit dieses Land nicht längst und immer wieder Opfer von Kolonialkriegen war – wie etwa dem »Brotkrieg« zur Versorgung der italienischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges. Ausdrücklich prangert Francesca Melandri die Ignoranz und Herzlosigkeit vieler (italienischer) Intellektueller und Journalisten in der Berichterstattung über die Ukraine an und kritisiert darüber hinaus, dass die Westeuropäer im Allgemeinen auf ihrer »goldenen Insel des Wohlstands und Friedens« niemals »Kriegszeugen«, sondern allein »Zuschauer« seien, die sich auf den Ruf nach Frieden beschränken, also bezüglich der Solidarität metaphorisch ebenfalls »kalte Füße« bekommen – im Gegensatz dazu seien die »Irynas« zu rühmen, die vor Ort für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen und denen dieses Buch gewidmet ist.

»Mir wird ganz schwindelig, Papa, angesichts dieses verworrenen Gebildes aus Geschichte und Gegenwart«, bekundet Francesca Melandri, und auch der Leser wird sich eines solchen Gefühls mitunter kaum entziehen können – und zugleich erkennen müssen, dass sich die Brisanz dieses Buches aktuell von Tag zu Tag zuschärft.

st Ursula Enke

AUGUSTE HERTZER – EINE WEITGEREISTE UND UMTRIEBIGE WESTPREUSSIN

Der Westpreußenkongress des letzten Jahres sowie die damit eng verschränkte Ausstellung *Der Tanz auf dem Vulkan* im Westpreußischen Landesmuseum haben sich eingehend mit dem »Silbernen Zeitalter« der Provinz Westpreußen auseinandergesetzt – mit deren »Aufbruch in die Moderne« während der Jahre von 1878 bis 1919. In diesem Zusammenhang sind verschiedene Aspekte der ersten »Globalisierung« in der Kaiserzeit und damit auch die nur kurze, aber intensive Kolonialgeschichte des Deutschen Reichs vor den Blick gerückt. Dabei wurde exemplarisch die Biographie des aus Lessen, Kr. Graudenz, stammenden Kolonialbeamten Franz Boluminski (1863–1913) erschlossen. Ebenso bemerkenswert sind aber auch die Aktivitäten der vor 170 Jahren in Graudenz geborenen Auguste Hertzner (1855–1934), die als Westpreußen am anderen Ende der Welt ebenfalls unsere Aufmerksamkeit verdient.

Als Krankenschwester vom Frauenverein des Roten Kreuzes wurde sie 1887 nach Ostafrika entsandt, wo sie Kisuheli, die am weitesten verbreitete Verkehrssprache, erlernte und 1888

den Aufstand der ostafrikanischen Küstenbevölkerung erlebte. 1891 wurde Auguste Hertzner vom 1888 gegründeten DEUTSCHEN FRAUENVEREIN FÜR KRANKENPFLEGE IN DEN KOLONIEN nach Neuguinea entsandt. Hier arbeitete sie zunächst am Krankenhaus von Stephansort, ging im folgenden Jahr gemeinsam mit dem Arzt Reinhard Hagge an die damals noch im Bau befindliche Klinik auf der – Friedrich-Wilhelm-Hafen



Das einzige bekannte Foto von Auguste Hertzner wurde während des Ersten Weltkrieges aufgenommen, in dem sie wieder als Krankenschwester arbeitete. Es zeigt sie im Jahr 1914 zusammen mit drei anderen Frauen im Gespräch mit Commander Joseph Arthur Hamilton Beresford, der in der Anfangsphase des Krieges Deutsch-Neuguinea erobert hatte.

vorgelagerten – Insel Beliao und kehrte nach einem fünfmonatigen Heimurlaub 1896 nach Stephansort zurück. Hier wirkte sie für einige Zeit mit dem Arzt, Ethnologen und Sprachwissenschaftler Otto Dempwolff zusammen.

Nachdem sie wesentlich zum Aufbau des Gesundheitswesens in den deutschen Kolonien in Ostafrika und Neuguinea beigetragen hatte, gab Auguste Hertzner ihre Stellung beim Roten Kreuz 1899 allerdings auf und erwarb einige Zeit später auf der Gazelle-Halbinsel, dem nordöstlichen Teil der zum Bismarck-Archipel gehörenden Insel Neupommern (heute wieder:

Neubritannien) drei Plantagen. Während des Krieges nahm sie aber ihre Tätigkeit als Krankenschwester für die australische Militäradministration vorübergehend wieder auf. – Eine besondere Pointe ergab sich für die Plantagenbesitzerin aus den Bestimmungen des Versailler Vertrages, von denen sie als einer der ganz wenigen Betroffenen profitierte: Weil ihr westpreußischer Geburtsort nun zu Polen gekommen war, galt Auguste Hertzner, nachdem die ehemals deutsche Kolonie ab 1921 zum australischen Mandatsgebiet geworden war, nicht als feindliche Ausländerin. Deshalb entging sie der Enteignung ihrer Ländereien.

st WP-Redaktion

»Ein kaum zu überschätzender Faktor«

Der »Kulturparagraph« zwischen Tradition und Zukunft

Das Jahr 2000 wird noch heute als Zäsur in der Geschichte der Kulturförderung nach § 96 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG) erinnert. Aus dem Abstand von 25 Jahren erscheint es lohnend, den damaligen Paradigmenwechsel zu rekapitulieren und zugleich nach seinen Implikationen für Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenkulturarbeit zu fragen.

Die Umbrüche des Jahres 2000 waren dabei Teil einer größeren Entwicklung. Diese hatte mit dem Amtsantritt des rot-grünen Kabinetts Schröder im Jahre 1998 eingesetzt und war geprägt durch einen in dieser Form neuen Gestaltungsanspruch der Bundesregierung auf dem Feld der Kulturpolitik, der sich insbesondere durch die Schaffung des Amtes eines »Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien« (BKM) Ausdruck verlieh. Es ging unter dem Vorzeichen einer »neuen Kulturpolitik« seinerzeit darum – so der erste Amtsinhaber, Michael Naumann, rückblickend – »Signale zu geben, dass der Bund auch eine kulturpolitische Verantwortung hat, die ihm ja nie abgestritten worden war, obwohl es die Kulturhöheit der Länder gab«.

..96 BVFG vor der »neuen Kulturpolitik«

Eines dieser »Signale« war sodann eben spürbar in der Umsetzung des sogenannten »Kulturparagraphen« – § 96 BVFG. Dieser besagt:

Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlasste.

Der Kulturparagraph und die auf ihm beruhende Wissenschafts- und Kulturförderung waren seit der Verabschiedung des BVFG im Jahre 1953 immer wieder an aktuelle Herausforderungen angepasst worden. So war die ursprüngliche Fassung bereits vier Jahre später, 1957, deutlich erweitert worden: Damals trat z. B. das Ausland als Adressat hinzu – aber ebenso wurde das Aufgabengebiet um die »Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge« ergänzt. Letzteres kann als Ausdruck der sich über zehn Jahre nach Kriegsende verfestigenden Einsicht verstanden werden, dass die Bundesrepublik der nicht nur kurzfristige Lebensraum der Deutschen aus dem Osten sein würde. Ausdruck fanden die sich wandelnden Schwerpunkte seither auch in Konzeptionen, in welchen die Verantwortlichen in Bonn – und später in Berlin – die Grundlinien der Kulturförderung nach § 96 bestimmten. Das jüngste dieser Dokumente stammt aus dem Jahr 2016 und steht unter dem Motto: »Erinnerung bewahren – Brücken bauen – Zukunft gestalten«.

Mit den sich wandelnden Rahmenbedingungen wechselte auch die politische Zuständigkeit für die Kulturförderung. Lag diese ur-



In der Nachkriegszeit entstehen in Westdeutschland aus den Reihen der deutschen Heimatvertriebenen unterschiedliche wissenschaftliche und kulturelle Institutionen: Am 6. Juli 1975 eröffnet der damalige Bundesbürger der Landsmannschaft Westpreußen, Botschafter a. D. Felician Antonius Prill, das Westpreußische Landesmuseum im Drostenhof in Münster-Wolbeck.

sprünglich beim Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, ging sie mit dessen Auflösung und Überführung 1969 auf das Bundesministerium des Innern (BMI) über. Dreißig Jahre später fiel die Zuständigkeit an den neu geschaffenen BKM – im BMI verblieb die Förderung der verständigungspolitischen Maßnahmen der Vertriebenenverbände.

Umbrüche

Der mit dem Zuständigkeitswechsel einhergehende Paradigmenwechsel fand seinen Niederschlag in der 2000 verabschiedeten »Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa«, die die künftigen Leitlinien der Kulturförderung nach § 96 BVFG nüchtern auf den Punkt brachte:

Neuorientierung der bestehenden Einrichtungen nach dem Regionalprinzip; Koordination und Stärkung der Museen unter Ausbau der kulturellen Kontakte zu ihren Bezugsregionen; An- oder Einbindung der wissenschaftlichen Arbeit in die Universitäten; engere Kooperation mit Trägern der allgemeinen Kulturarbeit in Deutschland und den Nachbarstaaten; Verzahnung der kulturellen Breitenarbeit mit musealen Aufgaben.

Diesen Zielen verdankte sich dann etwa die Gründung des KULTURFORUMS ÖSTLICHES EUROPA in Potsdam, dem die Aufgabe eines zentralen und die einzelnen Regionen übergreifenden Akteurs der kulturellen Breitenarbeit zukommen sollte.

»Regionalprinzip« bedeutete, die »Vielfalt und Vielzahl vom Bund geförderter Einrichtungen [...] in Regionen« zusammenzufassen: »Pommern, Nordosteuropa, Schlesien, Böhmen/Mähren, Südosteuropa«. Dass in diesem Zusammenhang etwa die Eingliederung des damals in Münster und heute in Warendorf ansässigen Westpreußischen Landesmuseums in das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg vorgesehen war, macht deutlich: Es ging nicht



FOTO: VLM

Anders als 2000 vom BKM geplant, wird das Westpreußische Landesmuseum nicht in das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg eingegliedert, sondern wird im Dezember 2014 im früheren Franziskanerkloster in Warendorf mit einer neuen Dauerausstellung wiedereröffnet.

nur um eine »stärkere Professionalisierung der Museums- und Forschungsarbeit« – wie die Konzeption verlautbarte; es ging auch um finanzielle Einsparungen in nicht geringem Umfang. Unter diesem Vorzeichen stand dann auch die zunehmende Verlagerung der überkommenen langfristigen institutionellen Förderung hin zu kurz- und mittelfristiger Projektförderung. Laut Manfred Weber, dem Direktor des BUNDEINSTITUTS FÜR KULTUR UND GECHICHTE DER DEUTSCHEN IM ÖSTLICHEN EUROPA, »brachte die ›Konzeption 2000‹ schmerzliche Einschnitte für die Landsmannschaften mit sich und wurde deshalb vor allem vonseiten der Vertriebenenorganisationen kritisiert – auch weil unter dem Strich ein insgesamt deutlich reduziertes Finanzvolumen stand«. 2018 konnte Weber noch konstatieren, dass dieses »in den vergangenen Jahren [...] wieder auf das frühere Niveau angehoben« wurde; die vergangenen Jahre bedeuteten hier freilich wieder einen Rückschritt.

Kontinuitäten

Freilich sollte die Wahrnehmung der Umbrüche des Jahres 2000 in der Kulturförderung nicht den Blick auf dennoch bestehende Kontinuitäten verstellen.

Deren eine liegt in der grenzüberschreitenden Funktion der Kulturarbeit. War diese bereits in der Erweiterung des Adressatenkreises um das Ausland im Jahr 1957 angeklungen, gewann sie in den Jahren der sogenannten neuen Ostpolitik an Bedeutung und konnte sich mit dem Fall des Eisernen Vorhangs Bahn brechen. Dies schlug sich dann auch in einem – in den Jahren 1994 bis 1999 realisierten – »Aktionsprogramm« des damals federführenden BMI nieder, das darauf abzielte, die nun eröffneten Kooperationsmöglichkeiten mit den ost(mittel)europäischen Nachbarländern auszuschöpfen. Eine völlig neue Qualität erreichte die grenzüberschreitende Vernetzung von Akteuren des Kultur- und Wissenschaftsbetriebs dann letztlich durch die EU-Osterweiterung – insbesondere in den Jahren 2004 und 2007.

Dabei sollten die auf Grundlage von § 96 BVFG geförderten Institutionen und Projekte freilich nicht nur als Nutznießer dieser Entwicklung verstanden werden, sondern sie sollten sie auch intensiv durch eigenständige Beiträge fördern. So konstatierte Ministerpräsident a. D. Dr. Christoph Bergner, von 2006 bis 2013 Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, 2015 in einer Bundestagsdebatte:

Die Kenntnis der in Jahrhunderten historisch gewachsenen kulturellen Verflechtungen in Europa, gerade in den deutschen Siedlungsgebieten im Osten, und die daraus resultierenden Ge-

meinsamkeiten sind ein kaum zu überschätzender Faktor der europäischen Integration.

In den nachfolgenden Jahren zeigte sich dies in doppelter Weise: Führte der russische Angriffskrieg auf die Ukraine nicht zuletzt auch zu einer verstärkten gesamtgesellschaftlichen Besinnung auf die gemeinsame ostmitteleuropäische Geschichte, hatten während der schon zuvor einsetzenden Corona-Pandemie innereuropäische Grenzschließungen *ex negativo* den hohen Wert der als selbstverständlich empfundenen »Grenzenlosigkeit« Europas deutlich werden lassen.

Eine zweite Kontinuitätslinie mag darin gesehen werden, dass § 96 immer auch ein Kristallisierungspunkt der geschichtspolitischen Verständigung über deutsche Identität war und ist. Ab den 1950er Jahren stand die Beheimatung des kulturhistorischen Erbes der Vertreibungsgebiete in der westdeutschen Aufnahmegerellschaft im Zentrum. Spätestens ab den 1990er Jahren trat – wie eben gesehen – die Erschließung der europäischen Verflechtung eben dieses Kulturerbes als eigenständiges Anliegen hinzu. Spätestens seit 2015 wiederum werden – namentlich mit Blick auf die Bundesstiftung FLUCHT, VERTREIBUNG, VERSÖHNUNG – Stimmen lauter, die die Geschichte der Deutschen aus dem Osten in eine allgemeine Migrationsgeschichte einlesen wollen.



FOTO: SFW

Vertriebenen- oder Migrationsmuseum – die programmativen Debatten um das Dokumentationszentrum der Stiftung FLUCHT, VERTREIBUNG, VERSÖHNUNG bleiben aktuell.

Zukunftsansichten

Zwar hat die gegenwärtige Kulturstaatsministerin Claudia Roth keine eigenständige neue Konzeption für die Kulturförderung nach § 96 BVFG veröffentlicht. Für Diskussionen sorgte jedoch – neben finanziellen Kürzungen im Bereich der Projektförderung nach § 96 BVFG, die insbesondere eine Belastung für die Arbeit der Kulturreferate darstellen – der Entwurf für ein allgemeines »Rahmenkonzept Erinnerungskultur«. Diese ordnet den Zusammenhang von Flucht und Vertreibung – und damit des spezifischen Kriegsfolgenschicksals der Heimatvertriebenen – dem Themenfeld »Erinnerungskultur und Einwanderungsgesellschaft« zu, ohne dass die Grenzen zwischen Zwangsmigration und anderen Formen der Einwanderung trennscharf geklärt oder gar der Tatsache Rechnung getragen würde, dass ein großer Teil der Deutschen innerhalb des eigenen Staates vertrieben wurde.

Liegt in einem solchen Narrativ die Zukunft des Kulturparagraphen? Angesichts der Tatsache, dass § 96 BVFG immer auch Gegenstand von Koalitionsverhandlungen war, dürfte in dieser Hinsicht mit Interesse abzuwarten sein, wie sich die entsprechenden Aushandlungen nach der zurückliegenden Bundestagswahl gestalten werden.

 Tilman Asmus Fischer

Europa als Plattform erfolgreicher Krisenbewältigung?

Erinnerungen an den polnischen Politiker Bronisław Geremek und Ausblicke in Europas Zukunft

BRONISŁAW GEREMEK verfügte über eine jener außergewöhnlichen Biografien, die sich kaum in ein paar Sätzen zusammenfassen lassen: Der 1932 in Warschau geborene Geremek war ein methodisch fortschrittlicher, auch international hoch anerkannter Historiker; er war während der kommunistischen Volksrepublik ein prominenter Dissident und hat später als Staatsmann insbesondere Polens Außenpolitik und den europäischen Einigungsprozess maßgeblich geprägt. Geremek ist 2008 bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Anlässlich seines 90. Geburtstages hat 2022 in Krakau ein Gedenk-Kolloquium stattgefunden, dessen Vorträge nun unter dem Titel *Europa und die Europäer* in der Schriftenreihe des Deutschen Polen-Instituts erscheinen konnten.

Thema des Krakauer Kolloquiums waren Perspektiven aus der polnischen Wissenschaft zur Zukunft der Europäischen Union. Doch auf den ersten rund 100 Seiten steht zunächst die Person Bronisław Geremek im Vordergrund. Henryk Szlajfer, der kenntnisreich Geremeks wissenschaftliches Profil als Historiker beschreibt, hebt hervor, dass in Geremeks politischem Handeln »die Ukraine stets einen besonderen und exponierten Stellenwert« besessen habe. Ähnlich auch Michel Foucault: Er legt dar, dass Geremek als Historiker wie als Politiker in langen Zeiträumen gedacht habe und in der Lage gewesen sei, Fakten in Bezug zu unterschiedlichen Kontexten zu setzen. An »der Grenze im Osten Europas« habe Geremek, den er hier wörtlich zitiert, so bereits frühzeitig »ein potentielles Drama« erkannt. In weiteren Beiträgen wird die hohe Bedeutung deutlich, die Geremek dem Weimarer Dreieck zwischen Polen, Deutschland und Frankreich zumaß sowie sein Eintreten für eine transatlantische Integration Polens im Rahmen der NATO, aber auch die Hemmnisse für eine gelungene Zusammenarbeit, mit denen Geremek als polnischer Außenminister im eigenen Land wie auch vonseiten der Partnerländer zu tun hatte. Eine

gewisse Ausdauer ist allerdings erforderlich, um den detaillierten zeitgeschichtlichen Schilderungen in diesem Abschnitt zu folgen.

Gleich der erste Beitrag des zweiten Teils führt mitten hinein in die schwierigen Herausforderungen, vor die sich die Europäische Union im Jahr 2025 gestellt sieht. Janusz Józef Węc fragt, ob eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik »die Position der EU auf der internationalen Bühne wesentlich verstärken« könne. Den Optimismus von Węc, dass dies wiederum ein Beitrag zur »Stärkung des transatlantischen Sicherheitssystems« sein könne, lässt die geradezu kooperationsfeindliche Haltung der neuen Regierung in den USA allerdings fragwürdig erscheinen. Interessant ist die Position von Jac Barcz, der argumentiert, die EU habe sich – von der Ölkrise bis zur Covid-Pandemie – gerade als Plattform der Krisenbewältigung zunehmend konsolidiert und dadurch an Profil gewonnen: Ein Ausdruck dessen sei der »beispiellose Beschluss über die Gründung des Wiederaufbaufonds« zur Überwindung der Pandemiefolgen im Jahr 2021 gewesen, »der den Haushalt der EU [...] revolutionierte«.

Agnieszka Grzelak behandelt die Möglichkeiten der EU beim Umgang mit Mitgliedsstaaten, die das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit außer Kraft setzen, wie insbesondere Ungarn sowie Polen unter seiner letzten Regierung. Leider, meint Grzelak, habe »die EU bisher keine großen

Erfolge im Bereich der Rechtsstaatlichkeit davongetragen«. Ernsthaft Sanktionen dürften deshalb »nicht von vorneherein ausgeschlossen« werden und es solle keine Rabatte bei der Rechtsstaatlichkeit geben, nur weil der jeweilige Staat auch konstruktive Leistungen – wie die Aufnahme von Geflüchteten – erbringe. Hier schließt auf andere Weise auch Beata Ociepka an, wenn sie kritisch hervorhebt, dass ökonomische Interessen der EU-Mitgliedsstaaten beim Umgang mit dem autoritären Russland gegenüber den Bedenken der osteuropäischen Mitgliedsstaaten im Vordergrund gestanden hätten.

Bożena Gierat-Bieroń greift die Idee eines »europäischen Gemeinschaftsgeistes« auf und fragt, inwiefern Institutionen wie ein gemeinsames Kulturerbejahr und das Brüsseler Haus der Europäischen Geschichte geeignet seien, um ein europäisches »Metanarrativ« zu entwickeln, das weder nationale Erinnerungslandschaften überschreibt, noch Europa einseitig glorifiziert. Maciej Jastrzębiec-Pyszynski stellt schließlich Überlegungen an, wie in Zukunft globale Allianzen nach dem Modell der früheren Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl dabei helfen könnten, kritische Rohstoffe für Energiewende und Dekarbonisierung bereitzustellen: »Ist eine Verbindung von Rohstoffen und Freundschaftsdiensten mit der Sorge um globale Güter wie dem Klimaschutz vorstellbar?«

Europa bleibt ein Sehnsuchtsort, aber – das zeigen die Beiträge in diesem Band – Europa ist auch in hohem Maße komplex. *Europa und die Europäer* dokumentiert, dass das ernsthafte Nachdenken über die EU weitergeht, nicht zuletzt in Polen, und dass dabei Akzente, wie sie nach 1989 unter anderem durch Bronisław Geremek gesetzt wurden, weiterhin Orientierung bieten können.

st Alexander Kleinschrodt



Bożena Gierat-Bieroń / Janusz Józef Węc (Hrsg.)

Europa und die Europäer

Perspektiven der polnischen Wissenschaft im 21. Jahrhundert

Im Gedenken an Bronisław Geremek

Polen in der Gegenwart. Schriftenreihe des Deutschen Polen-Instituts, Bd. 2

Wiesbaden: Harrassowitz, 2023

294 S., Broschur, € 36,00 – ISBN 978-3-447-12024-1

auch als kostenloser OpenAccess-Download verfügbar

NEUERSCHEINUNGEN



Peter Sloterdijk

Der Kontinent ohne Eigenschaften. Lesezeichen im Buch Europa

Berlin: Suhrkamp, 2024; 296 S., geb., € 28,00 – ISBN 978-3-518-43214-3

Die Bewohner der »Alte Welt« sind sich ihrer Eigenschaften und Möglichkeiten anscheinend nicht mehr sicher. Um Orientierung zu stiften, blättert der Autor im Buch Europa einige Lesezeichen auf, etwa das in der »Autobiografie des westlichen Menschen« (Eugen Rosenstock-Huës), die als Sequenz politischer Revolutionen erzählt werden kann, oder dasjenige im »Buch der Geständnisse«, aus dem

sich ein bezeichnender Geist der Selbstkritik erklärt; oder er zitiert aus dem »Buch der Ausdehnungen«, das Europas Missionen im Zeitalter der nautischen Globalisierung schildert. Auf diesem Wege sucht Sloterdijk zu verdeutlichen, dass sich das wahre Europa überall dort finden lässt, wo sich die schöpferischen Leidenschaften denen des Ressentiments als überlegen erwiesen haben.



Jens Bisky

Die Entscheidung. Deutschland 1929 bis 1934

Berlin: Rowohlt, 2024; 640 S., geb., € 34,00 – ISBN 978-3-7371-0125-7

Als Außenminister Gustav Stresemann im Oktober 1929 starb, fragten sich die Zeitgenossen, wie es nun mit der Republik weitergehen könnte. Gerade formierte sich eine faschistische Koalition; Bauern warfen Bomben, die öffentlichen Haushalte litten unter wachsenden Defiziten, bald schien das parlamentarische System gelähmt. Was folgte – der Aufstieg radikaler Kräfte, die Pulverisierung der bürgerlichen Milieus,

die Selbstüberschätzung der Konservativen und Nationalisten –, mündete in die verbrecherischste Diktatur des 20. Jahrhunderts. Bisky erzählt, wie die Weimarer Republik in einem Wirbel aus Not und Erbitterung zerstört wurde. Es kommen Politiker und Journalisten der Zeit zu Wort, erschöpfte Sozialdemokraten, ratlose Liberale, nationalistische Desperados, Literaten, Juristen, Offiziere.



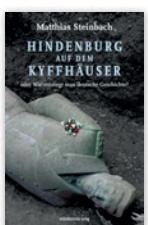
Felix Mattheis

Hanseaten im »Osteinsatz«. Hamburger und Bremer Handelsfirmen im Generalgouvernement 1939-1945

Göttingen: Wallstein, 2024 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 62)
455 S., 5 farb. Abb., geb., € 42,00 – ISBN 978-3-8353-5495-1

Der Autor beleuchtet die bislang kaum bekannte Geschichte der lukrativen Zusammenarbeit zwischen hanseatischen Wirtschaftseliten und nationalsozialistischen Besatzungsbehörden. Zahlreiche Hamburger und Bremer Überseehandelsfirmen engagierten sich im Generalgouvernement. Sie beteiligten sich zum einen an der brutalen Ausbeutung der polnischen Landwirt-

schaft. Zum anderen trugen sie dazu bei, die polnischen Jüdinnen und Juden auszurauben und wirtschaftlich zu verdrängen. Die Kaufleute erhielten nicht nur einen Teil des Raubguts. Sie füllten auch die volkswirtschaftliche Lücke aus, die durch die Vernichtung der jüdischen Gemeinden entstand.



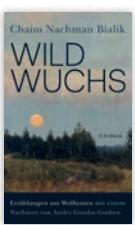
Matthias Steinbach

Hindenburg auf dem Kyffhäuser oder Wie entsorgt man deutsche Geschichte?

Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 2024; 220 S. mit s/w-Abb., broschiert, € 20,00 – ISBN 978-3-96311-922-4

Wie Schneewittchen im Sarg liegt der steinerne Hindenburg in seiner Grube auf dem Kyffhäuser. Seit 1939 stand er – getreu dem nationalsozialistischen Hindenburg-Mythos – neben Barbarossa und Wilhelm I.; 1947 auf Geheiß der Sowjetischen Militäradministration umgestürzt, wurde der Koloss 2004 wieder ausgegraben, jedoch nicht wie-

der aufgestellt. Mit dieser Geschichte des Verschwindens und Wiederaufzuhens unternimmt der Autor einen Gang durch Landschaft und Literatur entlang des Berges. Es geht um Verschüttungen, Verdrängungen, Erfindungen und Überschreibungen. Die Leserschaft erfährt, wie sich die Geisterstimmen der Vergangenheit zu den Missverständnissen der Gegenwart verhalten.



Chaim Nachman Bialik

Wildwuchs. Erzählungen aus Wolhynien

Aus dem Hebräischen von Ruth Achlama. Mit einem Nachwort von Ayelet Gundar Goshen
München: C. H. Beck, 2025; 299 S. mit einer Karte, Hardcover (Ln.), € 26,00 – ISBN 978-3-406-82622-1

Chaim Nachman Bialik gehört zu den bedeutendsten modernen Autoren des Hebräischen, aber seine meisterhaften Erzählungen wurden bisher noch nie ins Deutsche übertragen. Der Band versammelt drei Geschichten vom jüdischen Leben in Wolhynien. Wie Kafka gelingt es dem Autor, Unsicher-

heiten, Ängste, innere und äußere Konflikte in unvergessliche, geradezu parabelhafte Geschichten zu bannen. Der Band enthält außerdem Bialiks berühmtes Langgedicht »In der Stadt des Tötens« über die russischen Pogrome in Kischinew: ein hebräisches Klagelied in mittelalterlicher Tradition, das in seinem modernen Duktus auf Paul Celan vorausweist.

Impressum

Herausgeber und Verlag: Westpreußische Gesellschaft – Landsmannschaft Westpreußen e.V.
Die Stellvertretende Vorstandsvorsitzende
Brigitta Schuch (v.i.S.d.P.)
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck
Telefon 025 06 / 3057-50, Fax 025 06 / 3057-61

Sparkasse Münsterland Ost, Münster:
IBAN : DE59 4005 0150 0034 0248 51
BIC : WELADE1MST

Redaktionssekretariat, Abonnement-Verwaltung
und Anzeigenannahme: Esther Lüchtefeld
(sekretariat@magazin-westpreussen.de)

Redaktion:
Prof. Dr. Erik Fischer (e.fischer@magazin-westpreussen.de) /
Redaktionsleiter:
Dr. Joanna Szkolnicka (j.szkolnicka@magazin-westpreussen.eu) /
Ressort PANORAMA :
Tilman Asmus Fischer (t.fischer@magazin-westpreussen.de) /
Ressorts VORSPANN sowie POLITIK UND GESELLSCHAFT :
Ursula Enke (u.enke@magazin-westpreussen.de) /
Text- und Bildredaktion

Korrespondentinnen und Korrespondenten:
Peter Neumann (Troisdorf) und Adrian Roman Wojtaszewski (Gdańsk) für Danzig, Bartosz Skop (Malbork) für Elbing, Marek Dziedzic (Malbork) für Marienburg, Zuzanna Foss (Toruń) für Thorn und Kujawien-Pommern

Verlags- und Redaktionsadresse:
Westpreußen-Verlag
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck
Telefon 025 06 / 3057-50, Fax 025 06 / 3057-61
sekretariat@magazin-westpreussen.de
www.magazin-westpreussen.de

E-Mail Adresse der Redaktion für Leserzuschriften:
leserpost@magazin-westpreussen.de

Layout, Bildbearbeitung und Druckvorlagenerstellung:
MEDIENGESTALTUNG KOHLHAAS, Bonn

Herstellung: WIRmachenDRUCK GmbH
Mühlbachstraße 7, 71522 Backnang

ISSN: 0043-4418

Auflage: 750 Exemplare

Westpreußen / Begegnungen mit einer europäischen Kultur-region erscheint alle drei Monate (im März, Juni, September und Dezember). Der Bezugspreis beträgt halbjährlich oder jährlich €18,- bzw. €36,- sowie im Ausland jährlich € 40,-. Für Privatpersonen in Polen gilt bei Direktbezug ein Vorzugspreis von jährlich 60 Złoty.

Parallel dazu erscheint als Beilage *Der Westpreuße / Landsmannschaftliche Nachrichten*. Der Bezugspreis eines entsprechenden Gesamtabonnements beträgt halbjährlich oder jährlich €36,- bzw. €72,-, im Ausland jährlich € 80,-. Für Privatpersonen in Polen gilt bei Direktbezug hier ebenfalls ein Vorzugspreis, und zwar von jährlich 120,- Złoty.

Die MwSt. ist mit 7% enthalten. Bestellungen beim Verlag. Der Bezug kann nur mit einer Frist von mindestens drei Monaten zur Mitte oder zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Bei Nichtbelieferung bestehen im Fall höherer Gewalt keine Ansprüche gegen den Verlag. Mit Namen oder Kürzeln gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Verlages oder der Redaktion wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages. – Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2.

Autorinnen und Autoren

Dr. Alexander Kleinschrodt studierte Musikwissenschaft, Kunstgeschichte und Germanistik; er arbeitet als freier Kulturwissenschaftler und Autor; zudem übernimmt er regelmäßig Lehraufträge an der Universität Bonn. Von 2018 bis 2023 Vorstandsmitglied der Westpreußischen Gesellschaft, seitdem Mitglied im Stiftungsrat der Kulturstiftung Westpreußen.

Annegret Schröder studierte Germanistik, evangelische Theologie und Pädagogik, zudem Ausbildung zur Verlagskauffrau; tätig als Gymnasiallehrerin an einer privaten Wirtschaftsschule. Seit 2016 ist sie Mitglied im Stiftungsrat der Kulturstiftung Westpreußen.

Bartosz Skop M. A. studierte Geschichte an der Danziger Universität und der Julius-Maximilians-Universität Würzburg; Autor von Orgelbeschreibungen des ehemaligen Ost- und Westpreußen und Aufsätzen zur Kirchen- und Orgelbaugeschichte dieser Region; nach dem Abschluss seines Master-Examens arbeitet er gegenwärtig am Schloss-Museum in Marienburg.



VORHINWEIS

DER DIESJÄHRIGE WESTPREUSEN-KONGRESS
SOLL VOM 26. BIS 28. SEPTEMBER 2025
IN WARENDORF STATTFINDEN.

Sein Thema lautet:

DIE KASCHUBEN ZWISCHEN ASSIMILATION UND SELBSTBEHAUPTUNG: Die verschlungenen Wege einer autochthonen Minderheit im Land an der unteren Weichsel

Durch die Konzentration auf die Minderheit der Kaschuben wollen wir einen Perspektivwechsel von der sonst im Fokus stehenden deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte zu einem erheblich komplexeren Miteinander dreier Ethnien und Kulturen vollziehen – von denen allerdings zwei jeweils zu dominieren trachteten, während die dritte den anderen beiden stets hierarchisch untergeordnet blieb.

Gerade angesichts dieser historischen Entwicklung eröffnet uns die erst seit einigen Jahrzehnten erkämpfte kulturelle Autonomie der Kaschuben zudem die Möglichkeit, im Rahmen der Tagung die Prozesse der europäischen Einigung und des damit einhergehenden internationalen Schutzes von Minderheitenrechten zu erschließen.

Wir bitten Sie, diesen Termin bereits frühzeitig für eine Teilnahme zu reservieren.



W er die Thorner Jacobikirche, die »Perle der Neustadt«, betritt, wird sich schwerlich der Erhabenheit des Raumes und dem Reichtum seiner Ausstattung entziehen können. Das prachtvoll gestaltete Triumphkreuz, der goldene Hochaltar mit der Darstellung des Kirchenpatrons oder das wundervolle Sternengewölbe ziehen den Blick unmittelbar an. Darüber hinaus ist es die Fülle beachtenswerter Details, in die sich der Betrachter geradezu verlieren kann: vielleicht entdeckt er das freundliche Mondgesicht unter der Sichel, auf der die Madonna mit dem Jesuskind thront, oder lässt sich von den gotischen Wandmalereien, wie beispielhaft der furchteinflößenden Höllendarstellung, faszinieren; oder es gelingt ihm, im Presbyterium den beschrifteten keramischen Fries zu entziffern, der an die Grundsteinlegung dieses Bauwerks am Anfang des frühen 14. Jahrhunderts erinnert.

Gläubige, die andächtig in den Kirchenbänken Platz genommen haben, werden allerdings kaum ahnen, wer ihnen buchstäblich im Nacken sitzt. Aus dem hintersten Segment des Mittelschiffs schaut

eine Fratze auf sie herab – mit stechendem, finsternen Blick undflammendem Bart, die Ohren mehrfach gespitzt, und den Mund grotesk verzerrt, zeigt er den Menschen verächtlich die Zunge. Dieses Deckenbild stellt den Teufel Tutivillus dar, der im frühen Mittelalter die Mönche beim Abschreiben der tradierten Texte beobachtete und ihre Fehler oder Auslassungen sammelte, um sie beim Jüngsten Gericht vorzulesen. Späterhin wuchs ihm darüber hinaus die Aufgabe zu, über die Kleriker und die Gemeinde insgesamt zu wachen, missbilligend ihr Fehlverhalten – wie das Zusätzlichekommen zum Gottesdienst, störendes Schwatzen und Tratschen oder gar ein Schläfchen während der Liturgie – erbarmungslos zu registrieren und bis zum Tag des Zorns festzuhalten.

Als die Protestanten 1557 für gut hundert Jahre in die Jakobikirche einzogen, ließen sie den Teufelskopf übertünchen. Erst bei den Renovierungsarbeiten des Jahres 2019 wurde er zufälligerweise freigelegt – und kann seinem Wächteramt nun wieder unbeirrt nachkommen.